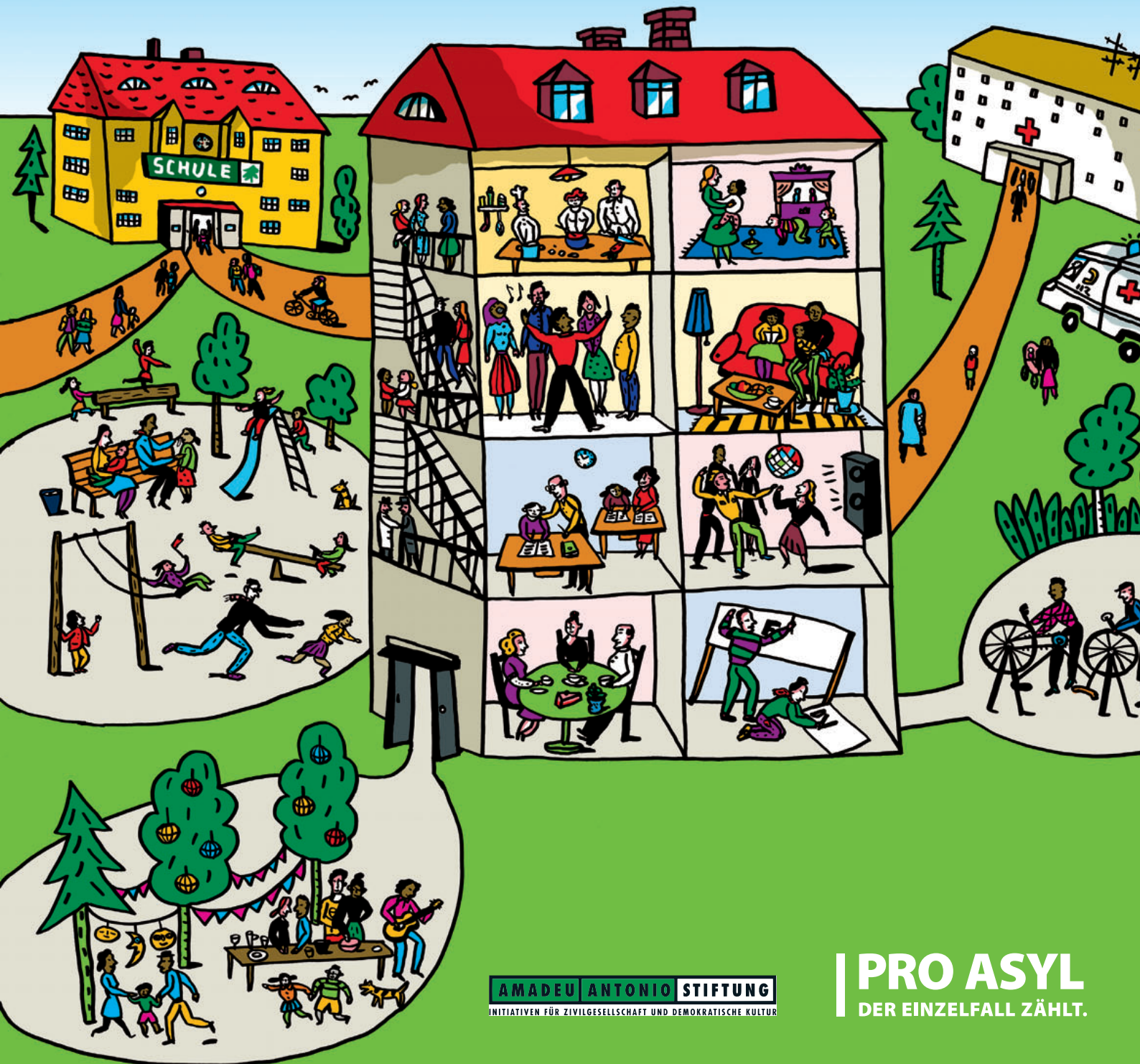


NEUE NACHBARN

Vom Willkommen zum Ankommen



Herausgeber

Förderverein PRO ASYL e.V.

Postfach 160624

60069 Frankfurt/M.

Telefon: 069 / 24 23 14 0

Fax: 069 / 24 23 14 72

Internet: www.proasyl.de

E-Mail: proasyl@proasyl.de

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft Köln

IBAN: DE62 3702 0500 0008 0473 00

BIC: BFSWDE33XXX

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12

10115 Berlin

Telefon: 030 / 240 886 10

Fax: 030 / 240 886 22

Internet: www.amadeu-antonio-stiftung.de

E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de


Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

BIC: GENODEM1GLS

Redaktion: Marius Hellwig, Britta Kollberg

Gestaltung:  Design

Fotos, soweit nicht anders angegeben:

Amadeu Antonio Stiftung

© Amadeu Antonio Stiftung

Alle Rechte bleiben bei den Autorinnen und Autoren.

2. Auflage, September 2016

Inhalt

Neue Nachbarn. Vom Willkommen zum Ankommen	2
Asylsuchende in Deutschland. Ihre Rechte und Pflichten	5
Die Angst vor dem »Fremden«. Interview mit Prof. Dr. Beate Küpper über die Rolle von Vorurteilen pro menschenrechte. contra vorurteile.	9 12
Der »übergriffige Fremde«. Zur Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt für rassistische Hetze	14
Dramaturgie der Angst. Hass gegen Geflüchtete im Netz	15
Bürgerlicher Rassismus und rechter Terror. Eine Auswertung der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2015	17
Asylsuchende als Betroffene rechter Gewalt	19
»We Will Rise«. Die Stimmen der Geflüchteten hören	21
Ankommen in Deutschland. Interview mit Elizabeth Ngari zur Situation geflüchteter Frauen	23
Geflohen, aber nicht in Sicherheit. Queere Flüchtlinge in Deutschland	25
»Es gibt keine wirkliche Struktur.« Zur Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderung	27
Die Kinderrechte und ihre Bedeutung für geflohene Kinder. Interview mit Prof. Dr. Lothar Krappmann	29
Ankommen in den deutschen Bildungssystemen. Einige Eckpunkte	31
Kochen, Kickern, Karaoke? 15 Punkte für eine Willkommensstruktur in der Jugendarbeit	33
»Wir sind die Zukunft!« Zur Situation von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung	34
»Refugees are welcome here.« Fußball verbindet	36
Initiative Schlüsselmensch: Patenschaften mit geflüchteten Kindern	38
Mehr als Hilfe: Wie politisch müssen Initiativen sein, die Geflüchtete unterstützen?	39
»Gar nichts zu tun ging für mich nicht«. Interview mit Holger Michel	41
»Aktion Schutzschild«. Für Sicherheit, Anerkennung und Inklusion von Geflüchteten in regionale(n) Räume(n)	43
Geflüchtete werden in Altenberg mit Brot und Salz willkommen geheißen	44
Auf Wohnungssuche mit einem syrischen Flüchtling	45
Ökohaus Rostock: Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen	46
Flüchtlinge gemeinsam willkommen heißen –Die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	47
Flüchtlingen ein Zuhause geben	48
Eine Tafel für alle	49
Wie die Qualifizierung von Flüchtlingen gelingen kann	50
Medizinische Versorgung von Geflüchteten. Interview mit Elène Misbach	51
Traumatische Belastung und posttraumatische Erkrankung	52
»Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.« Die christlichen Kirchen als Akteure	54
Muslimisches Engagement für Geflüchtete	55
Jüdische Solidarität	56
Glossar: Flucht und Asyl	57
Links und Adressen	58
Materialien, Nachrichten und Informationen	59
Stichwortverzeichnis: Initiativen	60

Neue Nachbarn

Vom Willkommen zum Ankommen

2015 waren laut UNHCR weltweit ca. 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Nie zuvor suchten mehr Menschen in Deutschland Schutz, kein Thema hat die Medien und die öffentliche Diskussion so beherrscht wie die Ankunft von Flüchtlingen*.

2015 – das »Jahr der Flüchtlinge«

Das Jahr begann mit zahlreichen Booten, die im Mittelmeer bei dem Versuch, mit Flüchtlingen an Bord das europäische Festland zu erreichen, gekentert waren. Das Mittelmeer entwickelte sich zum Massengrab – seit 2010 sind hier über 10.000 Menschen gestorben oder werden vermisst. Im Laufe des Frühjahrs verschob sich der Blick der Öffentlichkeit auf die südlichen Balkanländer, wo es im Sommer 2015 einer großen Anzahl von Geflüchteten gelang, Europas Grenzen gen Westen zu überqueren.

Einige EU-Staaten reagierten darauf mit dem Versuch, die eigenen Grenzen abzuschotten; bauten Zäune und führten die Kontrollen an den EU-Binnengrenzen wieder ein. Die resultierenden humanitären Notstände in den Grenzgebieten Ungarns und Österreichs bewogen schließlich die deutsche Bundesregierung dazu, die Weiterreise der in Budapest und Wien Festsitzenden vorübergehend zuzulassen. Die vollen Züge, die daraufhin nach Deutschland fuhren, wurden vielfach mit großer Hilfsbereitschaft erwartet.

Da Bundesländer und Landkreise seit Anfang der 2010er Jahre im Zuge des Rückbaus sozialer Wohnungen auch Unterbringungsstrukturen sowie dazugehörige Versorgungs- und Betreuungsstrukturen für Asylsuchende konsequent abgebaut hatten, mussten an vielen Orten neue Gemeinschaftsunterkünfte eröffnet oder alternative Formen der Unterbringung gesucht werden, um die Flüchtlinge unterzubringen. Schnell hieß es, Deutschlands Aufnahmekapazitäten seien überlastet und die Versorgung von Asylsuchenden nicht leistbar. Oft handelte es sich bei solchen Äußerungen um nichts anderes als flüchtlingsfeindliche Stimmungsmache, denn die Realität sieht anders aus: Nur 6% der Kommunen gaben bei einer Umfrage im Februar 2016 an, durch die neuankommenden Flüchtlinge überlastet zu sein. Die große Mehrheit sprach davon, die Aufgabe bewältigen zu können. In weiten Teilen Deutschlands ist die Auslastung der Notunterkünfte zudem bereits deutlich gesunken, da sich die Zahl der ankommenden Asylsuchenden im Frühjahr 2016 deutlich verringert hat.

Beim Wiederaufbau staatlicher Versorgungsstrukturen werden oft ökonomische Überlegungen in den Vordergrund gestellt und Qualitätsstandards unterlaufen. So ist das Niveau der staatlichen Flüchtlingshilfe der 1990er Jahre bei weitem noch nicht erreicht. Wären ausreichend finanzielle Mittel und die politische Bereitschaft zu einer besseren Verteilung von Flüchtlingen vorhanden, könnte Deutschland problemlos mehr Flüchtlinge aufnehmen und versorgen.

»Flüchtlingskrise« oder Aufnahme Krise?

Die Bilder flüchtender Menschen prägten im Jahr 2015 die Medien, ganz Deutschland diskutierte über »die Flüchtlingskrise«. Flücht-

lingskrise: Dieser Begriff konnte sich schnell für die Ereignisse des Sommers 2015 etablieren. Und wahrlich: Die prekäre Lage der vielen Flüchtenden, die auf ihrem Weg nach Europa mit Gewalt aufgehalten und unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten wurden, war und ist krisenhaft. Tatsächlich meint der Begriff jedoch die vermeintliche Überlastung Deutschlands durch die als »Welle« oder »Ansturm« dargestellten Neuankommenden. Eine solche naturhafte Darstellung führt dazu, die Dargestellten nicht als menschliche Individuen wahrzunehmen, sondern als homogene Masse. Diese Massendarstellungen von Geflüchteten werden zudem auf politischer Ebene genutzt, um die vermeintliche Überforderung zu betonen und die neuerliche Abschottung zu legitimieren. So ist das Recht auf Asyl durch die im Asylpaket II im Februar 2016 beschlossenen Schnellverfahren beschränkt worden. Die Grenzen Europas wurden vor allem durch den »Türkei-Deal« noch undurchlässiger.

Die Darstellung von Flüchtlingen als Naturkatastrophe, die plötzlich über Europa hereinbricht, verkennt zudem, dass die Ursachen der steigenden Zahl von Flüchtenden seit geraumer Zeit existieren und nicht von der Politik Deutschlands und der EU losgelöst betrachtet werden können: Der seit 2011 andauernde Krieg in Syrien, der dauerhafte Kriegszustand im Irak und der gescheiterte »arabische Frühling« haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen flüchten mussten oder vertrieben wurden. Die Situation in libanesischen und jordanischen Flüchtlingscamps spitzte sich weiter zu, als durch ausbleibende Zahlungen das World Food Programm die Versorgung der Geflüchteten mit Nahrungsmitteln drastisch kürzen musste.

Der Anstieg der Flüchtlingszahlen ist also weder überraschend noch ist das Phänomen der Einwanderung nach Deutschland neu – es war lediglich unvorhersehbar und erstmalig, dass Geflüchtete in so hoher Zahl in so kurzer Zeit den Weg nach Deutschland fanden. Tatsächlich ist die Bundesrepublik schon lange ein Einwanderungsland und hat durch die Aufnahme von Vertriebenen, Spätaussiedler_innen und »Gastarbeiter_innen« viel Erfahrung mit der Integration von Migrant_innen. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl resultiert direkt aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der damit verbundenen historischen Verantwortung Deutschlands, politisch Verfolgten und vor Krieg flüchtenden Menschen Schutz zu geben. Dessen Gewährung ist keine großzügige Geste, sondern ein verankertes Recht, das nicht verhandelbar ist.

Eskalation rechter Hetze und Gewalt

2015 war auch das Jahr einer neuerlichen Eskalation flüchtlingsfeindlicher Hetze und Gewalt. Nie zuvor gab es so viele gewalttätige Übergriffe auf Unterkünfte. Im gesamten Bundesgebiet waren die Planung und Eröffnung neuer Wohnstätten von ressentimentgeladenen und rassistischen Protesten der Anwohnerschaft begleitet. Im Herbst 2015 entlud sich dieser Hass auf brutale Weise. Kaum ein Tag verging ohne eine brennende Unterkunft, eine flüchtlingsfeindliche Demonstration oder einen Übergriff auf Geflüchtete oder solche Menschen, die man für Geflüchtete hielt.



Refugees welcome – gegen Rassismus

© (cc 2.0) Thomas Rassloff, bit.ly/1fpeos8

Diese Verbrechen finden in einem Klima statt, das rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure immer weiter aufheizen, indem sie die Grenzen des Sagbaren kontinuierlich verschieben. Rassistische Argumentationen werden so salonfähig gemacht und erscheinen als gangbare Positionen. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen treiben mit ihren vermeintlich einfachen Lösungen die Krawalle der »besorgten Bürger« voran. Aber die Stimmungsmache gegen Flüchtlinge ist nicht auf das rechte Spektrum beschränkt: In allen Parteien sind populistische Stimmen zu hören, die auf Kosten der Geflüchteten auf Stimmenfang gehen. Immer häufiger führt diese Hetze zu körperlichen Angriffen und Anschlägen auf geplante oder bereits bezogene Unterkünfte, bei denen der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen wird. Die Bilder aus Heidenau, Freital und Clausnitz erinnern erschreckend stark an die rassistischen Pogrome der 90er Jahre. Auch heute handelt es sich um nichts anderes als rechten Terror.

Zum »Willkommen-Heißen« von Asylsuchenden gehört es daher auch, den geistigen Brandstifter_innen, die diese Ausschreitungen provozieren, und jeder anderen Form von Rassismus zu widersprechen. Es ist nicht damit getan, sich punktuell und in akuten Gefahrensituationen Rechtsextremen entgegen und schützend vor Flüchtlinge zu stellen. Es braucht breite zivilgesellschaftliche und staatliche Strukturen, die den Geflüchteten dauerhaft ein Leben in Sicherheit ermöglichen und sie in die Lage versetzen, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete

Neben dem neuen Ausmaß rechter Gewalt kam es 2015 jedoch auch zu einem überwältigenden Engagement und großer Solidarität mit Asylsuchenden. In Städten, Kommunen und selbst kleinsten Orten fanden sich Menschen zusammen, in denen die Situation der Flüchtlinge Empathie und den Wunsch zu helfen hervorgerufen hatte. Über 30 Millionen Bundesbürger_innen haben sich laut Deutschem Spendenrat für Geflüchtete engagiert, in dem sie Geld, Sachleistungen oder Zeit zur Verfügung stellten. Die Mehrheit der Deutschen stand und steht Flüchtlingen offen gegenüber. Sie übersetzen, geben

Sprachkurse, sammeln Spenden und übernehmen Patenschaften. Vielerorts entstanden Willkommensinitiativen, welche die klaffenden Lücken staatlichen Handelns füllten, indem sie selbst die Unterkunft, die Versorgung und die Betreuung der Asylsuchenden realisierten. Hier organisierte die Zivilgesellschaft ihre Arbeit eigenständig.

Viele der Engagierten sind noch immer unermüdet im Einsatz. Sie werden auch künftig den Bedürfnissen der Flüchtlinge folgen und sich mit quälenden Wartezeiten im Asylverfahren, Anerkennungschancen, verhindertem Familiennachzug und anderen politischen und rechtlichen Fragen befassen müssen. Damit ehrenamtliches Engagement nicht aufgrund dieser Hürden ins Leere läuft, ist staatliches Handeln erforderlich. Faire und zügige Asylverfahren, menschenwürdige Unterbringung und umfassende Gesundheitsvorsorge, Integrationsangebote vom ersten Tag an, Sicherstellung von Schulbesuch und Förderung für Kinder – es gibt einiges zu tun.

Den Menschen, die sich Tag für Tag unentgeltlich für Flüchtlinge einsetzen, gilt unsere vollste Anerkennung und Bewunderung. Als Gesellschaft müssen wir ihre unabkömmliche Arbeit wertschätzen und ihre Motivation stärken. Sie sind es, die Angela Merkels »Wir schaffen das!« in die Praxis umsetzen. Die momentane Lage ist auch eine Chance, Brücken zu schlagen und neue Bündnisse für die Unterstützung von Flüchtlingen auf einer breiten gesellschaftlichen Basis einzugehen.

Gleichzeitig müssen die Risiken und Grenzen des ehrenamtlichen Engagements erkannt werden: Viele Unterstützende arbeiten bis zur eigenen Erschöpfung und übernehmen Aufgaben, für die sie nicht qualifiziert sind und die eigentlich professionelle Kräfte leisten müssten. Es darf kein Dauerzustand sein, dass der Staat Verantwortung und solch überfordernde Aufgaben auf die Zivilgesellschaft überträgt. Oft wird die Arbeit von Ehrenamtlichen nicht ausreichend wertgeschätzt, sie werden alleingelassen oder es werden ihnen gar Steine in den Weg gelegt. Gegenüber den vermeintlichen Ängsten der »besorgten Bürger« erhalten sie nicht genug Gehör. Doch die Unterstützenden erkennen in ihrem Engagement die Defizite der deutschen Asylpolitik und müssen eine öffentlich

wahrnehmbare Stimme erhalten. Gleiches gilt für die Stimmen der Geflüchteten selbst, die ebenfalls kaum gehört werden.

Die Arbeit mit Flüchtlingen ist also immer politisch. Die Engagierten der Willkommensinitiativen müssen ein politisches Selbstbewusstsein und eine Vision entwickeln, wie unsere Gesellschaft umgestaltet werden sollte, damit die Inklusion von Geflüchteten langfristig gelingen kann. Ohne die Perspektive von Menschen mit Fluchterfahrung kann dieser Inklusionsprozess jedoch kaum gelingen. Die Expertise und Perspektive von Migrant_innen- und Geflüchtetenorganisationen muss daher präsenter werden. Zudem muss die politische und soziale Arbeit der Kommunen die Bedürfnisse der Betroffenen von Anfang an aktiv einbeziehen.

Der nächste Schritt: Vom Willkommen zum Ankommen

Die Ereignisse des Jahres 2015 haben die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL dazu veranlasst, die Broschüre »Refugees Welcome« umfassend zu aktualisieren und neu aufzulegen. Das Heft klärt über die Situation der Geflüchteten in Deutschland auf und zeigt beispielhaft die vielfältige Arbeit mit Flüchtlingen auf. Bei der Überarbeitung der Broschüre wurde ein spezielles Augenmerk auf die Lage besonders schutzbedürftiger Menschen wie Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen oder LGBTIQ* gelegt.

Die Broschüre kann Unterstützenden helfen, nach dem »Willkommen-Heißen« den nächsten Schritt zu gehen und eine umfassende Ankommsstruktur aufzubauen, die eine dauerhafte Inklusion von Flüchtlingen in die Gesellschaft ermöglicht. Das bedeutet, bereits bestehende professionelle Strukturen zu erweitern und so zu verändern, dass Geflüchteten eine langfristige Perspektive und eine chancengerechte Teilhabe an der deutschen Gesellschaft möglich wird. Denn ein »Willkommen« signalisiert zunächst nur das Empfangen eines Gastes und die Integration in Bestehendes.

Nun gilt es dafür zu sorgen, dass diese Gäste unsere Nachbar_innen werden und bleiben und die Möglichkeit bekommen, aktiv und selbstbestimmt zu partizipieren und Neues zu schaffen.

Ob der Aufbau einer solchen Ankommsstruktur gelingt, hängt vor allem von der Bereitschaft der Beteiligten ab, gemeinsam konstruktive Lösungen zu erarbeiten. Dafür ist eine breite Vernetzung notwendig – Verantwortliche der Verwaltung, der Bildungseinrichtungen, der Wirtschaft und der Politik müssen in die Pflicht genommen werden, um die Engagierten in den Willkommensinitiativen und die Selbstorganisationen von Geflüchteten zu unterstützen und zu entlasten. Die Inklusion von Flüchtlingen ist nicht allein Arbeit der Willkommensinitiativen, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir stehen erst am Anfang. Die große Herausforderung der Inklusion der Geflüchteten kann gelingen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die nächsten Jahre die Zeit des Ankommens werden.

*Tahera Ameer, Günter Burkhardt, Marius Hellwig,
Anetta Kahane, Andrea Kothen, Timo Reinfrank*

** In dieser Broschüre werden neben dem Begriff »Flüchtling« weitere Begriffe wie »Geflüchtete« sowie »Schutz-« oder »Asylsuchende« oft synonym verwendet. Alle diese Begriffe haben unserer Meinung nach als Sammelbezeichnungen Vor- und Nachteile. Im Glossar können Sie mehr dazu erfahren.*



Asylsuchende in Deutschland. Ihre Rechte und Pflichten

Katharina Allendorf

Die Situation in Zahlen

Im Jahr 2015 kamen so viele geflüchtete Menschen in die Bundesrepublik Deutschland wie in keinem Jahr zuvor. Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt, dürfte aber deutlich unterhalb der Million liegen, die behördlich registriert wurde. Grund dafür sind zahlreiche Doppel- und Fehlregistrierungen sowie die Tatsache, dass ein Teil der Registrierten nicht in Deutschland blieb, sondern versucht hat, Verwandte in Skandinavien und anderswo zu erreichen.

Auf die gleichwohl hohe Anzahl der Ankommenden in Deutschland waren die Behörden nicht vorbereitet, so dass vielerorts Notunterkünfte eingerichtet werden mussten. Turnhallen, ehemalige Supermärkte sowie Messehallen dienten als Unterkünfte – zum Teil bis heute. Lange Zeit war die Zahl der Erstanträge in Deutschland stetig gesunken, bis auf einen Tiefstwert von knapp 19.000 Anträgen 2007. Aufgrund aktueller Krisenherde suchen seit einigen Jahren jedoch wieder vermehrt Flüchtlinge Schutz in Deutschland. Seit 2000 kamen sie vor allem aus Syrien, Irak, Afghanistan und aus Ex-Jugoslawien – allerdings ist die Zahl der Asylsuchenden aus den Westbalkanstaaten seit Sommer 2015 wieder stark gesunken.

Mehr als 70% der Asylantragstellenden sind unter 30 Jahre alt. Während in der Altersgruppe der unter 16-Jährigen Mädchen und Jungen etwa gleich verteilt sind, sind in der überwiegenden Altersgruppe der 16- bis 30-Jährigen nur weniger als ein Drittel Frauen. Das liegt unter anderem daran, dass oft Familienväter ihren Frauen und Kindern die strapaziöse und gefährliche Flucht ersparen wollen und versuchen, sie per Familienzusammenführung nachzuholen.

In Deutschland wurden in den vergangenen Jahren die Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende konsequent abgebaut. Nun müssen an vielen Orten neue Gemeinschaftsunterkünfte eröffnet werden. Die Hetze rechtspopulistischer Akteur_innen gegen das vermeintliche »Asylchaos« verfangt auch aufgrund des Informationsmangels bei vielen Bürgerinnen und Bürgern über die reale Situation und rechtliche Lage der Geflüchteten.

Rahmenbedingungen für Asylsuchende in Deutschland

Welchen Regelungen Asylsuchende unterliegen, hängt vom Stand des Asylverfahrens ab und ist zum Teil von Bundesland zu Bundesland verschieden. Zudem gibt es besondere Vorschriften vor allem für Menschen aus den sogenannten »sicheren Herkunftsländern«. Diese sind Ghana, Senegal, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina sowie seit Oktober 2015 auch Albanien, Kosovo und Montenegro. Die Definition von Marokko, Tunesien und Algerien zu »sicheren Herkunftsländern« scheiterte bislang im Bundesrat. Schutzsuchende aus »sicheren Herkunftsländern« müssen sehr viel höhere Hürden im Asylverfahren überwinden und haben nur äußerst geringe Chancen auf eine Anerkennung als Flüchtling.

Besonderheiten gelten auch für Minderjährige, die ohne verwandtschaftliche Begleitung nach Deutschland kommen, sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF). Sie werden grundsätzlich in die Obhut des Jugendamtes genommen und erhalten einen Vormund für das Asylverfahren.

Ein bislang kleiner Teil von Flüchtlingen wurde aus Krisenregionen direkt aus dem Ausland aufgenommen und konnte legal einreisen. Dies betraf in den letzten Jahren rund 20.000 syrische Kriegsflüchtlinge, die über ein sogenanntes Humanitäres Aufnahmeprogramm (HAP) einreisten, und einige hundert, die über das Resettlement-Programm der UN aufgenommen wurden. Zudem sind in den letzten Jahren rund 20.000 Angehörige syrischer Kriegsflüchtlinge über Aufnahmeregelungen der Bundesländer mit Visum eingereist. Je nach genauer Regelung erhalten die Betroffenen unterschiedliche, jeweils zeitlich begrenzte Aufenthaltserlaubnisse, ohne das »normale« Asylverfahren zu durchlaufen.

Die im Folgenden beschriebenen Bedingungen gelten vor allem für Asylsuchende und zum Teil für »Geduldete«. Sie geben jedoch nur einen groben Überblick. Bei der Hilfe für Geflüchtete sollte stets eine Fachberatung, etwa durch Anwält_innen oder Migrationsberatungsstellen, hinzugezogen werden.

Erstaufnahme von Asylsuchenden

Wer in Deutschland einen Asylantrag stellt, ist verpflichtet, für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Bundeslandes zu wohnen. Während dieser Zeit stellen die Geflüchteten einen Antrag auf Asyl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Für die Zeit ihres Verfahrens erhalten die Antragstellenden eine »Aufenthaltsgestattung«. Nach maximal sechs Monaten erfolgt eine Wohnzuweisung in eine Kommune innerhalb des Bundeslandes.

Dies gilt allerdings nicht für alle: Nach dem im Februar 2016 verabschiedeten »Asylpaket II« sollen Menschen aus sogenannten »sicheren Herkunftsländern«, Folgeantragsteller_innen und Asylsuchende ohne Identitätsdokumente, denen die Behörden eine Vernichtung ihrer Papiere unterstellen, bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens (und darüber hinaus) in »besonderen Aufnahmezentren« untergebracht und dort Schnellverfahren unterzogen werden. In diesen Unterkünften sollen auch die Kinder beschult werden. Falls der Asylantrag abgelehnt wird, sollen diese Geflüchteten schnell abgeschoben werden.

Generell sind bestimmte Außenstellen des BAMF für bestimmte Herkunftsländer zuständig. So kommt es, dass Asylsuchende aus Eritrea nach Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Mecklenburg-Vorpommern verteilt werden. Für die Geflüchteten aus den Hauptfluchtländern sind alle Außenstellen zuständig. In welches Bundesland ein_e Asylsuchende_r kommt, richtet sich aber nicht nur nach dem Herkunftsland, sondern auch nach dem sogenannten »Königsteiner Schlüssel«, der die Steuereinnahmen und die Bevölkerungszahl der Länder berücksichtigt. An Hand dieses Schlüssels verteilt ein Computerprogramm die erfassten Registrierungen. Danach hatte etwa Mecklenburg-Vorpommern 2015 rund zwei Prozent der Geflüchteten aufzunehmen, Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstes Bundesland über 21%. Bei der Verteilung wird auf persönliche Wünsche, wie z.B. die Nähe eines Verwandten, in der Regel keine Rücksicht genommen. Lediglich die Kernfamilie, also minderjährige Kinder und Eltern, dürfen nicht voneinander

getrennt werden, wohl aber Eltern und ihre volljährigen Kinder, volljährige Geschwister oder Kinder und ihre Tanten oder Onkel.

Während der Zeit in der Erstaufnahme dürfen die Asylsuchenden den Bezirk der Ausländerbehörde nur mit Sondererlaubnis verlassen. Diese sogenannte Residenzpflicht wurde Anfang 2015 grundsätzlich auf drei Monate beschränkt. Seit Februar 2016 gilt sie faktisch bis zu sechs Monate, weil die Dauer der Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung entsprechend verlängert wurde. Diejenigen, die unbefristet in »besonderen Aufnahmezentren« untergebracht sind, unterliegen damit auch einer unbefristeten Residenzpflicht. Ein wiederholter Verstoß dagegen kann bei ihnen zukünftig dazu führen, dass ihr Asylantrag als »zurückgenommen« angesehen und damit abgelehnt wird.

Unterbringung in den Landkreisen

Für die Verteilung auf die Landkreise ist das jeweilige Bundesland verantwortlich. Flüchtlinge mit Aufenthaltsgestattungen werden oft in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Eine generelle Residenzpflicht gilt nun nicht mehr. Als Sanktion nach einer strafrechtlichen Verurteilung, dem Verdacht auf Drogenkonsum oder unmittelbar vor einer Abschiebung kann sie aber nach wie vor im Einzelfall angeordnet werden.

Die Ausgestaltung der Unterkünfte ist regional verschieden. Die Länder bzw. Kommunen haben einen erheblichen Spielraum. Einige Landkreise und kreisfreie Städte haben sich gegen Gemeinschaftsunterkünfte und für eine dezentrale Wohnungsunterbringung entschieden. Andere Landkreise betreiben entweder selbst Unterkünfte oder vergeben dafür Aufträge an Wohlfahrtsverbände oder private Firmen. Der Träger stellt dann oft auch die soziale Betreuung und den Wachdienst.

In den Gemeinschaftsunterkünften leben die Asylsuchenden nicht selten über mehrere Jahre. In der Regel müssen sich ganze Familien oder mehrere Einzelpersonen ein einziges Zimmer teilen. Die Küche und die Sanitäreinrichtungen werden gemeinsam genutzt. Der bauliche Zustand der Gemeinschaftsunterkünfte hängt sehr vom Betreiber ab. Teilweise leben mehr als 20 verschiedene Nationen unter einem Dach: Menschen mit unterschiedlichen Sprachen, Kulturen und Religionen. Die Privatsphäre und der Platz zum Spielen oder Lernen für Kinder sind so über viele Monate, manchmal Jahre eingeschränkt. Darüber hinaus sind die Unterkünfte nicht immer in Ortsnähe gelegen. Ob und wann Asylsuchende in eine Wohnung ziehen können, hängt von Landesvorgaben und vom guten Willen der Behörden ab. Oft werden Familien mit Kindern bevorzugt in Wohnungen untergebracht.

Die durchschnittliche Länge des Asylverfahrens hängt sowohl vom Herkunftsland als auch von anderen Faktoren ab – in einigen Bundesländern dauert es bereits mehrere Monate, überhaupt einen Termin zur Antragstellung zu erhalten. Anträge von Flüchtlingen aus bestimmten Herkunftsländern werden priorisiert bearbeitet. Dazu zählten 2015 viele Syrer, die großenteils ohne ausführliches Gespräch anerkannt wurden, aber auch Balkanflüchtlinge, die in Schnellverfahren abgelehnt wurden. Die meisten Flüchtlinge jedoch warten nach der Antragstellung viele Monate, zum Teil weit über ein Jahr, auf den ersten BAMF-Bescheid. Schließt sich ein Klageverfahren an das Verwaltungsverfahren an, kann es durchaus weitere Jahre dauern, bis endgültig entschieden wird.

Sozialunterstützung, Arbeit, Deutschkurse, Wertgutscheine

Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, haben nicht ohne weiteres Zugang zum Arbeitsmarkt. Für die Zeit in der Erstaufnahme gilt ein Arbeitsverbot. Eine Arbeitserlaubnis wird Geflüchteten frühestens nach drei Monaten erteilt – Asylsuchenden aus den »sicheren Herkunftsländern« wird sie sogar während des gesamten Asylverfahrens verweigert. Nach den ersten drei Monaten gilt für weitere zwölf Monate zudem grundsätzlich der Vorrang von Deutschen, EU-Bürger_innen oder Inhaber_innen einer Aufenthaltserlaubnis bei der Besetzung einer konkreten Stelle. Im Sommer 2016 haben die Bundesländer beschlossen, die Vorrangprüfung in vielen Arbeitsamtsbezirken für drei Jahre auszusetzen. In einigen Bezirken Bayerns, NRWs und Rheinland-Pfalz sowie in ganz Mecklenburg-Vorpommern bleibt sie allerdings bestehen und erschwert dort weiterhin erheblich den Zugang von Asylsuchenden zum Arbeitsmarkt. Die Arbeitssuche wird durch mangelnde Sprachkenntnisse und Probleme bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen zusätzlich erschwert.

Anspruch auf einen Integrations- und Deutschkurs des Bundesamtes haben Asylsuchende und Geduldete nicht. Sofern freie Plätze zur Verfügung stehen, können diejenigen, die nach Auffassung der Behörden eine »gute Bleibeperspektive« haben, bereits während des laufenden Asylverfahrens teilnehmen. Dies gilt für Asylsuchende aus Ländern, aus denen Anträge zu mehr als der Hälfte anerkannt werden – wobei nicht berücksichtigt wird, dass ein Teil der Anträge nur formell, aber nicht inhaltlich geprüft wird und die offiziellen Anerkennungsquoten dadurch ein schiefes Bild ergeben. Tatsächlich wird derzeit ausschließlich Asylsuchenden aus Syrien, Eritrea, Irak und Iran sowie inzwischen auch Somalia die Teilnahme an den Integrationskursen gestattet. Flüchtlingen aus Afghanistan wird sie verwehrt, obwohl diese 2015 eine Anerkennungsquote von 78% hatten (bereinigte Quote). Keine Erlaubnis auf Teilnahme bekommen generell diejenigen, die bereits als Asylsuchende oder Anerkannte in einem anderen EU-Staat registriert sind. Ein Antrag auf Teilnahme am Integrationskurs kann für sie zur Einleitung eines Rückschiebungsverfahrens innerhalb der EU führen.

Geflüchtete erhalten während des Asylverfahrens keine Hartz IV-Leistungen. Stattdessen wurde für sie 1993 ein Sondergesetz geschaffen: das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Im Unterschied zu den stetig angepassten Sozialhilfesätzen blieben die AsylbLG-Beträge ca. zwanzig Jahre lang unverändert. Erst durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2012, welches klarstellte, dass die niedrigen Beträge gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen, wurden die Sätze erhöht und seitdem nahezu an den Hartz IV-Satz angepasst. Neben den Leistungen wie Unterkunft, Heizung, Verpflegung und Gesundheitspflege gibt es eine geringe Summe Bargeld für persönliche Bedürfnisse. Dies betrug 2016 für einen alleinstehenden erwachsenen Menschen 145 Euro monatlich. Seit Februar 2016 werden Asylbewerber_innen an den Kosten ihrer Integrationskurse pauschal beteiligt, indem ihre Bezüge um 10 Euro gekürzt werden – auch wenn sie keinen tatsächlichen Zugang zu den Kursen haben.

Ob die Asylsuchenden ihre Sozialleistungen in bar oder als »Sachleistungen« erhalten, war jahrelang Gegenstand eines zähen Kampfes der Flüchtlingsräte, Initiativen und Geflüchteten selbstorganisationen. Seit der Gesetzesänderung vom Oktober 2015



Die Banda Comunale spielt in Freital vor einer Flüchtlingsunterkunft.

© Banda Comunale

werden wieder vermehrt Wertgutscheine oder Chipkarten ausgehändigt, mit denen nur bestimmte Dinge in bestimmten Geschäften gekauft werden können. Nach dem Gesetz gilt: In den Erstaufnahmeeinrichtungen »sollen«, in den Gemeinschaftsunterkünften der Landkreise und Kommunen »können« die Bezüge in Form von Sachleistungen ausgegeben werden. Zudem können die Leistungen als Sanktion gekürzt werden. In diesem Fall erhalten die Flüchtlinge nur noch absolut unerlässliche Dinge, also Unterkunft, Nahrung und Gesundheitspflegeprodukte.

Selbst wenn der sogenannte »notwendige persönliche Bedarf« bar ausgezahlt wird: Anwalts- und Übersetzungskosten oder Deutschkurse sind davon kaum bezahlbar. Immerhin sind Kinder mit Fluchterfahrung nach AsylbLG berechtigt, das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes in Anspruch zu nehmen.

Gesundheit und Krankheit

Auch die gesundheitliche Versorgung wird über das Asylbewerberleistungsgesetz geregelt. Das Gesetz sieht vor, dass sich die Versorgung von Flüchtlingen auf aktuelle Erkrankungen sowie akute Schmerzzustände beschränken soll. In den Leistungen enthalten sind die in Deutschland gängigen Impfungen sowie die regelmäßigen Untersuchungen während der Schwangerschaft und bei Kleinkindern.

In einigen Bundesländern wurde mittlerweile eine Gesundheitskarte eingeführt, mit der Flüchtlinge einen Arzt aufsuchen können. In anderen Ländern müssen Asylsuchende allerdings immer noch vor jedem Arztbesuch bei ihrem zuständigen Sozialamt einen Kostenübernahmeschein beantragen. Ob dieser gewährt wird, bleibt manchmal dem Ermessen der medizinisch nicht ausgebildeten Sachbearbeitenden überlassen.

Viele der hier ankommenden Menschen haben in ihrem Heimatland und auf der Flucht Schreckliches erlebt, etliche sind traumatisiert. Die oft unwürdigen Lebensbedingungen in den Unterkünften lassen sie oft auch hier nicht zur Ruhe kommen. Die Behandlungs- und Beratungszentren für traumatisierte Flüchtlinge sind überfüllt, die Wartezeiten lang. Daher werden Flüchtlinge auch von niedergelassenen Psychiater_innen und Psycholog_innen betreut, das Reden über Gewalterfahrungen häufig tabu- und schambesetzt. Zusätzliche Schwierigkeiten ergeben sich aus der Sprachbarriere. Gerade im ländlichen Raum mangelt es an professionellen Übersetzer_innen. Auch hier hängt es wieder von den Sachbearbeiter_innen und vom Bundesland ab, ob Übersetzungskosten und Therapien vom Sozialamt übernommen werden.

Anerkennung, Duldung oder Abschiebung

Schon in der Erstaufnahmeeinrichtung werden die Geflüchteten erkennungsdienstlich behandelt. Die Fingerabdrücke werden mit dem europaweiten Erfassungssystem Eurodac abgeglichen. Dadurch wird geprüft, ob bereits abgeschobene Flüchtlinge wieder eingereist oder Geflüchtete schon in einem anderen europäischen Land registriert sind. Vom Ergebnis dieser Überprüfung hängt ab, ob überhaupt ein Asylverfahren in Deutschland eröffnet wird. Denn die Dublin-Verordnung besagt, dass für die EU, Norwegen, Island und die Schweiz grundsätzlich derjenige Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, in dessen Territorium der/die Asylsuchende zuerst europäischen Boden betreten hat. Stellt das BAMF also fest, dass ein_e Antragstellende_r bspw. schon in Italien als Asylsuchende_r registriert ist, wird ein Dublin-Verfahren eingeleitet mit dem Ziel, den Betroffenen dorthin zurückzuschicken. Aufgrund der katastrophalen und unmenschli-

chen Bedingungen für Geflüchtete in einigen Ländern haben deutsche Verwaltungsgerichte allerdings bereits viele Abschiebungen gestoppt. Seit 2011 finden generell keine Überstellungen nach Griechenland mehr statt, für Malta, Italien und Bulgarien setzen viele Gerichte die Abschiebungen aus. Ungarn nimmt trotz seiner Verpflichtung viele Menschen schlicht nicht zurück.

Schlechte Chancen auf Anerkennung haben Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern. Ihre Asylanträge werden zu fast 100% als »offensichtlich unbegründet« abgelehnt. Flüchtlingsorganisationen beklagen, dass die notwendige Einzelfallprüfung nicht hinreichend vorgenommen wird. Bei den Flüchtlingen vom Balkan handelt es sich in vielen Fällen um Roma, die in ihren Herkunftsländern massiv diskriminiert und an der Ausübung grundlegender Rechte gehindert werden.

Eine zunächst stets befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten diejenigen Geflüchteten, die die Voraussetzungen für den Flüchtlingsstatus oder den subsidiären Schutzstatus erfüllen. Seit der Grundgesetzänderung 1993 ist das Grundrecht auf Asyl zahlenmäßig kaum mehr bedeutend. Die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) spielt heute durch europarechtliche Vorgaben eine bedeutsamere Rolle. Einen GFK-Flüchtlingsstatus erhalten Schutzsuchende, die begründete Furcht vor Verfolgung etwa wegen ihrer Religion, ethnischen oder sozialen Zugehörigkeit, ihrer sexuellen Orientierung oder politischen Überzeugung haben. Im Jahr 2015 entfielen rund 97% der 140.915 positiven Bescheide auf diese Gruppe. Die übrigen positiv Beschiedenen erhielten subsidiären Schutz, der bei Gefahr für Leib oder Leben gewährt wird, oder einen humanitären Aufenthaltstitel, weil ein Abschiebungsverbot besteht. Insgesamt erhielten 2015 fast 50% der Antragsstel-

lenden einen Schutzstatus. Auf dem Klageweg erhalten weitere Asylbewerber_innen Anerkennung oder Schutz vor Abschiebung. Wer als GFK-Flüchtling anerkannt wird, darf Ehepartner_in und minderjährige Kinder nach Deutschland holen. Allerdings läuft dies, vor allem bei syrischen Flüchtlingen, derart schleppend, dass es nicht selten zwölf Monate und länger dauert, bis die Familien zusammengeführt werden – wenn es nicht gar ganz scheitert. Für subsidiär Schutzberechtigte, so hat es der Gesetzgeber im Februar 2016 beschlossen, ist der Familiennachzug zwei Jahre lang (bis 2018) sogar komplett ausgesetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für unbegleitete minderjährige Geflüchtete, von denen nicht wenige im Laufe dieser Frist erwachsen werden und damit faktisch vom Familiennachzug ausgeschlossen sind.

Abgelehnte Asylsuchende müssen mit einer zwangsweisen Durchsetzung ihrer Ausreise rechnen, der Abschiebung. Die Termine für eine Abschiebung dürfen seit Herbst 2015 nicht mehr angekündigt werden, was für die Betroffenen eine ständige Unsicherheit und Angst bedeutet. Allerdings kann eine Abschiebung ausgesetzt werden, wenn sich z.B. ein Herkunftsland weigert, Reisedokumente auszustellen, oder die Menschen – ärztlich attestiert – reiseunfähig sind. Der Schutz vor Abschiebung von kranken Geflüchteten ist im Zuge des Asylpakets II 2016 jedoch gravierend eingeschränkt worden. Wird eine Abschiebung ausgesetzt, erhalten die betroffenen Flüchtlinge eine »Duldung«, die oftmals nur für kurze Zeiträume erteilt wird und immer wieder verlängert werden muss. Sie ist kein richtiger Aufenthaltstitel. Zu Beginn des Jahres 2015 lebten ca. 113.000 Geduldete in Deutschland, zum Teil schon viele Jahre. Für sie gelten ähnliche Rechte wie für Menschen im Asylverfahren. In Teilen sind sie jedoch noch schlechter gestellt.



Skateprojekt: Gemeinsam skaten in Würzburg

Die Angst vor dem »Fremden« Über die Rolle von Vorurteilen

Prof. Dr. Beate Küpper hält die Professur für Soziale Arbeit in Gruppen- und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein. Von 2006 bis 2011 arbeitete die Sozialpsychologin an der Langzeitstudie zu »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland« des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld mit. Mit Marius Hellwig sprach sie über die Entstehung und Funktion von Vorurteilen und darüber, wie diese die Asyldebatte prägen.



Frau Küpper, was ist ein Vorurteil und wie entsteht es?

Ein Vorurteil ist eine verallgemeinernde Einstellung zu Menschen, die man einer Gruppe zuordnet und diese dann abwertet. Vorurteile entstehen in drei Schritten: Erst werden Menschen anhand von zugewiesenen Merkmalen wie z.B. der Ethnie, der Religion oder des Geschlechts in verschiedene Gruppen eingeteilt, in »Wir« versus »Andere«. Im zweiten Schritt verbindet man mit diesen Kategorien bestimmte Eigenschaften – die Stereotype. Das sind zum Teil uralte Vorstellungen, die wir im kollektiven Bewusstsein haben und mit den Gruppen assoziieren, wobei man der eigenen Gruppe immer positivere Eigenschaften zuweist als anderen. Wenn man z.B. selbst als besonders ordentlich, friedfertig und tolerant erscheinen möchte, werden »die Anderen« entsprechend schmutzig, kriminell und intolerant gemacht. Im dritten Schritt werden die Eigenschaften dann bewertet. Nach dem Vorurteilsforscher G. W. Allport lässt sich sagen: »Ein Vorurteil ist, von anderen ohne ausreichende Begründung schlecht denken«.

Also gibt es einen Unterschied zwischen einem Vorurteil und Stereotypen?

Stereotype sind ziemlich eng gefasste Zuschreibungen von Eigenschaften – also die Annahme, eine Person sei, wie sie ist, weil sie einer bestimmten Gruppe angehört. Vorurteile sind komplexer und haben eine affektive Komponente: Wut, Hass, Angst und Neid spielen da eine Rolle. Zudem haben sie auch eine kognitive Komponente, dazu zählen die Stereotype, aber auch kompliziertere Elemente wie Narrative oder deren Versatzstücke, die uns erklären wollen, warum die einen immer schon zu recht unten und die anderen zu recht oben waren. So legitimieren sie soziale Ungleichwertigkeit, »begründen« also, warum die einen Privilegien haben und die anderen diskriminiert werden, und zwar sowohl individuell als auch strukturell. Zusätzlich gibt es noch eine verhaltensbezogene Komponente, die sagt »Ich habe gar keine Lust, mit so jemandem in Kontakt zu treten« oder »Ich finde es gut, wenn wir die nicht in unser Land lassen«. Unsere Einstellungen schlagen zum Glück nicht eins zu eins in Handlungen um, aber sie sind durchaus Grundlagen für unser Verhalten.

Woher kommen die Stereotype, die wir anderen zuschreiben?

Dabei spielen Lerneffekte eine Rolle, die wir schon bei Kleinkindern erkennen können. Wenn Kinder immer nur mit Ähnlichem umgehen, ist ihnen Abweichendes unbekannt. Daher ist es wichtig, dass schon Kinder diverse Gruppen erleben. Später werden die gängigen Stereotype u.a. von »dem Fremden« erlernt, die sich ganz offen in vielen Kinderbüchern, Erzählungen und auch Liedern finden lassen. Das ist dann die Sozialisation von Vorurteilen.

Was haben Vorurteile denn für eine Funktion?

Vorurteile vermitteln scheinbar Wissen, vor allem da, wo wir gar keines haben – z.B. über die Menschen, die gerade als Flüchtlinge zu uns kommen. Die meisten wissen nicht sehr viel über sie, wir haben aber bestimmte Bilder von Menschen, die aus dem Nahen Osten kommen. Diese Bilder können wie auf Knopfdruck abgerufen werden. Wenn ich »Syrer« sage, erzeugt das andere Bilder, als wenn ich »Araber« sage. Das heißt, wenn ich den Syrer als Araber darstelle, rufe ich das ab, was ich an kulturellen Narrativen und Gefühlen gegenüber »den Arabern« habe. Damit aktiviere ich meine Vorurteile, und die dienen mir dazu, mir vermeintliches Wissen über die an sich unbekannt Gruppe zu geben.

Vorurteile dienen auch dazu, sich selbst an die eigene Gruppe zu binden, denn je größer ich die Differenz zu den sogenannten anderen mache, desto enger schweißt das zusammen. Vorurteile schaffen überdies Anerkennung: Indem ich »die anderen« abwerte, bekomme ich Applaus, wenn ich bspw. einen Witz mache oder etwas Abfälliges sage. Außerdem helfen sie der eigenen Selbstaufwertung, denn ich muss ja selbst gar nicht viel leisten – wenn ich andere abwerte, rücke ich relativ nach oben, bin also besser. Das kann man daran sehen, wie aktuell die Differenz zu muslimischen Einwanderern aufgemacht wird: Oh, das sind alles junge Männer, die sind so intolerant, die haben keine Idee von Demokratie und Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Das führt dazu, dass die eigene Gruppe plötzlich furchtbar demokratisch und gleichberechtigt erscheint, und dann muss man sich keine unbequemen Fragen mehr darüber stellen, wie demokratisch und gleichberechtigt wir denn eigentlich selbst sind.

Also verschwinden Vorurteile nicht einfach?

Man kann sich das so vorstellen: Wir haben all diese Erzählungen in unserem kulturellen Gedächtnis in einer Box, in die wir jederzeit hineingreifen und Inhalte reaktivieren können. Beim Thema Flüchtlinge konnte man im Sommer 2015 dabei direkt zusehen: Plötzlich war das Thema wieder da, und mit ihm die ganzen Narrative über Asylsuchende, die in den neunziger Jahren stark mit abwertenden Vorurteilen versehen wurden. Bei der letzten Erhebung des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld im Sommer 2014 sagten rund 40%, Asylsuchende seien gar nicht wirklich verfolgt, über 60% lehnten eine großzügige Asylregelung ab – und ich befürchte, dass diese Zahlen inzwischen noch deutlich schlechter geworden sind.



»Photographers in solidarity« unterstützen Geflüchtete im Kampf um ihre Rechte. Eine aus Solidarität mit den am Brandenburger Tor hungerstreikenden Refugees über Nacht verwirklichte Ausstellung wuchs innerhalb eines Monats zu beachtlicher Größe. © Gabriele Senft

Welche Vorurteile gegenüber Geflüchteten prägen aktuell die Wahrnehmung in Deutschland?

Wir haben die ganz alte Kiste: Flüchtlinge sind kriminell, Flüchtlinge vergewaltigen unsere Frauen. Da erkennt man die alten Assoziationen vom »fremden schwarzen Mann« des klassischen Rassismus. Dazu kommen Vorurteile, die sich speziell gegen Muslime richten und diese pauschalisierend als gefährlich darstellen, sei es aufgrund vermeintlicher Terrorgefahr oder Kriminalität. Außerdem wird gesagt, Muslime würden »unsere« Werte nicht kennen, also Demokratie, Gleichberechtigung und »christlich-abendländische Werte« – was auch immer das ist. Boshaft gesagt sind das ja nun offenbar ebenfalls Werte, die auch den Holocaust möglich gemacht haben.

Von Asylsuchenden haben wir kein richtiges Bild, deshalb werden die Vorurteile gegen sie von dem gespeist, was wir mit ihnen assoziieren: Das Bild des Asylsuchenden addiert die Vorurteile gegenüber Roma, Muslimen, »dem schwarzen Mann« und »dem Fremden« allgemein und erzeugt dann das Bild des dreckigen, kriminellen, gefährlichen, sexuell potenten Vergewaltigers oder Verführers »unserer« Frauen, je nachdem, mit welchem Thema man sie in Verbindung bringt.

Welche Rolle spielen Medien bei der Vermittlung der Bilder?

Eine sehr große Rolle. Wenn die Medien die Asylsuchenden als Masse darstellen, dann ist das ein Problem, da diese immer mit Angst verbunden sind. Gerade die Darstellung von Massen, denen es nicht gut geht, die auf der Straße campieren, die vielleicht dreckig sind – das knüpft unmittelbar an die Assoziation von »dem Fremden« an, der als »dreckig«, »arm« und »gefährlich« wahrgenommen wird. Das heißt, diese Bilder sind für die alten Stereotype sehr zugänglich. Dann gibt es Begrifflichkeiten wie »Flüchtlingsflut«,

»Flüchtlingschaos«, »Flüchtlingskrise«, selbst in den seriösen Medien. Da ist es kein Wunder, wenn man Angst kriegt, obwohl man selbst noch keinen einzigen Flüchtling gesehen hat.

Zum »Angst-Faktor«: Handelt es sich dabei tatsächlich um Ängste oder beinhaltet die Aussage »Ich habe Angst vor den Asylsuchenden« nicht schon eine Verallgemeinerung durch negative Zuschreibungen?

Genau, da ist man dann schon mit einem Schritt beim Vorurteil. Das ist erstmal eine affektive Komponente, aber die Menschen haben ja nicht von sich aus Angst, sondern den Menschen wird Angst gemacht. Der Mensch hat grundsätzlich zwei Möglichkeiten, auf das, was er nicht kennt, zu reagieren: mit Angst und mit Neugierde. Und wir sehen, die Hälfte der Menschen ist nach wie vor positiv den Geflüchteten gegenüber eingestellt: Sie sind interessiert, sehen die Aufgabe als Herausforderung, können mit dem »Wir schaffen das!« ziemlich viel anfangen, packen an und machen dabei viele positive Erfahrungen. Die andere Hälfte reagiert mit Vorbehalten. Ob diese als Angst interpretiert oder zu Angst gemacht werden können, hängt von den Deutungsmustern ab. Teilweise wird es den Menschen einfach gemacht, ihre eigenen Unsicherheiten als Angst zu interpretieren. Dann sind die alten Bilder präsent, vom Vergewaltigen, Stehlen usw. Das heißt die Menschen haben nicht per se Angst, sondern sie wissen zunächst nicht, wie sie sich verhalten sollen, und dann wird Angst gemacht und geschürt – und dies ist ja zum Teil auch sehr gezielt gemacht worden.



© Theo Schneider

Im Netz kursieren ganz absurde Gerüchte über Geflüchtete, die stehlen, vergewaltigen, Kinder töten würden, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Wie erklären Sie sich den Erfolg solcher Gerüchte, die mit der Realität nichts zu tun haben?

Das ist das Prinzip der geschlossenen Räume. Diese Gerüchte werden ja gezielt ins Netz gestellt und verbreitet. Das Problem ist, dass Fakten gegen Gerüchte nichts ausrichten können. Natürlich ist es wichtig, dass die Polizei diese Geschichten dementiert, aber damit werden nur diejenigen angesprochen, die sich noch für die Realität interessieren, und nicht die, die sich von den Gerüchten anstecken lassen. Die befinden sich in geschlossenen Räumen, sei es im Internet, an Stammtischen oder im Freundeskreis. Dort wird eine ähnliche Grundhaltung geteilt, und da gibt es auch keinen Widerspruch. Dazu kommen Verschwörungstheorien, z.B. dass die Polizei Verbrechen von Geflüchteten nicht zur Anzeige bringen dürfe. So werden auch gegenläufige Informationen direkt wieder eingewoben in die Verschwörungstheorie, und diese wird ein Selbstläufer.

Wurden im Zuge der Debatten 2015 Vorurteile auch von der Politik instrumentalisiert?

Ja, vor allem wurden sie zunächst aktiviert. Wenn in eigentlich seriösen Diskussionssendungen von vier Personen eine rechtspopulistische Parole äußert, erscheint das als eine akzeptierte Position, die man als zunächst neutrale_r Zuschauer_in übernehmen könnte. Durch Ereignisse wie die Anschläge von Paris setzte sich dann das Bild durch, dass lauter Muslime kommen und diese vor allem radikale Islamisten seien – zuvor hatte die Religionszugehörigkeit von Syrern bspw. kaum eine Rolle gespielt. Durch die Übergriffe in Köln und Hamburg kommt noch das klassische Bild des »fremden schwarzen Mannes«, der »unsere« Frauen belästigt,

hinzu. In die gleiche Richtung gingen Äußerungen, die vor den jungen, muslimischen Migranten warnen, die »unsere« deutschen Mädchen verführen könnten. Das ist das alte Bild des Sarazenen mit dem Dolch hinterm Rücken und der Haremsdame, das immer auch Erotik transportiert. Darin steckt die Angst, dass uns »unsere« Mädchen »weggenommen« werden, und die Mädchen selbst werden passiv dargestellt und gar nicht gefragt. Diese Debatte ist natürlich in jeder Hinsicht furchtbar sexistisch: Frauen werden nur als Objekte des »fremden Mannes« oder aber als »unsere Mädchen« dargestellt. Letztlich geht es dabei nur am Rande um die Geflüchteten. Sie dienen vielmehr als Folie, auf der Grundfragen der Gesellschaft verhandelt werden bzw. hinter der sich eine eigentlich zerrissene Gesellschaft vereinigt fühlt, wenn die Differenz zu »den Fremden« nur groß genug erscheint.

Wie lassen sich Vorurteile abbauen? Können sie argumentativ widerlegt werden?

Widerlegen ist schwierig, da es nicht allein um den kognitiven Aspekt eines Vorurteils geht, sondern auch um den emotionalen. Das ist auch der Ansatzpunkt, der in der Prävention ganz gut funktioniert. Empathie ist ein guter Anfang, und die ist durch Perspektivübernahme leicht zu erzeugen. Das hilft dabei, Ähnlichkeiten herzustellen und nicht immer nur auf die Unterschiede zu schauen.

Bei den Unentschlossenen, die sich noch keine genaue Meinung gebildet haben, hilft zudem gezielte Information, die mit einer positiven Botschaft verbunden wird: Flüchtlinge können und werden uns bereichern; Deutschland hat sehr viel Erfahrung mit Migration und das auch bisher gut hinbekommen.

pro menschenrechte. contra vorurteile.

PRO ASYL, Amadeu Antonio Stiftung, IG Metall

Durch die Zunahme der Zahl von Geflüchteten gibt es eine Menge aktueller Diskussionen, die Hintergrundwissen erfordern. Während Rechtsextreme mobilisieren und Hetze verbreiten, stellen sich wache Bürger_innen rassistischer Stimmungsmache entgegen. Wir haben auf den folgenden Seiten Argumente und Fakten für eine sachliche Diskussion zusammengestellt. Weitere Informationen enthält die Broschüre »pro menschenrechte. contra vorurteile.«

Europa nimmt nur wenige Flüchtlinge auf

Die Zahl der Asylsuchenden in Europa steigt. »Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen«, heißt es nun.

Richtig ist: Davon sind wir Lichtjahre entfernt. Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge kommt nach Europa.

Die wenigsten Flüchtlinge schaffen es nach Europa – weil sie in der Region bleiben wollen oder weil sie keine Möglichkeit haben, hierher zu kommen. Eine Flucht ist teuer und gefährlich; zudem droht sie immer zu scheitern, denn legale Wege nach Europa gibt es so gut wie nicht. Fast immer sind es die Nachbarstaaten von Krisenländern, die in kurzer Zeit Hunderttausende aufnehmen, obwohl diese oft selbst arm bzw. politisch instabil sind. Seit Anfang 2012 hat allein der Libanon mit einer Million syrischen Geflüchteten etwa so viele Menschen aufgenommen wie Deutschland 2015 – jedoch bei einer Einwohnerzahl von ca. fünf Millionen im Vergleich zu über 80 Millionen in der Bundesrepublik.

2015 hat Deutschland europaweit die meisten Flüchtlinge aufgenommen. Im Vergleich der absoluten Antragszahlen liegt Deutschland seit 2012 an der Spitze. Sieht man sich allerdings die zehn Jahre zuvor an, stellt man fest, dass Frankreich fast durchgängig an erster Stelle stand. Daneben nahmen Großbritannien und Schweden in manchen Jahren mehr Asylanträge entgegen als Deutschland. Setzt man die Zahl der Anträge ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl, relativiert sich das Bild weiter.

Viele Flüchtlinge haben ein Recht auf Asyl

Ahnungslose sind überzeugt: »Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge.«

Richtig ist: Ein Großteil der Asylsuchenden erhält von den Behörden einen Schutzstatus.

Niemand setzt sich leichtfertig in ein marodes Boot, wissend, dass der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, nur in der Hoffnung auf Sozialleistungen. Wer Asyl sucht, kämpft oft ums Überleben.

Die größte Gruppe unter den Asylsuchenden sind Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg. In Eritrea herrscht eine brutale Militärdiktatur, die Regimekritiker verschwinden lässt. Krieg und brutale Gewalt trieben auch tausende Menschen aus Afghanistan, Somalia und Irak in die Flucht. Wenn das BAMF die Asylanträge dieser Menschen inhaltlich prüft, sind die Anerkennungschancen hoch: Insgesamt erhalten über 60% der Asylsuchenden nach inhaltlicher Prüfung einen Schutzstatus. Die bereinigte Schutzquote

lag 2015 für Afghanistan bei 78%, Somalia bei 82%, Iran bei 85% und bei den drei Hauptherkunftsstaaten Syrien, Irak und Eritrea bei nahezu 100%.

Politiker missbrauchen unser Asylrecht

Politiker behaupten: »Flüchtlinge aus Balkan-Staaten haben keine Asylgründe.«

Richtig ist: Populisten machen Stimmung gegen Flüchtlinge.

Viele Asylsuchende kommen aus den Balkanstaaten. In Politik und Öffentlichkeit scheint das Urteil schon gefällt: Bei ihnen handle es sich nicht um »echte« Flüchtlinge. In der Realität sind insbesondere Roma massiven Bedrohungen ausgesetzt: Sie unterliegen einer Rundum-Diskriminierung, erhalten keine Wohnungen, haben kaum Zugang zu Bildung, zu Arbeit, zu Gesundheitsversorgung. Immer wieder werden Roma Opfer rassistischer Gewalt.

Die individuellen Fluchtgründe von Balkanflüchtlingen können durchaus zur Asylanerkennung führen. Doch sie werden nicht mehr gewissenhaft geprüft. In Schnellverfahren werden die Anträge als »offensichtlich unbegründet« eingestuft und abgelehnt. Die absehbare Folge dieser Politik – eine Anerkennungsquote nahe Null – wird von einigen Politiker_innen populistisch aufgegriffen und als »massenhafter Missbrauch« des Asylrechts diffamiert.

Mehr Wohnungen für Flüchtlinge!

Hektisch eröffnete Notunterkünfte suggerieren: Wir haben nicht genug Platz, die neu ankommenden Flüchtlinge unterzubringen.

Richtig ist: Mit vernünftiger Planung könnten wir viel mehr Menschen aufnehmen.

2015 brauchten mehr Asylsuchende denn je ein Dach über dem Kopf. Dies hat die Kommunen herausgefordert. Zur Dramatisierung gibt es allerdings keinen Grund: Die Unterbringung ist keine Platzfrage – sie ist eine Frage der Organisation und des guten Willens.

Schwierigkeiten resultieren aus der Vergangenheit: Unterkünfte wurden geschlossen und Aufnahmestrukturen abgebaut. Die Verwaltungen haben zu spät reagiert, als absehbar wurde, dass mehr Flüchtlinge kommen würden. Zum Problem gehört auch der Abbau des sozialen Wohnungsbaus. Viele Kommunen haben ihre Immobilien verkauft und besitzen kaum noch Wohnraum.

Waren früher »Gemeinschaftsunterkünfte« die politisch gewünschte Form der Unterbringung zur »Abschreckung« von Flüchtlingen, so erlauben viele Kommunen Flüchtlingen inzwischen, in Wohnungen zu leben. In der derzeitigen Situation greifen sie dennoch oft auf Großunterkünfte zurück, obwohl diese teurer sind.

Vorurteile gefährden die Sicherheit und Ordnung in der Nachbarschaft

Böse Geister flüstern es uns ein: »Asylsuchende sind kriminell und gefährlich«.

Richtig ist: Flüchtlinge sind so verschieden, wie Menschen eben sind.

Hinweise darauf, dass Flüchtlinge öfter straffällig würden, gibt es nicht. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist das sogar wissenschaftlich widerlegt. Die Polizei hat darauf hingewiesen, dass es im Umfeld der Asylunterkünfte keine erhöhte Kriminalitätsrate gibt. Eindeutig kriminell sind dagegen die Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte.

Die Kriminalstatistik, die als Argument für höhere Kriminalität »der Ausländer« herangezogen wird, ist irreführend: Sie erfasst Tatverdächtige, nicht Täter_innen. Daraus kann man lediglich schließen, dass (vermeintliche) »Ausländer« häufiger unter Verdacht geraten, kontrolliert oder angezeigt werden. Ein Vergleich der verdächtigten Deutschen und Nichtdeutschen macht keinen Sinn: Das Bundeskriminalamt errechnet die entsprechende Quote für Nichtdeutsche gar nicht erst, weil die Kriminalstatistik bspw. auch Tourist_innen erfasst. Außerdem werden die Straftaten nicht unterschieden – obwohl Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz von Deutschen nicht begangen werden können.

Mehr Steuergeld für Flüchtlinge!

Viele Menschen denken: »So viele Flüchtlinge aufzunehmen, können wir uns nicht leisten«.

Richtig ist: Menschenrechte zu beachten kostet Geld, und das müssen wir uns leisten. Zudem leisten Flüchtlinge viel – wenn man sie lässt.

Flüchtlinge zu schützen ist eine humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung, die keiner Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegen darf. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und andere Regelungen sind die Antwort auf Krieg, Völkermord, Verfolgung. Für die Bundesrepublik sind das Asylgrundrecht und auch das Völkerrecht verbindlich – wer das in Frage stellt, stellt unseren Rechtsstaat in Frage.

Im Übrigen ist es kurzsichtig und falsch, Flüchtlinge vor allem als finanzielle Belastung zu sehen. Sicher: Manche Gewaltopfer oder traumatisierte Flüchtlinge sind langfristig auf Unterstützung angewiesen. Viele andere sind motiviert und qualifiziert, lernen und arbeiten. Irgendwann werden aus Flüchtlingen Steuer- und Rentenzahler_innen. Je mehr investiert wird, je früher Flüchtlinge Zugang haben zu Deutschkursen, Berufsausbildung, Qualifizierung, desto eher wird die Gesellschaft auch wirtschaftlich gewinnen.

»Überfremdet« sind wir schon immer

Neonazis behaupten: »Durch Zuwanderung geht die deutsche Kultur zu Grunde«.

Richtig ist: Die »deutsche« Kultur und Bevölkerung spiegelt eine Jahrtausende lange Migrationsgeschichte wider.

Migrant_innen waren schon immer da – das »deutsche Volk« oder die »deutsche Kultur« ist eine Erfindung. Migration hat die Gesellschaft nicht nur verändert, sondern »uns« auch zu dem gemacht hat, was »wir« heute sind.

Im 18. und 19. Jahrhundert flohen Millionen Deutsche vor religiöser Repression und Armut nach Russland und Amerika. Mit den »Gastarbeiter_innen« des 20. Jahrhunderts wurde Deutschland zum Einwanderungsland. Döner und Pizza sind Bestandteil der deutschen Kultur. Die deutsche Bevölkerung war immer schon eine ungeplante Mischung.

Nur dort, wo niemand dazukommt, entsteht der Eindruck, man sei schon immer »unter sich«. Daher ist nicht verwunderlich, dass Menschen in Gegenden mehr Angst vor einer »Überfremdung« haben, wo die wenigsten »Ausländer« leben. Wo Menschen dagegen mit Migrant_innen in Kontakt kommen, stellt sich schnell Gelassenheit und Normalität ein.



© Mawil, www.bildkorrektur.tumblr.com

pro Menschenrechte. contra Vorurteile; Amadeu Antonio Stiftung, PRO ASYL und IG Metall (Hrsg.), 2015. <https://www.proasyl.de/material/pro-menschenrechte-contra-vorurteile-092015/>

Der »übergriffige Fremde«. Zur Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt für rassistische Hetze

Enrico Glaser, Heike Radvan und Simone Rafael

Mit Gerüchten über Vergewaltigungen und Belästigungen durch Migranten oder Geflüchtete bedienen rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen Ängste insbesondere vor geflüchteten jungen Männern. Sie instrumentalisieren damit das Thema sexualisierte Gewalt – denn über diese wird meist erst gesprochen, wenn Migranten oder »Ausländer« Täter sind bzw. als solche vermutet werden. Dies lässt sich auch anhand der Debatte um die Silvesternacht in Köln 2015/16 beobachten. Sexuelle Gewalt ist immer zu verurteilen, unabhängig davon, wer die Opfer und die Täter sind. Doch auch wenn man über Motive und Sozialisation von Tätern sprechen muss, führt die Debatte um die ethnische Herkunft weg vom eigentlichen Thema und hilft den Opfern nicht.

Wenn mit Lügen Hass geschürt wird

Die Amadeu Antonio Stiftung beobachtet seit Anfang 2014, dass Geschichten geteilt werden und hohe Zustimmung erhalten, die Vorurteile vom »übergriffigen Fremden« bedienen und verbreiten. Meist handelt es sich bei den entsprechenden Postings um Gerüchte, in zahlreichen Fällen schlicht um erfundene Vorfälle.

Das Thema ist emotional besetzt. Viele Menschen, insbesondere Frauen, haben Angst, Opfer sexualisierter Gewalt und Übergriffe zu werden. Eltern haben Angst, dass ihre Kinder sexuellen Missbrauch erleben. Angesichts der tatsächlichen Verbreitung von Missbrauch und Sexismus ist diese Angst durchaus verständlich und sollte ernst genommen werden. Worum es Neonazis und Rechtspopulist_innen geht, ist jedoch nicht die Auseinandersetzung mit dem Problem. Weder der Schutz potentieller Opfer noch das Verarbeiten erlebter Gewalt sind der Fokus von Rechtspopulisten. Sie verfolgen das Ziel, mit drastischen Strafmaßforderungen und mittels Selbstjustiz Zustimmung zu ihrer Ideologie zu erlangen. Sie wollen sich als Kümmerer darstellen, die handeln und die Gesellschaft vor einer vermeintlichen Gefahr schützen.

Verdrängung und Projektion

Warum werden »ausländische« Täter als besonders frauenverachtend dargestellt, obwohl der Sexismus unter einheimischen Männern und Frauen sehr weit verbreitet ist? Und warum erregen die anhaltend hohen Zahlen sexualisierter Übergriffe auf Frauen durch weiße deutsche Männer so wenig Aufmerksamkeit? Es handelt sich hierbei um Verdrängung und Projektion.

Statistiken über sexualisierte Gewalt und über sexuellen Missbrauch zeigen, dass die Täter_innen in mehr als drei Viertel der Fälle ihre Opfer persönlich gut kennen. Meist sind sie Familienangehörige, Nachbarn, Kollegen oder Freunde. Der »fremde Täter« ist, statistisch belegt, die Ausnahme. Dementsprechend handelt es sich in den meisten Fällen pauschaler Beschuldigung von »Ausländern« um einen Mythos, ein Gerücht. Es dient der Externalisierung und Verschleierung des eigenen Sexismus und legitimiert gleichzeitig rassistische Argumentationslinien.

Die Mythen vom »sexuell übergriffigen und gewalttätigen fremden Mann« greifen auf Bilder und Geschichten zurück, die seit vielen Jahrhunderten erzählt werden und kulturell verankert sind.

Es handelt sich um Stereotype, die sowohl rassistisch als auch sexistisch sind. Diese haben bestimmte Funktionen: So ist es mit dem Bild eines Gewalttäters, der als der »Andere«, der »Fremde« gezeichnet wird, möglich, die Auseinandersetzung mit der Gewalt im sozialen Nahraum, in der eigenen Familie oder »Wir-Gruppe« zu umgehen bzw. zu beschweigen. Eine solche Auseinandersetzung ist schwierig, nicht zuletzt, da sexualisierte Gewalt und sexueller Missbrauch nach wie vor stark tabuisierte Themen sind. Zudem ist es für Betroffene eine bleibende schwierige Situation, sich der eigenen Ohnmachtserfahrung zu stellen.

Im Mythos vom gefährlichen Flüchtling werden koloniale, rassistische und sexistische Denkmuster vermengt und Hetze gegen Geflüchtete betrieben. Gleichzeitig wird eine vermeintlich offene und nicht-patriarchale deutsche Mehrheitsgesellschaft konstruiert, die sich als aufgeklärt imaginiert. Sexistische und rassistische Herrschafts- und Ausgrenzungsverhältnisse werden damit festgeschrieben. Eine Auseinandersetzung mit Gerüchten über sexualisierte Gewalt bzw. sexuellen Missbrauch muss sich daher immer beiden Ebenen widmen: Grundsätzlich muss der Hetze gegen Flüchtlinge widersprochen und zugleich einer rechtsextremen Instrumentalisierung von Sexualstraftaten entgegengewirkt werden.

Was ist sexualisierte Gewalt?

Der Begriff sexualisierte Gewalt umfasst sexuelle Handlungen, die gegen den Willen einer Person, also gegen ihre persönliche Freiheit durchgeführt werden. Sexualisierte Gewalt reicht von Anmache und sexuellen Belästigungen im Alltag bis hin zu Formen tätlicher Gewalt, wie aufgedrängten Berührungen und (versuchten oder vollendeten) Vergewaltigungen.



Freiwillige entfernen rassistische Parolen.

© Theo Schneider

Das Bild des »übergriffigen Fremden« – Warum ist es ein Mythos? Wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird; Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Berlin 2016.

https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/das-bild-des-uebergriffigen-fremden_warum-ist-es-ein-mythos.pdf

Dramaturgie der Angst Hass gegen Geflüchtete im Netz

Johannes Baldauf

Hass und Hetze gegen Geflüchtete dominieren seit Sommer 2015 die öffentliche Debatte. Beständig wird dabei auch auf die Sozialen Medien verwiesen. Und in der Tat wären die Erfolge von Pegida und der AfD ohne Facebook und andere Plattformen nicht möglich gewesen. Denn Soziale Medien sind nicht nur Orte, an denen sich Menschen vernetzen, sondern auch gebündelte Nachrichtenkanäle. Die Auswahl der Informationen richtet sich nach den Interessen der User_innen. Durch die Ausblendung konträrer oder alternativer Informationen wird das eigene Weltbild immer stärker verfestigt, weil die eigenen Ansichten nur bestätigt und nicht herausgefordert werden. So entstehen Informationsblasen, die nur schwer aufzubrechen sind. In der Regel vernetzen sich online ähnlich Denkende und bewegen sich in »Filterblasen« oder »Echokammern«, in denen User_innen gegenseitig ihre Meinung bestärken.

Fremd- und Selbstinszenierungen: eine Saat, die aufgeht

Für Rechtsextreme ist das Netz ein zentrales Propagandamedium. Auf eigenen Nachrichtenseiten verbreiten sie ihre Weltbilder, die häufig mit Verschwörungsmynthen vermischt sind. Ein besonders wirkmächtiges Motiv ist das Bild von der »Überfremdung« Deutschlands bzw. Europas, häufig gleichgesetzt mit einer drohenden »Islamisierung«. Diese Motive wurden im Kontext zunehmender Flüchtlingszahlen auf die Geflüchteten übertragen, die nun als Subjekt der »Überfremdung« dargestellt werden. Durch Vergleiche aus dem Bereich der Naturphänomene, wie »Asylflut« oder »Flüchtlingsstrom«, werden Dramaturgien der Angst entworfen. Da viele Geflüchtete gleichzeitig mit Muslim_innen assoziiert werden, sei nicht nur die Anzahl der Geflüchteten bedrohlich, sondern auch deren Religion und Kultur.

Im Sommer 2013 startete die Facebook-Seite »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf«. Auf den ersten Blick stellte sie ein Forum »besorgter Anwohner_innen« dar, die mit der Einrichtung einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in ihrem Bezirk nicht einverstanden waren. Die Geschichte klang ganz einfach: Wenn Geflüchtete in dem Berliner Bezirk Obdach fänden, dann gäbe es Probleme mit Müll, Kriminalität und Drogen; Frauen und Kinder wären nicht mehr sicher.

Tatsächlich kann die Seite als Testballon der rechten Szene angesehen werden, die diese Plattform nutzte, um die Hetze auf die Straße zu verlagern. Durch den Erfolg entstanden immer mehr solcher Initiativen und Seiten, die unter dem Slogan »Nein zum Heim« auftraten. Ende 2015 ergab eine Zählung 303 solcher Präsenzen.

Das Wechselspiel von Online- und realer Welt

Aufgerüttelt durch die Ereignisse von Heidenau und Freital im Sommer 2015 schaut die Öffentlichkeit verstärkt auf rechte Aktivitäten in den Sozialen Netzwerken und stellt verwundert fest: Rassismus, Sexismus und andere Formen der Menschenverachtung – sogenannte »Hassreden« bzw. »Hate Speech« – hat nicht nur einen festen Platz im Netz gefunden, sondern wird so lautstark vertreten, dass Gegenstimmen und Bekenntnisse zu Menschenrechten kaum noch wahrnehmbar sind. Foren, Blogs, Soziale Netzwerke und die Kommentarspalten bei Zeitungen sind Orte geworden, an denen

menschenverachtende Haltungen, die in der Gesellschaft sonst tabuisiert sind, offen propagiert werden.

Offene Feindschaft und Ablehnung von allem, was als anders und fremd wahrgenommen wird, sind jedoch schon viele Jahre im Netz zu finden. Mit Pegida, der AfD, den rassistischen Übergriffen im Jahr 2015 sowie den vielen »Nein zum Heim«-Seiten verdichten sich die rechten Filterblasen allerdings immer mehr. Die Grenzen des Sagbaren scheinen sich so immer weiter zu verschieben. Durch die Medienberichte über den Hass entsteht eine Wechselwirkung: Je mehr über Hetze berichtet wird, desto mehr Menschen fühlen sich bemüßigt, Hass zu propagieren. Denn Hetze trägt sich auf Dauer nur, wenn sie sich steigern kann. Daher eskalieren auch die Bedrohungsszenarien, die in ihrer Dramaturgie immer näher an die Wohnzimmer der Deutschen rücken: Auf die Häme über ertrunkene Flüchtlinge und brennende Unterkünfte folgten Lügengeschichten und Verschwörungsmynthen von Vergewaltigungen und Raubüberfällen durch Geflüchtete.

Klar positionieren und argumentieren

Doch es gibt auch stärker werdenden Widerspruch. Zahlreiche Initiativen sind online aktiv, oft als direkte Gegenentwürfe zu den »Nein zum Heim«-Seiten und mit lokaler Wirkmacht. Viele Nutzer_innen beteiligen sich an Diskussionen und betreiben Gegenrede, in dem sie sich klar positionieren und gegen die Hassreden argumentieren. Vorurteile werden mit Fakten widerlegt, Hetzende in ihre Schranken gewiesen. Couragierte Aktive berichten auf Facebook von ihrer Arbeit in Unterkünften und geben so authentische Eindrücke, die tausendfach verbreitet und geteilt werden.

Das Projekt Hoaxmap, das sich mit Falschmeldungen und Gerüchten über Geflüchtete auseinandersetzt und diese entlarvt, ist ein gutes Beispiel dafür, wie couragierten Nutzer_innen bei der Gegenrede unterstützt werden können. Die Betreiber_innen haben eine Karte erstellt, auf der jedes Gerücht mitsamt einer Quelle, die es widerlegt, verzeichnet werden kann. So können Nutzer_innen selbst gezielt gegen Mythen vorgehen.

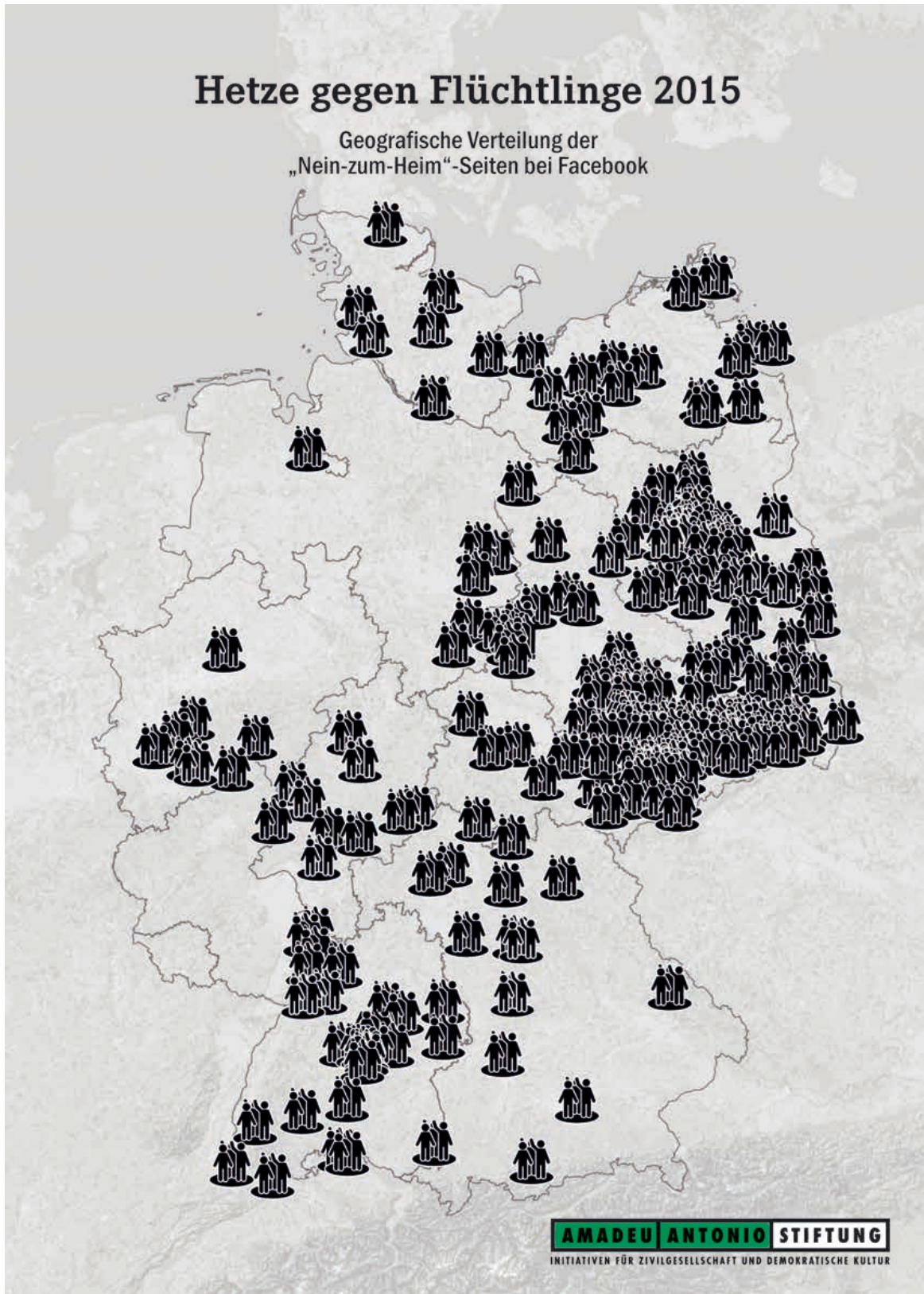
Dennoch ist es nach wie vor schwer, in rechte Filterblasen einzudringen und die Gegenrede dort hinzutragen, wo sie am nötigsten ist. Wer direkt auf den Seiten von Pegida und Co. Widerspruch leistet, wird nach kurzer Zeit von den Seiten geblockt. Auf YouTube sind ähnliche Auseinandersetzungen zu beobachten, vor allem in den Kommentaren engagierter YouTuber_innen, die sich offen gegen Hass positionieren. Dadurch verschieben sich die eigentlichen Schauplätze der Auseinandersetzung entweder auf die persönlichen Seiten der Nutzer_innen oder in die Kommentarspalten der Medien in den Sozialen Netzwerken. Nach vermehrter Kritik am ungenügenden Löschen von Hate Speech auf Facebook startete Anfang 2016 die »Online Civil Courage Initiative« (OCCI), an der auch die Amadeu Antonio Stiftung beteiligt ist. Ziel der Initiative ist es, das Konzept der Gegenrede noch stärker zu etablieren und auf eine breite Basis zu stellen. Auch Justizminister Heiko Maas widmete sich dem Thema und rief die »Task Force zur Bekämpfung von Hate Speech« ins Leben.

Um Hassrede effektiv und dauerhaft entgegenwirken zu können, müssen Nutzer_innen, Politik und die Netzwerke gemeinsam agieren, um rechte Filterblasen und die Dominanz der lauten Minderheit zu durchbrechen. Gemeinsam müssen wir Antworten auf

die Frage finden, wie mit dem Rassismus in der Gesellschaft, der online besonders gut sichtbar wird, umgegangen werden soll.

www.hoaxmap.org

www.facebook.com/onlinecivildcourage



Bürgerlicher Rassismus und rechter Terror. Eine Auswertung der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2015

Marius Münstermann

Am 25. Oktober 2015 wird im hessischen Lampertheim ein Feuer in einem Haus gelegt, in dem Geflüchtete untergebracht sind. Alle 49 Bewohner_innen bleiben unverletzt. Einige Tage später prügeln in Wismar Maskierte mit Baseballschlägern und anderen Waffen auf zwei Geflüchtete ein, die sich vor einer Notunterkunft aufhalten. Am 10. Dezember 2015 greift eine Gruppe von 30 Menschen einen Bus mit Geflüchteten bei der Ankunft vor einer Unterkunft im sächsischen Jahnstorf an. Zunächst blockiert die aggressive Gruppe den Bus. Anschließend werfen sie Gegenstände und zünden Böller. Der Busfahrer wird durch einen Böller am Fuß verletzt, auch ein Mitarbeiter des Wachdienstes wird getroffen. Eine Fensterscheibe des Busses geht zu Bruch, wodurch sich ein Geflüchteter Schnittverletzungen am Bein zuzieht.

Dies sind drei der bundesweit 1239 Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, die in der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL 2015 dokumentiert wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl fast verfünffacht. Besonders erschreckend ist die Häufigkeit der Brandanschläge (137), zunehmend auch auf bewohnte Unterkünfte. Hinzu kommen 918 Fälle der Kategorie »Sonstiges«: Steinwürfe, Anschläge mit Buttersäure, Hakenkreuzschmierereien oder Schüsse. Insgesamt wurden mindestens 288 Menschen körperlich verletzt. Die Dunkelziffer liegt vermutlich deutlich höher, da viele Fälle nie zur Anzeige kommen.

200 Fälle, die beim BKA fehlen

Ein Abgleich mit den Statistiken des Bundeskriminalamts (BKA) zeigt, dass in dessen Zählungen viele Vorfälle nicht aufgeführt werden. Die drei eingangs beschriebenen Angriffe sind Beispiele dafür. Das BKA zählt für 2015 über 200 Fälle weniger als die Chronik der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL (Stand vom 29. Februar 2016). Zum Teil erklärt sich diese Differenz durch den Umstand, dass örtliche Polizeidienststellen nur die Vorfälle in ihre Statistik aufnehmen, die direkt auf dem Gelände von Flüchtlingsunterkünften geschehen. Werden Geflüchtete etwa an einer Bushaltestelle attackiert, werden diese Übergriffe nicht als flüchtlingsfeindlich gelistet. Weshalb andere Fälle bis heute in den offiziellen Zahlen des BKA fehlen, ist hingegen kaum erklärlich. Ein Beispiel: Am 7. Mai 2015 warfen im bayerischen Wallersdorf zwei Unbekannte Molotov-Cocktails auf eine bewohnte Unterkunft. Das Landeskriminalamt Bayern setzte eine Belohnung von 2.000 Euro für Hinweise auf die Täter aus. Trotzdem fehlt dieser Übergriff in der BKA-Statistik sowie weitere 43 Brandanschläge, von denen mehr als die Hälfte bewohnten Unterkünften galten. Ein zusätzliches Problem ist, dass viele Polizeidienststellen Übergriffe erst Monate später mit Pressemitteilungen öffentlich machen – wenn überhaupt. Diese Fälle können durch unabhängige Stellen erst im Nachhinein mit viel Aufwand recherchiert werden.

Drastischer Anstieg seit Sommer 2015

Im Jahr 2015 werden somit zwei deutliche Entwicklungen sichtbar. Zum einen ist ab den Sommermonaten bundesweit ein drasti-

scher Anstieg an flüchtlingsfeindlichen Vorfällen zu verzeichnen. Gleichzeitig lassen sich Orte und Regionen feststellen, an denen die Gewalt besonders stark und konzentriert eskaliert. Beispiele sind Dresden, der Erzgebirgskreis, Güstrow, Magdeburg oder Dortmund. Angriffe treten dort besonders häufig auf, wo rechtsextreme Strukturen sich über viele Jahre festigen konnten. Es liegt nahe, dass sich Rechtsextreme durch die aktuelle gesellschaftliche Stimmung dazu ermutigt fühlen, Gewalt auszuüben und zu gewalttätigen Angriffen auf Geflüchtete und Asylunterkünfte aufzurufen.

Diese Aufrufe verhallen nicht ungehört. Das Bundeskriminalamt gibt an, dass drei Viertel der überführten Täter_innen in der Nachbarschaft ihrer Opfer leben. Rund die Hälfte ist zuvor nicht polizeilich aufgefallen. Nur in den seltensten Fällen sind die Täter_innen bisher überführt und angezeigt worden. Angesichts der zunehmend offenen Gewaltbereitschaft zeigt sich die Polizei häufig überfordert. Inzwischen rufen Redner_innen teils offen dazu auf, sich über die Auflagen der Polizei hinwegzusetzen. So wurden in Heidenau im August 2015 Anwohnende auf Handzetteln dazu aufgerufen, die Ankunft der Asylsuchenden mit »zivilem Widerstand« zu verhindern. Innerhalb von zwei Tagen eskalierte die Situation; über dreißig Polizeikräfte wurden durch Böller und Steine verletzt. Dass die Polizei in derartigen Situationen häufig nicht konsequent durchgriff, scheint die Täter_innen weiter bestärkt zu haben.

Rechtspopulisten befeuern rassistisches Klima

Und jede neue Gewalttat entfaltet weitere Signalwirkung. Die Gewalt wurde aber nicht erst hier sichtbar. Sie war vorauszuahnen in einem gesamtgesellschaftlichen Klima, das von oftmals rassistischen Debatten über Asylrechtsverschärfung, Transitzonen und Obergrenzen für die Aufnahme von Geflüchteten geprägt ist. Noch 2014 suchte Sigmar Gabriel den Dialog mit Pegida und betonte, die »Sorgen der Bürger« ernst nehmen zu wollen. Im Oktober 2015 stand auf dem Theaterplatz in Dresden ein Galgen, reserviert für den »Volksverräter« Gabriel. Wenige Tage später stellten Unbekannte im sachsen-anhaltischen Möckern einen Galgen vor eine Asylunterkunft.

Pegida hat Symbolcharakter für die immer enger werdende Verbindung zwischen bürgerlichem Protest, tradiertem Rassismus und offenem, gewalttätigem Rechtsextremismus. Bereits in den ersten Monaten kam es am Rande der Pegida-Demos immer wieder zu Attacken auf die Presse. Rechte Hooligans griffen im Anschluss an eine Pegida-Demo ein Protestcamp von Geflüchteten in der Dresdener Innenstadt an. Dennoch haben Politiker_innen das Gewaltpotential der Bewegung lange verharmlost, ihre rassistischen Aussagen relativiert. Dies führte zu einer Normalisierung und weiteren Verbreitung unreflektierter Pegida-Rhetorik. So konnte sich eine rechte Bewegung, zu deren hartem Kern stadtbekanntes Neonazis zählen, zum Sprachrohr eines vermeintlichen Volkswillens stilisieren.

Auch andernorts firmieren unter dem GIDA-Label militante Rechte, die zuvor als Kameradschaften in Erscheinung traten, etwa

in Thüringen (Thügida) und in Mecklenburg-Vorpommern (MVgida). Hinzu kommen rassistische »Bürgerwehren«, »Heimatschutz«-Gruppen und Parteien wie NPD, Die Rechte, Der III. Weg und zuletzt auch die AfD, die bundesweit Demonstrationen gegen Geflüchtete organisieren. Der AfD gelingt es besonders erfolgreich, Schnittstellen zur bürgerlichen Mitte herzustellen und sich als Plattform für Protest und gesellschaftliche Erneuerung mit klar deutschnationalem Profil aufzubauen.

Der Versuch anderer Parteien, durch eigene rechtskonservative Impulse und rhetorische Formeln (»Flüchtlingskrise«, »Asylflut« etc.) die bürgerliche Mitte zu stärken, verkehrt sich vielerorts ins Gegenteil – er stärkt den Einfluss der rechten Gruppierungen. Inzwischen ist die Debatte derart polarisiert, dass selbst konservative Parteien wie die CDU – nicht zuletzt wegen der Haltung von Kanzlerin Merkel – als zu freundlich gegenüber Geflüchteten gelten.

Die Facetten der rassistischen Bewegung sind vielfältig, ihr gemeinsamer Nenner aber ist: Stimmungsmache gegen Geflüchtete, zunehmend enthemmt und gewalttätig. Das immense Anschwellen der Zahl gewaltsamer Übergriffe 2015 unterstreicht dies. In Anbetracht der weitreichenden Probleme bei der Erfassung und strafrechtlichen Verfolgung von flüchtlingsfeindlichen Vorfällen fordert die Amadeu Antonio Stiftung sowohl die umfassende, zeitnahe und transparente Veröffentlichung von Hassverbrechen durch Polizeidienststellen und Kriminalämter als auch die Einrichtung gesonderter Fachbereiche für Hassverbrechen in Polizei und Staatsanwaltschaft.

**Anmerkung: Die Zahlen aus der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2015 sind nur vorläufig. Stand ist der 29. Februar 2016. Es ist mit Nachträgen zu rechnen, welche die Zahl der Vorfälle vermutlich weiter erhöhen wird.*



21.08.2015

Kundgebung/Demo, Sonstige Angriffe auf Unterkünfte Heidenau, Sachsen

Quelle: MDR, Sächsische Zeitung

Seit am Mittwoch bekannt wurde, dass im sächsischen Heidenau Asylsuchende untergebracht werden sollen, wird in der Kleinstadt bei Dresden jeden Abend gegen die geplante Unterkunft demonstriert. Die bislang größte Demonstration fand am Freitag statt. Diese wurde von der NPD angemeldet und zog unter anderem vor das Haus des Heidenauer Bürgermeisters, den ein Redner als »Volksverräter« beschimpfte. Im Anschluss an die angemeldete Demonstration eskalierte die Situation, als sich bis zu 600 Personen vor der geplanten Asylunterkunft – einem ehemaligen Baumarkt – versammelten, um die für die Nacht geplante Ankunft der ersten Asylsuchenden mit Straßenblockaden zu verhindern. Dieses Vorhaben hatten mehrere Personen bereits im Vorfeld in sozialen Netzwerken angekündigt. Die Polizei sei dennoch nicht mit ausreichenden Kräften vor Ort präsent gewesen, kritisierte der innenpolitische Sprecher der Grünen im sächsischen Landtag, Valentin Lippmann. So zogen sich die Beamten zunächst zurück, als der rassistische Mob vor der Unterkunft anfang, mit Steinen, Flaschen, Straßenabsperungen und Böllern zu werfen – auf die Unterkunft und die Polizei. Bei den Angriffen wurden laut Polizei 31 Beamte verletzt, einer von ihnen schwer. Erst am Morgen brachte die Polizei die Situation unter Kontrolle. Bereits am Samstagmittag versammelten sich jedoch erneut gewaltbereite Demonstranten vor der Unterkunft.

27.08.2015

Kundgebung/Demo Oberhausen, Nordrhein-Westfalen

Quelle: Der Westen

Rund ein Dutzend grölender Rechter ist in der Nacht vor eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Oberhausen gezogen. »Unsere Fahne, unser Land – maximaler Widerstand«, »Sieg Heil« und andere rassistische Parolen sind auf einem kurzen Video zu hören, dass Flüchtlingsunterstützer bei Facebook hochgeladen haben. Die Rechten waren offenbar auf dem Weg zu einer Asylunterkunft in der Nähe, wo sie die Polizei jedoch schon erwartete. [...] Zunächst wurde eine Person festgenommen, gegen zehn weitere wurde ein Platzverweis ausgesprochen. »Dem Platzverweis sind die Personen allerdings nur sehr mürrisch nachgekommen und haben dann weiter volksverhetzende Parolen skandiert. Daraufhin wurden alle Personen festgenommen«, erklärte der Polizeisprecher.

Quelle: Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaele

Asylsuchende als Betroffene rechter Gewalt

Für Betroffene rechter Gewalt gibt es eine Vielzahl von Anlaufstellen, die zur Beratung, Begleitung und Unterstützung aufgesucht werden können. Ob es sich dabei um juristische Hilfe, psychosoziale Gespräche, Kontaktvermittlungen oder die Begleitung zu Anwälten, Gerichten, Polizei oder Ärzten handelt – die Aufgaben der Beratungsstellen sind ausgesprochen vielfältig und richten sich stets situativ nach den Erfordernissen der Betroffenen rechtsextramer, rassistischer und antisemitischer Bedrohungen und Übergriffe.

Die Opferberatungsstellen agieren oft landesweit oder vermitteln den Kontakt zu lokalen Ansprechpartnern. Die Betreuung bei den anerkannten Beratungsstellen ist grundsätzlich kostenlos, vertraulich und auf Wunsch anonym.

Nachfolgend stellen wir beispielhaft die Arbeit des mobilen Beratungsteams ezra in Thüringen vor. Eine Auflistung aller Opferberatungsstellen nach Bundesländern finden Sie unter: www.opferfonds-cura.de/hilfe-fuer-betroffene/beratungsstellen.

»Wir haben die Proteste gesehen. Die Leute sind direkt hierhergekommen. Wir haben gespürt, dass die Leute uns hier nicht haben wollen. Wir hatten Angst vor ihnen, Angst, auf die Straße zu gehen.«

Eine Bewohnerin der Flüchtlingsunterkunft in Greiz

Die Gefahr für Flüchtlinge, Opfer rechter Gewalt zu werden, reicht von Drohungen bis hin zu körperlichen Angriffen. Mit Christina Büttner von ezra, der mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, sprach Alice Lanzke über die Rolle von Beratungsstellen und der Polizei.

Wie äußert sich rechte Gewalt gegen Flüchtlinge?

Wir beobachten verschiedene Formen der Gewalt und ein gesellschaftliches Klima, das sie begünstigt. Da gibt es zum einen Täter_innen, die Menschen aus rassistischen Motiven angreifen und beleidigen, bedrohen und verletzen. Ihre Botschaft ist ganz klar ausgrenzend. Sie sprechen den Menschen, die sie angreifen, ab, dass sie hier sein dürfen.

Seit 2014 haben gezielte Angriffe auf Unterkünfte für Asylsuchende massiv zugenommen. Täter_innen verfolgen das Ziel, Unterkünfte unbewohnbar zu machen, bei Brandanschlägen nehmen sie in Kauf, dass Menschen getötet werden. Nur durch glückliche Umstände gab es bei den Brandanschlägen im Jahr 2015 keine Todesopfer. Zudem wird im Internet gegen Geflüchtete gehetzt und gegen Menschen, die sie unterstützen. Teilweise wird dabei offen zu Gewalt aufgerufen. Auf der Straße finden in Thüringen seit der zweiten Jahreshälfte 2013 regelmäßig Kundgebungen und Demonstrationen statt. Parteien wie die NPD, Der III. Weg, Die Rechte und die AfD, Gruppierungen wie Thügida, Sügida, weitere -gidas und solche, die sich »Wir lieben...« mit unterschiedlichen Landkreis- und Ortsnamen nennen, rufen dazu auf. Unter dem Stichwort der »Asylkritik« wollen sie sich den Anstrich einer legitimen

Auseinandersetzung mit aktuellen Themen geben, warnen vor »Überfremdung«, machen die Zuwanderung für gesellschaftliche Probleme verantwortlich und sind offen rassistisch und aggressiv gegen alle, die sie als Gegner_innen sehen, gegen Medienvertreter_innen, Politiker_innen und Unterstützer_innen in der Flüchtlingsarbeit. Dieser Resonanzraum für Rassismus und Ausgrenzung wirkt auf die Gewaltbereitschaft potentieller Täter_innen wie ein Verstärker und führt zum Anstieg von Straf- und Gewalttaten.

Daneben erleben Geflüchtete häufig Alltagsrassismus, werden etwa in Läden nicht bedient, auf der Straße beleidigt oder berichten davon, unter Racial Profiling durch die Polizei zu leiden und durch diese Erfahrung das Vertrauen in die Polizei zu verlieren.

Wie erleben Flüchtlinge das Verhalten der Polizei?

Racial Profiling als Alltagserfahrung von Menschen, die nicht weiß sind, habe ich schon genannt. Ermittlungsbehörden wehren sich zwar gegen den Vorwurf und sagen, Racial Profiling gäbe es nicht. Die Menschen, die dem ausgesetzt sind, berichten allerdings ganz anderes. Das Leugnen einer alltäglichen Erfahrung eines Teils der Menschen, die in Thüringen leben, macht den Austausch über diese Praxis und ihre Folgen bei den Betroffenen schwierig und stellt sie zudem noch als Lügner_innen hin oder als Personen, die eben verdächtig sind.

Es gibt aber durchaus auch positive Erfahrungen mit Polizeibeamt_innen: wenn sie bei einem Angriff schnell vor Ort sind und erkennen, wer die Angreifer_innen sind, Betroffene als solche behandeln und vor den Täter_innen schützen, für eine gute Verständigung sorgen und empathisch sind, bei Bedarf ärztliche Hilfe organisieren.

Aber alles das ist leider nicht selbstverständlich. Es gibt auch diese Beispiele: Ein Asylsuchender wurde vor einem Einkaufszentrum zusammengeschlagen und schwer verletzt. Er wehrte sich mit Pfefferspray. Als die Polizei zum Tatort kam, wurde es sichergestellt. Die Angreifer_innen erstatteten gegen den Betroffenen Anzeige, und die Polizei ermittelte zunächst nur gegen ihn. Dabei wurden wichtige Ermittlungsschritte unterlassen: Das Videomaterial vom Eingang des Einkaufszentrums wurde nicht gesichert, der Betroffene, der im Krankenhaus lag, wurde nicht befragt. Eine solche Tatumkehr erleben Betroffene rassistischer Gewalt häufiger. Ohne Hilfe wird es für sie sehr schwer, deutlich zu machen, was eigentlich vorgefallen ist. Die Sprachbarriere kann dabei eine weitere Schwierigkeit darstellen. Obwohl die Behörden Dolmetscher_innen zur Anhörung von Zeug_innen heranziehen müssen, geschieht dies manchmal nicht. Dann fehlen in den Ermittlungsakten wichtige Erkenntnisse oder sie sind gar falsch. Aussagen können nicht angemessen in die Anklageschrift einfließen oder später vor Gericht nicht verwendet werden, weil sie fehlerhaft aufgenommen wurden.

Manche Geflüchtete haben große Angst vor der Polizei, weil sie z.B. in ihren Herkunftsländern oder auf der Flucht Gewalt durch Uniformierte erlebt haben, andere befürchten negative Auswirkungen auf ihr Asylverfahren, wenn sie mit Polizei und Justiz in Berührung kommen.

Gibt es im Umfeld der Flüchtlingsunterkünfte ausreichend Hilfsangebote?

Das kommt sehr darauf an, wo sich die Unterkunft befindet. Je abgelegener sie ist, umso schlechter ist meist die Infrastruktur von Beratungsangeboten vor Ort. Durch die gewachsene Hilfsbereitschaft von Menschen, die sich haupt- und ehrenamtlich für Geflüchtete einsetzen, hat sich in letzter Zeit allerdings einiges in positiver Hinsicht geändert. Für uns sind Organisationen wie der Flüchtlingsrat, Migrationsberatungsstellen, Unterstützer_innen und auch Politiker_innen, die Gewalt gegen Flüchtlinge wahrnehmen und ansprechen, wichtige Partner_innen, die uns helfen, Kontakt zu Betroffenen vor Ort herzustellen.

Könnten sich Flüchtlinge denn nicht an die Mitarbeiter_innen der Unterkünfte wenden, wenn sie angegriffen werden?

Das passiert wohl in einigen Fällen. Manchmal wird von Mitarbeiter_innen die Polizei gerufen oder ärztliche Versorgung der Betroffenen organisiert. Aber auch das klappt nicht immer. Bisher haben Mitarbeiter_innen von Unterkünften noch nie Kontakt zu uns als Beratungsstelle aufgenommen. Kontakte zu Betroffenen in Unterkünften sind immer auf anderen Wegen entstanden. In diesem Bereich gibt es derzeit einige Bewegung, die Hoffnung auf Besserung der Situation zulässt.

Was passiert, wenn sich ein Flüchtling nach einem rechten Übergriff bei ezra meldet?

Wir erfragen erst einmal, wie es dem Betroffenen geht und welche Art der Unterstützung nötig ist. Wir klären über juristische

Möglichkeiten auf und sprechen über die Zielstellungen der Betroffenen: Wünschen sie Begleitung zur Polizei, finanzielle Unterstützung, psychologische oder eine weitere individuelle Hilfe? Daneben gibt es Raum für persönliche Gespräche. In vielen Fällen unterstützen wir bei Antragstellungen. Häufig vermitteln wir auch zu weiteren Ansprechpartner_innen, wie z.B. Rechtsanwält_innen. Aus unserem eigenen Hilfsfonds können wir schnelle Hilfen gewähren, wenn diese sehr notwendig, aber nicht anders finanzierbar sind. Wir fragen auch, ob wir den Vorfall dokumentieren und in unsere Chronik aufnehmen dürfen.

Beratung und Begleitung sind streng vertraulich, auf Wunsch auch anonym, kostenlos und unabhängig von einer Anzeige.

Was wäre wünschenswert, um die Situation zu ändern?

Ich wünsche mir, dass Betroffene nicht allein bleiben müssen. Dass sie Ansprechpartner_innen vor Ort vorfinden, die rassistische Angriffe erkennen, betroffene Personen und Zeug_innen ernst nehmen, Hilfe anbieten und vermitteln. Ich wünsche mir, dass rassistische Angriffe nicht verdreht, weggeredet oder verschwiegen werden. Dafür ist es wichtig hinzuschauen, zuzuhören und Interesse daran zu entwickeln, was hinter jedem rassistischen Übergriff steht - denn nur, wenn man das Problem dahinter erkennt, kann man Strategien dagegen entwickeln und den rassistischen »Resonanzraum« verkleinern, in dem sich Täter_innen sicher und in ihrem Handeln bestätigt fühlen.

www.ezra.de



Geflüchtete protestieren gegen Abschiebungen auf einer Demonstration in Berlin.

»We Will Rise«: Die Stimmen der Geflüchteten hören

Larissa Fleischmann

Nur selten berichten die Medien über das Engagement der Geflüchteten oder ihre Selbstorganisationen. Vereinzelt wurde 2015 über Proteste in Massenunterkünften informiert, bei denen Geflüchtete ihren Unmut über die Unterbringungssituation äußerten oder eine schnellere Bearbeitung der Asylanträge forderten. So gut wie nie geben die Medien den geflüchteten Protestierenden jedoch eine Plattform, um ihre eigenen Belange jenseits akuter humanitärer Notlagen zu äußern.

Im Gegenteil: Anstatt »Ärger zu machen« forderte Thomas de Maizière im Oktober 2015 im Gegenzug für die deutsche »Willkommenskultur« eine »Ankommenskultur« von Seiten der Geflüchteten. Er sorgte für Empörung, als er Asylbewerber_innen, die sich über unsagbare Zustände in überbelegten Massenunterkünften beschwerten, Undankbarkeit und zu hohe Ansprüche vorwarf. Bleibt also kein Platz für die Stimmen der Geflüchteten im aktuellen Diskurs um die »Willkommenskultur«?

Und es gibt sie doch! Die Flüchtlingsproteste der letzten Jahre

Das Engagement Geflüchteter geht weit über spontane Demonstrationen hinaus. Die Aktivist_innen sind oft in Organisationsstrukturen eingebunden, die teilweise schon seit Jahren bestehen und deutschlandweit vernetzt sind, wie Refugees Emancipation, Women in Exile oder Asylstrikte Berlin zeigen. Ende Februar 2016 fand eine selbstorganisierte »Refugee Conference« in Hamburg statt, zu der Gruppen wie Lampedusa in Hamburg aufgerufen hatten und an der sich rund 1000 Geflüchtete und ihre Unterstützenden aus ganz Europa beteiligten, um gemeinsame Aktionen zu planen und Rechte einzufordern.

2014 erschien das Movement Magazine, das Aktionen aus dem Umfeld der Besetzung des Berliner Oranienplatzes aufzeigt. Begonnen hatten diese Proteste im September 2012, als sich etwa 60 Geflüchtete auf einen 600 Kilometer langen Fußmarsch von Würzburg nach Berlin begaben, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen. In Berlin angekommen errichteten sie ein Protestcamp auf dem Kreuzberger Oranienplatz, das große Aufmerksamkeit erlangte und dem sich etwa 6.000 Berliner_innen anschlossen, bis es nach langanhaltenden Verhandlungen mit den Berliner Behörden sowie zahlreichen, auch internen Schwierigkeiten, im April 2014 durch den Berliner Senat geräumt wurde.

Bereits während der Besetzung des Oranienplatzes folgten in ganz Deutschland ähnliche Aktionen Geflüchteter. Von München bis Hannover wurden Protestcamps errichtet. Im Sommer 2015 gab es zahlreiche Aktionen gegen die geplante Asylrechtsverschärfung. Eine Gruppe von etwa 40 geflüchteten Roma besetzte den Hamburger Michel, um gegen ihre Abschiebung zu protestieren. In Nürnberg traten Geflüchtete im September in einen lebensgefährlichen Hungerstreik.

»We Will Rise!« lautete der Titel einer Ausstellung der Berliner Geflüchtetenbewegung zu vergangenen Protestaktionen, die im Herbst 2015 in Berlin zu sehen war. Ihre und viele der bundesweiten Aktionen blieben in der Berichterstattung mit ihrem Fokus auf

die Flüchtlingshelfer_innen jedoch so gut wie unsichtbar. Werden sie doch bekannt gemacht, dann meist von rechten und »asylkritischen« Gruppen, die sie nutzen, um Ressentiments zu schüren oder Ängste vor chaotischen Zuständen zu wecken. Populistische Äußerungen zahlreicher Politiker_innen tragen dazu bei, dieses Einstellungspotenzial zu nähren. Umso wichtiger erscheint es, diesen Ängsten eine Berichterstattung über die Ziele und Inhalte der Flüchtlingsproteste entgegenzustellen.

Was wollen Flüchtlingsaktivist_innen, und was können wir von ihnen lernen?

Im Gegensatz zur geringen Medienpräsenz erhielten die Flüchtlingsproteste in der wissenschaftlichen Diskussion große Aufmerksamkeit. Das Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung »Movements« gab eine Ausgabe zu Flüchtlingsprotesten heraus, und das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) veranstaltete im November 2015 einen Workshop zum Thema »Refugee Mobilizations«.

Dieses wissenschaftliche Interesse an Flüchtlingsprotesten wird oft damit begründet, dass Flüchtlingsproteste de jure unmöglich seien. Da es sich bei der politischen Teilhabe um ein Vorrecht der Staatsbürger_innen handelt, sind Asylsuchende als »Nicht-Bürger_innen« davon ausgeschlossen. Vor dem Nationalstaat stellen sie somit keine vollwertigen politischen Subjekte dar. Daher werden Flüchtlingsproteste als Form politischen Protests diskutiert, der auf die Position der »Ausgestoßenen« und »Rechtlosen« aufmerksam zu machen sucht.

Indem Geflüchtete mit ihrem Protest ein »Recht, Rechte zu haben« einfordern, fechten sie die exklusive Teilhabe im Nationalstaat an. Hierzu zählen Aufrufe wie »Abolish Residenzpflicht! Stop Deportations! Right to Work and Study!« Im Kern werden damit Forderungen laut, jene Regelungen abzuschaffen, die Geflüchtete als nicht-gleichberechtigte Rechtsträger_innen kennzeichnen, die sie also in die Rolle des handlungsunfähigen »Opfers« zwingen.

Auf ein weiteres »Recht, Rechte zu haben« zielt der Ruf »Freedom of Movement is Everybody's Right«. Die Aktivist_innen protestieren für ein Grundrecht, das jedem erlaubt, dort zu leben, wo er oder sie möchte, ganz gleich welcher Grund ihn oder sie dazu bewegt, die Heimat zu verlassen. Können sich die Bürger_innen der westlichen Industrieländer meist weltweit frei bewegen, wird den Menschen aus sogenannten Entwicklungsländern dieses Recht oft abgesprochen. Vor diesem Hintergrund artikulieren sie Aufrufe wie »No Border! No Nation! Stop Deportation!«

Diese einschränkenden Gesetze nehmen die Aktivist_innen als Teil eines fortdauernden globalen Systems der Apartheid und des Kolonialismus wahr. Sie verweisen auf eine Mitverantwortung der Industrieländer an der Schaffung globaler Ungleichheiten, die Menschen erst dazu veranlassen, ihre Heimat zu verlassen. Zudem zeigen sie die Ausbeutung lokaler Ressourcen und den Landraub in Entwicklungsländern, die Kooperation der deutschen Regierung mit Diktaturen oder den Waffenexport in Krisenregionen auf.

Passen die Stimmen Geflüchteter also in die aktuelle »Willkommenskultur«?

Die Stimmen der Aktivist_innen erinnern uns daran, dass sie nach wie vor und trotz der »Willkommenskultur« ungleich behandelt werden. Die Rechte der politischen Teilhabe und Freizügigkeit bleiben exklusive Vorrechte der Staatsbürger_innen, während die Rechte der Geflüchteten durch verschiedene Gesetze eingeschränkt werden. Dies lässt vermuten, dass die Flüchtlingsproteste mit der aktuellen »Willkommenskultur« unvereinbar sind.

Doch ist erstens auf die Vielfältigkeit der Positionen der Geflüchteten zu verweisen. Bei den beschriebenen Aktivist_innen handelt es sich um eine Minderheit der Geflüchteten, die ihre Ansichten durch Proteste offen auf die Straße trägt. Aufgrund der vielfältigen Herkunftsorte und Erfahrungen sowie diverser religiöser, politischer und wirtschaftlicher Hintergründe gibt es auch unter den Geflüchteten viele verschiedene Visionen und politische Ansichten. Es darf also nicht davon ausgegangen werden, dass die Flüchtlingsaktivist_innen repräsentativ mit einer Stimme für alle Geflüchteten sprechen.

Zweitens setzen sich auch staatliche Stellen und ehrenamtlich Helfende vermehrt zum Ziel, Geflüchtete über soziale Integration, Sprachkurse und Teilhabe an Bildung und Arbeitsmarkt zu gleichberechtigten Bürger_innen zu machen und eine tolerante und inklusive Gesellschaft zu gestalten.

Drittens sind auch die Proteste der Geflüchteten in Unterstützungsstrukturen eingebunden, die ihre Aktionen ermöglichen, »übersetzen« und in der Folge beeinflussen. Laut Heather Johnson von der Queens University Belfast bedarf es immer der Solidarität der Bürger_innen, um den »Ausgeschlossenen« Gehör zu verschaffen und einen Strukturwandel anzustoßen. Nur durch eine Bewusstseinsänderung kann ein Wandel hin zu inklusiveren Gesetzen gestaltet werden. Bürger_innen müssen daher die Rolle der Übersetzenden einnehmen, die die Forderungen der »Nicht-Bürger_innen« in legitime politische Stimmen verwandeln und ihre Aktionen wirksam machen. Wir sollten nur darauf achten, dass es die Stimmen der Geflüchteten selbst sind, die wir in den Mittelpunkt stellen.

Gekürzter Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von www.sicherheitspolitik-blog.de.

Literatur und Links:

Heather L. Johnson: *These Fine Lines: Locating Noncitizenship in Political Protest in Europe*.

<https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/2eeb5024-cd31-430b-ab6c-75c464230a66.pdf>

www.cargocollective.com/Movementmagazine

www.movements-journal.org



Die Bühne für Menschenrechte verleiht mit ihren dokumentarischen Theaterstücken *Asyl-Monologe* und *Asyl-Dialoge* den Stimmen der oft überhörten Geflüchteten Gehör. Für ihr Engagement wurde dem Projekt 2015 der Amadeu Antonio Preis verliehen.

www.buehne-fuer-menschenrechte.de

© Asyl Monologe, Milan Benak

Ankommen in Deutschland. Zur Situation geflüchteter Frauen

Elizabeth Ngari floh 1996 aus Kenia nach Deutschland und lebte sieben Jahre in Sammelunterkünften in Brandenburg. 2002 gründete sie mit anderen geflüchteten Frauen »Women in Exile e.V.« (WIE), um auf die oft besonders prekäre Situation von weiblichen Geflüchteten aufmerksam zu machen. Mit ihr sprachen Simone Rafael und Zoé Sona.



© Elizabeth Ngari

Sie sind selbst als Asylsuchende nach Brandenburg gekommen. Wie war das für Sie? Hatten Sie das Gefühl, dass sie an einen sicheren Ort kommen?

Nein, leider überhaupt nicht. Ich bin in Frankfurt am Main angekommen und von dort nach Eisenhüttenstadt gebracht worden. Überall wurden unglaublich viele Fragen gestellt, immer und immer wieder. Ich fühlte mich eher wie eine Verbrecherin als wie eine Asylsuchende. Dazu fehlten jegliche Informationen: Bin ich jetzt wirklich angekommen? Immer wieder sagten mir die Beamten: »Du kannst jederzeit wieder nach Hause geschickt werden!« Wie sollte ich mich da sicher fühlen?

Was konkret machte das Ankommen schwer?

Es war niemand da, der einmal gesagt hätte: Hier gibt es einen guten Anwalt. Hier gibt es Menschen, die dir helfen können, dich beraten können. Ich habe das alles viel später und ganz allein herausgefunden. Deshalb engagiere ich mich heute, um mein Wissen zu teilen. Ich möchte anderen helfen, schneller voranzukommen, als ich es konnte. Dann war da die Sprachbarriere. Ich konnte mich nicht verständigen und die Menschen auf der Straße nicht verstehen – ich sah nur die misstrauischen Blicke, die misstrauischen Gesichter, die mir sagten: »Flüchtlinge sind hier nicht willkommen, ihr wollt doch nur unser Geld, unsere Arbeit.« Worte wie »N**« sind auch ohne Sprachkenntnisse leicht zu verstehen. Was ich dazu schwer fand: Dass es die meisten Menschen einfach nicht interessierte, wie es Flüchtlingen geht. Sie wissen nichts über unsere Situation.

Und gab es Kontakt zur Wohnbevölkerung?

Ganz ehrlich: In Eisenhüttenstadt hatten wir einfach Angst, vor die Tür zu gehen. Wir trafen jedes Mal Rechtsextreme. Wo ich hinging als schwarze Frau, machte jeder einen Kommentar. Weil das Heim außerhalb lag, wussten die Rechtsextremen ja immer, wo sie warten mussten, um einen Flüchtling zum Drangsalieren zu treffen. Aber egal, wo ich hinging, lag besondere Aufmerksamkeit auf mir. Etwa in den Geschäften in Prenzlau, wo ich später untergebracht war, wenn ich mit einem der unseligen Gutscheine bezahlen musste, die Flüchtlinge statt Geld bekommen. Die Ladenbesitzer guckten dann immer böse, weil man ja das Geschäft aufhält. Ich habe mich so klein und erniedrigt gefühlt, wenn ich den Gutschein herausholen musste, weil alle genervt geguckt haben. Noch heute bin

ich jedes Mal in der Kassenschlange gestresst und bemüht, bloß niemanden aufzuhalten.

Was wünschen Sie sich von der deutschen Bevölkerung?

Ich habe den Eindruck, dass es die meisten Deutschen nicht interessiert, wie es Flüchtlingen geht. Höchstens wenn etwas Schlimmes passiert, sind kurz ein paar Menschen da. Wenn Nazis vor dem Heim stehen, kommen auch Deutsche, die dagegen protestieren. Aber die sind hinterher wieder weg. Ich würde den Menschen gern mehr Informationen über das Leben von Flüchtlingen geben. Wir sind hier und möchten uns einbringen! Wir möchten ins Gespräch kommen. Wenn es Treffen dazu gibt, was man gegen Nazi-Demonstrationen vor Heimen tun kann, wie man die Situation von Flüchtlingen verbessern kann – ladet uns doch ein!

Welche Willkommenskultur würden Sie sich wünschen? Wie könnte ein Ankommen für Geflüchtete einfacher werden?

Zuallererst: Informationen in verschiedenen Sprachen, wie es weitergeht, über Sprachkurse und ähnliches, was der Integration dient! Ein Grundproblem ist es, Flüchtlinge in Heimen unterzubringen, abgetrennt von der Wohnbevölkerung. Das gibt das Gefühl, nicht willkommen zu sein. Andererseits scheint es auch der Bevölkerung die Vorstellung zu vermitteln: »Das können keine normalen Menschen sein. Die müssen doch irgendwas gemacht haben, dass sie in Heime gebracht werden.« Ich würde mir also wünschen, dass Menschen innerhalb der Gesellschaft untergebracht werden, in Wohnungen, wo sie Freunde finden oder mit Nachbarn reden können. Wo die Flüchtlinge auch das Gefühl haben, sie sind Teil der Gesellschaft und nicht ein »Gast«, der nur darauf wartet, wieder abgeschoben zu werden. Zugleich müsste man die Gesellschaft informieren: Flüchtlinge sind keine Kriminellen! Sie würden gern zur Schule gehen, arbeiten, aber die Gesetze lassen es nicht zu. Es wäre natürlich hilfreich, wenn die Gesetze anders wären. Wenn man Menschen dazu zwingt, über Jahre nur herumzusitzen, werden sie depressiv und letztendlich abhängig vom Staat. Und das kann doch keiner wollen!

Wie erleben Flüchtlinge rechtsextreme Demonstrationen vor den Heimen?

Das Gefühl ist nackte Angst. Alle Flüchtlinge kennen die Geschichten von brennenden Asylbewerberheimen, viele machen Gewalterfahrungen. Deshalb verlassen sie oft nur in Gruppen die Heime. Das beschränkt natürlich auch wieder furchtbar in der persönlichen Entfaltung und Lebensführung. Auch das macht Menschen depressiv.

Wie war der Kontakt mit den Angestellten in den Unterkünften?

Sehr schwierig. Bei den meisten hatte ich den Eindruck, sie würden lieber etwas anderes arbeiten und verstehen die Situation der Menschen nicht. Zugleich sind sie Teil des Systems, das darüber entscheidet, ob man bleiben darf. Deshalb haben viele Flüchtlinge Angst vor den Angestellten und reden nicht

mit ihnen. Andere tun alles, was sie sagen – auch wenn diese es ausnutzen. Ich würde mir wünschen, dass die Angestellten die Flüchtlinge respektieren. Sollten sie nicht helfen, dass sich diese Menschen, die aus schwierigsten Situationen geflüchtet sind, besser fühlen, statt es ihnen noch schwerer zu machen? Den ganzen Tag wird vermittelt, dass du nur dankbar sein darfst: Fürs Dasein. Fürs Essen. Für alles. Viele trauen sich nicht einmal, sich zu beschweren – selbst, wenn sie Rassismus oder sexistische Übergriffe erleben.

Wie kam es 2002 zur Gründung von Women in Exile?

Wir waren eine Gruppe Frauen aus Brandenburg und zu der Zeit Asylbewerberinnen. Wir arbeiteten in Flüchtlingsgruppen, die sich gegen gesellschaftliche Diskriminierung zur Wehr setzten. Deshalb entschieden wir, eine Gruppe zu gründen, die sich um die Probleme von Frauen und Kindern kümmert.

Welche spezifischen Probleme sind das?

In den Flüchtlingsheimen gibt es für Frauen keine Privatsphäre. Heimmitarbeiter kommen ohne zu klopfen in ihre Zimmer, und sie werden sexuell belästigt. Sie können ihre Räume zwar abschließen, aber wenn sie nachts über die langen Flure zur Toilette müssen, sind sie ungeschützt. Aus Angst benutzen manche Frauen stattdessen einen Eimer in ihrem Zimmer. Es ist andauernd laut, auch nachts. Die Kinder sind unkonzentriert in der Schule, weil sie nicht schlafen können.

Gibt es auch Probleme mit anderen Flüchtlingen?

Die Frauen werden auch von männlichen Flüchtlingen mit sexuellen Angeboten belästigt. Viele Leute betrinken sich aus Frustration und Langeweile, weil sie in den Heimen isoliert sind, und die Männer werden dann zudringlich. Das liegt an der Art der

Unterbringung. Es sind einfach zu viele Leute auf zu wenig Raum zusammengedrängt.

Wie organisieren Sie Ihre Arbeit gegen diese Missstände?

Wir sind vier Frauen im Büro des Projekthauses in Potsdam und weitere acht, die kontinuierlich mitarbeiten; darüber hinaus gibt es viele Unterstützende. Jeden ersten Samstag im Monat haben wir ein offenes Treffen, zu dem auch Freunde und andere Menschen kommen, die uns bei unserer Kampagne »Keine Lager für Frauen und Kinder. Alle Lager abschaffen!« unterstützen.

Welche Angebote haben Sie für Flüchtlingsfrauen?

Wir helfen Frauen, Beratungsstellen für ihre individuellen Probleme zu finden. Das kann soziale, juristische oder medizinische Beratung sein. Außerdem haben wir einen Flyer mit wichtigen Anlaufstellen verfasst. Wir bieten Empowerment- und Peer Education-Seminare für die Frauen an, damit sie sich gegenseitig weiterbilden und ihr Wissen weitergeben. Und regelmäßig besuchen wir Flüchtlingslager in Brandenburg und lernen dort neue Frauen kennen. Für 2016 planen wir eine bundesweite Bustour durch Deutschland.

Welche Forderungen stellen Sie an den Staat und die Gesellschaft?

Wir wollen, dass Frauen nicht mehr in Lagern untergebracht werden. Darüber hinaus sprechen wir uns gegen die Residenzpflicht und gegen das Gutscheinsystem aus. Außerdem kritisieren wir die medizinische Versorgungssituation und die rassistische Behandlung durch racial profiling. Und wir fordern die Abschaffung der Asylgesetzverschärfung 2015 und des Asylpakets II. Wir lassen uns nicht in gute und schlechte Flüchtlinge teilen.

www.women-in-exile.net

Empowerment von geflüchteten Kindern

Der Verein Refugees Emancipation arbeitet schon seit 15 Jahren daran, selbstorganisierte und selbstverwaltete Internetcafés in Geflüchtetenunterkünften zu errichten und Computerkurse anzubieten. Für Geflüchtete in Deutschland ist es oftmals schwierig, Zugang zum Internet zu bekommen. Unterkünfte sind in den seltensten Fällen mit Internetzugängen ausgestattet. Diese wären für die Menschen allerdings sehr nützlich, denn so könnten sie Informationen über das Asylrecht recherchieren, Kontakt zu Familie und Freunden aufrechterhalten und Übersetzungsprobleme lösen. Der von geflüchteten gegründete Verein möchte den Bewohner_innen der Unterkünfte bei deren Selbstermächtigung unterstützen.

Ein Projekt von Refugees Emancipation konnte mit finanzieller Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung in Potsdam umgesetzt werden: Hier sind geflüchtete Kinder und Jugendliche mit der Bitte an den Verein herangetreten, sie bei ihren Sprach- und Schulproblemen zu unterstützen. Refugees Emancipation ermutigte die Kinder und Jugendlichen dazu, eigenständig nach einer Lösung zu suchen. Das Ergebnis: Mittlerweile finden dreimal in der Woche Nachhilfestunden in Mathe, Deutsch und Sachkunde statt, die von Studierenden der Universität Potsdam gegeben werden. Zudem werden den Kindern und Jugendlichen weiterhin Medien- und Computerkompetenzen vermittelt, um ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und diese zu fördern.

© Refugees Emancipation



Geflohen, aber nicht in Sicherheit Queere Flüchtlinge in Deutschland

Regina Elsner (Quarteera e.V.)

Pavel war vor andauernden Gewaltandrohungen aus seiner sibirischen Heimat nach Deutschland geflohen. Pavel ist schwul, und die russische Gesellschaft wurde in den vergangenen Jahren durch eine extrem homophobe Gesetzgebung regelrecht aufgehetzt. Nun saß er in der Flüchtlingsunterkunft im Norden Deutschlands, und vor seiner Tür warteten Mitbewohner mit einem Messer auf ihn. Wenn er nicht mit ihnen den Koran lese, würden sie ihn sich vorknüpfen. Der einzige Mitarbeiter der Unterkunft saß mehrere Etagen tiefer in seinem Zimmer und bekam nichts mit.

Matvej war Opfer der kriminellen Gruppe »Okkupaj Pedofilaj«, die in Russland unter dem Vorwand, Pädophile aufzudecken, Jagd auf schwule Männer und Jungen macht, diese vor der Kamera misshandelt und ihre erzwungenen Geständnisse und Demütigungen ins Internet stellt. In Deutschland erzählte er bei der zweiten Anhörung seine Geschichte, wurde jedoch durch den Sprachmittler mehrfach unterbrochen und verbessert: LSBT (Abkürzung für lesbische, schwule, bi- und transsexuelle Menschen) sei das Kürzel einer rechtspopulistischen Partei in Russland, Matvejs sexuelle Orientierung täte nichts zur Sache, das Wort »schwul« nahm er nicht in den Mund. Wäre nicht eine ehrenamtliche Helferin mit Vollmacht des Anwalts anwesend gewesen, hätte Matvejs Geschichte in den Akten nur wenig mit der Realität zu tun gehabt.

Olga und Natascha sind mit ihrem Sohn Alexej nach Deutschland geflüchtet. Nachbarn hatten ihnen wiederholt mit dem Jugendamt gedroht, da sie ihren Sohn mit »Propaganda von Homosexualität« gefährden würden. Beide Frauen verloren ihren Arbeitsplatz, nachdem sich herumgesprachen hatte, wer zu ihrer Familie gehört. Bei der Anmeldung als Asylsuchende bekamen sie je eine eigene Vorgangsnummer – obwohl sie mehrfach darauf hinwiesen, dass sie eine Familie sind, sogar rechtsgültig verheiratet in Dänemark. Getrennte Vorgangsnummern heißt: mögliche getrennte Unterbringung, unterschiedliche Bearbeitungszeit, unterschiedliche Entscheidung über den Asylantrag. Nur durch die Intervention von Quarteera e.V. und eines Anwalts wurde die Familie auch in den Akten wieder zu einer Familie.

Fehlende Sensibilität

Dies sind drei Beispiele für die unzähligen Probleme, mit welchen Asylsuchende, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlicher Identität (SOGI) ihre Heimat verlassen mussten, in Deutschland konfrontiert sind. Quarteera e.V. arbeitet seit 2013 mit russischsprachigen schwulen, lesbischen, bisexuellen, queeren, trans- und intergeschlechtlichen (kurz LSBTI*Q) Flüchtlingen in Deutschland. Insgesamt lassen sich ca. fünf Prozent der Flüchtlinge zu dieser Gruppe zählen. Laut EU-Richtlinien ist die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ein Asylgrund. Das deutsche Asylsystem stellt für diese Flüchtlingsgruppe dennoch oft statt Schutz eine weitere Gefährdung dar.

Die Hürden, einen SOGI-Fluchtgrund ab dem ersten Gespräch zu benennen, sind sehr hoch. Die Flüchtlinge kommen aus Kontexten, in denen jede Erwähnung der eigenen sexuellen Orientie-

rung oder geschlechtlichen Identität bei offiziellen Stellen eine (Lebens-)Gefahr bedeutet. Sie werden sich deshalb hüten, darüber zu sprechen, solange sie noch kein Vertrauen zu den deutschen Ämtern und ihren Mitarbeitenden haben. Darüber hinaus haben sie oft extrem demütigende Vergewaltigungen erlebt, über die sie nur schwer berichten können.

Es bedarf also besonderer, niedrigschwelliger Aufklärung (durch Aushänge, Informationsblätter oder bei Beratungsgesprächen) darüber, dass die Bedrohung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Gender-Identität nur dann als Fluchtgrund anerkannt werden kann, wenn sie von Anfang an deutlich so benannt wird. Die Flüchtlinge müssen sich sicher sein können, dass sie keine neue Diskriminierung zu fürchten haben, wenn sie sich an offizieller Stelle outen. Die Mitarbeitenden der Ämter müssen sensibilisiert werden, um Hinweise frühzeitig zu verstehen und eine Retraumatisierung durch unangemessene Fragen zu vermeiden.

Flüchtlinge sind im Asylprozess existenziell auf Sprachmittelnde angewiesen, die sie bei jedem wichtigen Schritt begleiten. Diese sind oft keine ausgebildeten Dolmetscher_innen, sondern Menschen aus den Regionen mit ausreichenden Sprachkenntnissen. Nur in seltenen Fällen kennen sie die Lebenssituation von LSBTI*Q allgemein und in den Herkunftsregionen, um deren Verfolgungssituation angemessen wiederzugeben. Ohne angemessene Übersetzung besteht allerdings zum einen die Gefahr der Retraumatisierung für die Flüchtlinge durch unsensibles Nachfragen zu werden.

Auch in Deutschland nicht sicher

Die größten Probleme entstehen für LSBTI*Q-Flüchtlinge zumeist in den Unterkünften. Das Zusammenleben auf engstem Raum für eine nicht absehbare Zeit ist generell eine Herausforderung, in Flüchtlingsunterkünften verschärft sich diese Stresssituation durch das Aufeinandertreffen einer Vielzahl von Traumatisierungen, Gewalterfahrungen und kulturellen Unterschieden. Flüchtlinge mit nicht-heterosexueller Orientierung treffen oft auf die homophobe Atmosphäre, vor der sie aus ihrer Heimat geflohen sind. Sie müssen sich erneut verstecken und verstellen, um Diskriminierungen zu entgehen. Wird ihre sexuelle Orientierung doch bekannt, so sind sie oft mit psychischer oder physischer Gewalt konfrontiert. Die Praxis zeigt, dass in den wenigsten Unterkünften verbindliche Gewaltschutzkonzepte gelten, es keinerlei Schutzräume und kaum SOGI-Sensibilisierung bei den Mitarbeitenden gibt.

Insgesamt wäre eine möglichst schnelle Unterbringung in Wohnungen oder in geschützten Gemeinschaftsunterkünften notwendig. Solange dies nicht möglich ist, müssen die Schutzkonzepte für die Unterkünfte ausgebaut und verbindlich evaluiert werden. Alle am Asylverfahren beteiligten Stellen müssen für die Belange von SOGI sensibilisiert werden. Ehrenamtliche und Mitarbeitende sollten außerdem über Kontakte zu den lokalen LSBTI*Q-Organisationen verfügen, um diese schnell informieren zu können.

Quarteeras Arbeit mit russischsprachigen LSBTI*Q-Flüchtlingen zeigt, wie entscheidend der Zugang zur queeren Community



© Chris Grodotzki

ist. Der regelmäßige und geschützte Austausch mit anderen schwulen, lesbischen, bisexuellen und transgeschlechtlichen Personen ist auch unter normalen Lebensbedingungen zur Identitätsfindung für LSBTI*Q äußerst wichtig. Umso mehr stärkt er in der Situation der Flucht, erleichtert die Integration, stabilisiert Traumatisierte und ermöglicht einen niedrighschwelligen Zugang zu juristischer und medizinischer Hilfe. Die Flüchtlinge sind im Asylverfahren selbstbewusster und dadurch geschützter vor Diskriminierungen.

Leider sind entsprechende Strukturen oft nur in größeren Städten zugänglich. Die Verteilung der Flüchtlinge in ländliche Regionen behindert den unterstützenden Kontakt und führt zu zusätzlicher Vereinzelung und psychischer Belastung. Besonders in akuten Notsituationen, etwa bei gewaltsamen Übergriffen oder Suizidgefährdung, wird die Hilfeleistung extrem erschwert. Es wäre darum wünschenswert, diese besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge größeren Städten zuzuteilen, damit sie Zugang zur Community und, entsprechend ihrer Lebenssituation, psychologische, juristische und medizinische Hilfe finden können.

In vielen deutschen Städten gibt es inzwischen Initiativen, die besonders LSBTI*Q-Flüchtlingen helfen möchten. Sie bemühen sich, im direkten Kontakt mit den Flüchtlingen sensibilisierte Anwält_innen zu vermitteln, bei Behördengängen zu begleiten und zu übersetzen, Sprachkurse zu finanzieren und im Notfall eine ge-

schützte Unterkunft in WGs zu finden. Wie Quarteera e.V. arbeiten diese Initiativen ehrenamtlich. Ihnen hilft das Engagement etablierter Organisationen, etwa von lokalen Verbänden des Lesben- und Schwulenverbands Deutschlands (LSVD), von Queer Amnesty bzw. Amnesty International oder lokalen LSBTI*Q-Migrant_innen-einrichtungen. Diese Organisationen verfügen über Expertenwissen zur Situation von LSBTI*Q in den Heimatländern und wären für die Behörden wichtige Partner im Entscheidungsprozess. Nur durch Vernetzung kann es gelingen, LSBTI*Q-Flüchtlinge so zu unterstützen, dass sie nicht retraumatisiert werden und bereits im Asylprozess die offene und schützende Gesellschaft erleben, die das Ziel ihrer Flucht war.

www.quarteera.de/migration

www.queer-refugees.de

Handreichung für die Betreuung und Unterstützung von LSBTI*Q-Flüchtlingen; Arbeiter-Samariter-Bund NRW, LSVD und Hirschfeld-Eddy-Stiftung (Hrsg.), Köln 2016: <http://bit.ly/28IpSxf>

»Es gibt keine wirkliche Struktur.« Zur Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderung

Benita Eisenhardt arbeitet bei MenschenKind, einer Berliner Fachstelle für die Versorgung chronisch kranker und pflegebedürftiger Kinder. Gemeinsam mit anderen Netzwerkpartnern engagiert sie sich für die Rechte von Flüchtlingen mit Behinderung. Elisabeth Gregull sprach mit ihr über die aktuelle Lage in Berlin und die besondere Situation von geflüchteten Kindern mit Behinderungen.

Wann sind Sie als Fachstelle zum ersten Mal mit dem Thema Flüchtlingskinder mit Behinderung in Berührung gekommen?

Im Februar 2013 hat sich ein Kinder- und Jugendgesundheitsdienst an uns gewandt. Sie haben uns zu dem Fall eines zwölfjährigen Jungen in einem Flüchtlingswohnheim dazu gebeten. Er hat eine Tetraspastik, Epilepsie und andere Behinderungen. Er ist also rund um die Uhr auf Hilfe angewiesen und muss medizinisch versorgt werden. Dieser Junge wohnte in einem Heim, das nicht barrierefrei war. Das heißt, die Mutter musste ihn für das Waschen und Füttern immer in den ersten Stock tragen, wo das Bad und die Küche waren. Es gab keine Möglichkeit, das Kind zu lagern, keine Unterstützung. Sie hatte keinen Arzt, es fehlte jegliche Versorgung. Und das Kind lag dort seit zwei Monaten. Wir dachten, es gibt bestimmt in Berlin eine zentrale Stelle, die sich mit dem Thema auskennt. Aber wir mussten feststellen: so einfach ist das nicht. Es gibt keine wirkliche Struktur, um die Versorgung sicherzustellen. Und dann haben wir versucht, das Thema von Grund auf aufzurollen.

Sie haben dann begonnen, ein Netzwerk aufzubauen?

Genau. Wir haben erstmal herausfinden wollen: Geht es nur uns so mit diesem einen Kind, oder gibt es noch mehr Fälle? Also haben wir einen Fachaustausch veranstaltet. Eingeladen waren Kolleginnen von Kinder- und Jugendgesundheitsdiensten, Sozialpädiatrischen Zentren, Beratungsstellen und aus Flüchtlingsunterkünften sowie Beauftragte für Menschen mit Behinderungen. Es stellte sich heraus, dass unsere Erfahrung offenbar kein Einzelfall war, sondern dass es einige von diesen Kindern und Schwierigkeiten mit der Versorgung gibt. Es ist rein zufällig, ob die Familien an das Hilfesystem angedockt werden. Bearbeitungszeiten bei Hilfeanträgen ziehen sich derart in die Länge, es ist unvorstellbar. Bei dem Jungen, von dem ich eingangs erzählt habe, hat es drei Jahre gedauert, bis er einen Rollstuhl hatte.

Wie sieht Ihre Bestandsaufnahme aus? Und wie sind die rechtlichen Rahmenbedingungen?

2014 haben wir zusammen mit Global Village und der Lebenshilfe Berlin ein Fachsymposium zum Thema »Flüchtlingskinder mit Behinderungen« veranstaltet. Hier wurde nochmal klar, wie mangelhaft die Versorgung ist. Aber rechtlich gesehen ist genau für diesen Personenkreis die medizinische Versorgung möglich: Flüchtlinge mit Behinderungen gehören nämlich zu den besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, zumal wenn sie noch Kinder sind. Der Ermessensspielraum in § 6 des Asylbewerberleistungsgesetzes müsste im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und der EU-Aufnahmerichtlinie für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge gen Null gehen. Die Versorgung ist daher nicht nur möglich, sondern geboten. Die Ergebnisse des Symposiums sind

© Sibylle Baier, MenschenKind





© Sibylle Baier, MenschenKind

in der Broschüre »(K)eine Zukunft« dokumentiert, es ist die erste Bestandsaufnahme zum Thema für Berlin überhaupt.

Wie ist die Situation von geflüchteten Erwachsenen mit Behinderung?

Wir haben uns dem »AWO-Fachforum Migration und Behinderung« angeschlossen, das sich auch mit der Situation von geflüchteten Erwachsenen mit Behinderungen beschäftigt. In der dortigen Arbeitsgruppe war auch Regina Reinke aktiv, die ehemalige Integrationsbeauftragte von Friedrichshain-Kreuzberg. Sie hat gemeinsam mit anderen zwei Fachtagungen zum Thema »Geflohen, behindert und unterversorgt« organisiert. Deren Bestandsaufnahme fiel ähnlich aus wie bei den Kindern: keine systematische Erfassung des Bedarfs, mangelhafte Versorgung und Hilfeanträge, die sich über Monate hinziehen.

Die Zuständigkeiten für diese Personengruppe sind in Berlin ohnehin sehr kompliziert geregelt und für Nicht-Fachleute nicht ohne weiteres nachvollziehbar.

Wir mussten uns auch erst einarbeiten. Und es hat sich gezeigt, dass Fachleute entweder aus der Flüchtlingshilfe oder aus der Behindertenhilfe kommen, und so fehlt jeweils das Fachwissen aus dem anderen Bereich. Das ist ein großes Problem.

So war ein weiteres Ergebnis dieser Tagungen, dass es einen Leitfaden bräuhete, damit diese Fachleute wissen: An welche Stellen müssen sie sich wenden, wenn sie die Familien bei einem Antrag unterstützen wollen? Was ist rechtlich möglich, was nicht? Wo kann man welche Hilfsmittel bekommen?

Regina Reinke hat nun einen solchen Leitfaden geschrieben. Warum braucht es diese Art von Unterstützung?

Das Hilfesystem unterscheidet den Leistungsanspruch nach Aufenthaltstatus, das ist alles sehr kompliziert. Und zudem kommen noch Unterschiede zwischen den Versorgungsstrukturen für

Kinder und Erwachsene hinzu. Im Falle einer Unterversorgung schadet das nicht nur den Betroffenen, es entstehen oft höhere Folgekosten. Kinder können z.B. Entwicklungsschritte nicht gehen und sind später auf mehr Hilfe angewiesen, als sie es mit der rechtzeitigen Versorgung gewesen wären. So wird es für den Staat ungleich teurer.

Wie schätzen Sie die derzeitige Lage ein? Was fordern Sie?

Die Situation ist auf jeden Fall dramatischer geworden. Anfang 2013 gab es noch keine Kinder in Noteinrichtungen wie jetzt. Es fehlt Personal, um die ganzen Hilfebedarfe zu bearbeiten. Wir wissen, dass Flüchtlingskinder mit Behinderungen inzwischen in politischen Gremien Thema sind. Wir wissen aber auch, dass sich in der Praxis nichts verbessert hat. Nach wie vor gibt es keine Zahlen. Es wäre natürlich gut, wenn eine besondere Schutzbedürftigkeit gleich bei der Registrierung erfasst wird. Dann wäre es vielleicht auch möglich, bei der Unterbringung zu steuern. Es ist z.B. völlig konträr zum Bedarf von autistischen Kindern, wenn diese in Turnhallen untergebracht werden. Menschen, die einen Rollstuhl brauchen, sollten in barrierefreien Unterkünften leben. Wir wollen, dass die Hilfeverfahren schneller ablaufen, dass die Ansprechpartner_innen geklärt sind. Zudem klarere Strukturen, einen Leitfaden und eine Fachstelle, die gut genug ausgestattet ist.

(K)eine Zukunft. Flüchtlingskinder mit Behinderungen. Menschenrechtsverletzungen in Berlin; Berlin Global Village, MenschenKind, HVD Berlin-Brandenburg und Lebenshilfe Berlin (Hrsg.).

<http://bit.ly/1ZntMOz>

Leitfaden zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderung. Zuständigkeiten, rechtliche Grundlagen, Unterstützungsmöglichkeiten in Berlin; Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Berlin 2016 <http://bit.ly/28ItLnB>

Die Kinderrechte und ihre Bedeutung für geflohene Kinder

Prof. Dr. Lothar Krappmann leitete als Soziologe und Pädagoge am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Forschungsprojekte zur Sozialentwicklung der Kinder in Schule und Kindertagesstätten. Von 2003 bis 2011 arbeitete er im UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes mit. Über die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland und deren Bedeutung für geflohene Kinder sprach mit ihm Pasquale Rotter.

Die UN-Kinderrechtskonvention: Woher kommt sie, wie ist sie entstanden, wer hat sich dafür stark gemacht? Können Sie uns einen groben Abriss der Geschichte geben?

Die Kinderrechte haben eine lange Vorgeschichte. Nach dem Ersten Weltkrieg gab es unendlich viele Kinder in Not. Der damals existierende Völkerbund forderte 1924 mit einer Erklärung über die Kinderrechte die Staaten auf, Überleben und Entwicklung der Kinder sicherzustellen. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Vereinten Nationen gegründet wurden, gab es bald Stimmen, die forderten, diese Erklärung angesichts des Kinderelends zu erneuern. Erst 1959 gab es dann eine solche Erklärung. Die Kinderrechtler_innen wollten jedoch einen verbindlichen Völkerrechtsvertrag. Viel später erst, zum Internationalen Jahr des Kindes 1979, gab es endlich einen Vorschlag. Am Text wurde zehn Jahre lang gearbeitet, bis 1989 die Kinderrechtskonvention von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Inzwischen haben sich so gut wie alle Staaten der Kinderrechtskonvention angeschlossen – die bemerkenswerte Ausnahme sind die USA.

War möglicherweise die Angst vor Überforderung ein Grund, warum das so lange gedauert hat?

Die UN-Arbeitsgruppe, die die Konvention ausarbeitete, wollte viele Rechte in der Konvention verankern: Schutz, gute Lebens- und Entwicklungsbedingungen und Beteiligung der Kinder. Das hat lange Diskussionen ausgelöst, bis man sich einigte.

Staaten nehmen große Verpflichtungen auf sich, wenn sie die Bestimmungen der Konvention erfüllen wollen. Manche Aufgaben lassen sich nur in ausdauernder Anstrengung bewältigen. Man muss Gesetze verabschieden oder ändern, finanzielle Mittel bereitstellen, Institutionen schaffen und auch manches Mal erst die Menschen überzeugen, die die Forderungen nicht ernst nehmen.

Wer kann die Kinderrechte überhaupt nutzen, wer kann sie einklagen?

Als erstes geht es um die Kinder. Sie können und sollen ihre Rechte genießen. Die beigetretenen Staaten haben zugesagt, zur Verfügung zu stellen, was Kinder brauchen, um ihre Rechte auszuüben und zu genießen: Gesundheitseinrichtungen, Schulen, Gesetze, die Gewalt verbieten, usw. Kinder haben das Recht, sich bei Verletzung ihrer Rechte zu beschweren, möglicherweise auch bei einem Gericht. Doch viele Dinge lassen sich auch ohne Gericht regeln. Wichtig ist, dass Kinder einen Erwachsenen kennen, der ihnen beisteht.

Das heißt aber auch, dass etwas oft erst geprüft wird, wenn es eigentlich falsch läuft. Eine junge Frau, die selbst eine Migrationsgeschichte hat und Schüler_innen in Willkommensklassen ehrenamtlich Nachhilfeunterricht gibt, hat mir erzählt, dass afghanische Kinder keinen Deutschunterricht bekommen, weil sie wahrscheinlich kein Asyl bekommen. Was könnte sie tun?

Möglicherweise beklagt sich die Schulleitung, dass die Schule



Carnival Al-Lajjin

keine Mittel zugewiesen bekommen hätte. Dann kann man – vielleicht sogar zusammen mit der Schulleitung – zur Schulverwaltung gehen. Die Schulelternvertretung macht vielleicht auch mit. Es müsste klar gemacht werden, dass es für alle Kinder der Schule von Nachteil ist, wenn ein Teil der Kinder nicht die Sprache der anderen lernen kann. Und die Kinderrechtskonvention fordert, dass geflohene Kinder sehr schnell wieder zur Schule gehen können. Bestimmt helfen auch Mitarbeitende von NGOs, die sich für Kinder und ihre Rechte einsetzen. Man würde also versuchen, ein Aktionsbündnis aufzubauen.

Die NGOs sind ja auch zum Teil darauf angewiesen, dass die Zivilbevölkerung konkrete Fälle an sie heranträgt.

Das stimmt! Und noch etwas: NGOs kommen nicht als Bittsteller auf den Staat zu, sondern die Kinderrechtskonvention steht hinter ihnen. Sie erinnern den Staat an die beschlossenen Kinderrechte. NGOs helfen, unklare Bestimmungen zu klären. Wie nah muss eine Schule sein? Wie schnell muss ein geflüchtetes Kind wieder in die Schule gehen können? Das ist manchmal ein langer Kampf.

Aber zurück zur Frage, wer etwas von den Kinderrechten hat: In erster Linie müssen die Kinder etwas davon haben. Dafür müssen sie ihre Rechte allerdings kennen. Gerade Kinder, die aus Ländern kommen, in denen sie möglicherweise nichts von den Kinderrechten gehört haben, müssen erfahren, dass es berechnete Ansprüche von Kindern gibt. Vor allem müssen sie wissen, dass es nicht nur um Schutz geht, sondern auch um ihr Recht, an Entscheidungen beteiligt zu werden.

Da muss ich an die Fälle unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter denken, die irgendwo im Bundesgebiet in Obhut genommen werden ohne Rücksicht darauf, wer und wo ihre Vertrauenspersonen sind, vielleicht Geschwister oder andere Verwandte. Was kann getan werden, wenn so etwas bekannt wird?

Der Vormund, der/die Sozialarbeiter_in oder das zuständige Jugendamt müssen tätig werden. Das Allerwichtigste ist, dass dem Kind klar ist: das muss ich jetzt nicht hinnehmen. Es ist dringend, dass Kinder eine Person haben, die sich mit den Regeln und Behörden auskennt und sich einsetzt.

Das heißt, Kinderrechte sind erstmal nur Papier, lebendig werden sie erst durch Menschen, die sie nutzen und sich für sie einsetzen. Genau! Es müsste Ansprechpartner_innen geben, also Vertrauenslehrer_innen in Schulen, Erzieher_innen in Kindertagesstätten, Sozialpädagog_innen in Jugendeinrichtungen, Kinderbüros in der Kommune, die wissen, dass es die Kinderrechtskonvention gibt und die dann tätig werden.

Wenn ich meine Rechte kenne, merke ich auch, wie oft sie möglicherweise schon missachtet wurden. Das ist erstmal eine Ohnmachtserfahrung. Wie kann das in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung berücksichtigt werden?

Zunächst muss man ihnen zuhören. Das ist ja auch schon eines ihrer Rechte. Wenn sie es wollen, sollten sie mitteilen können, was sie erlebt haben, worunter sie leiden, woran sie sich freuen und

was sie erreichen wollen. Dann kann man ihnen sagen, dass es hier Menschen gibt, die sie dabei unterstützen wollen, das zu erreichen, was ihnen als Kindern zusteht. Dann sollte man ihnen auch erklären, dass sie nicht ohne Rechte sind, obwohl sie manche Rücksichtslosigkeit und Ablehnung erleben. Ich glaube, es ist wichtiger, dass sie spüren, als Subjekte und Träger von Rechten behandelt zu werden, als einen Vortrag über diese Begriffe zu hören.

In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit besteht teilweise ein hoher Handlungsdruck, mit möglicherweise vorliegenden Traumatisierungen umzugehen.

Kinder sehen viel in dieser Welt, was sie nicht verstehen und was sie ängstigt. Viele haben auf der Flucht schreckliche Dinge erlebt. Manche brauchen daher Hilfe von professionellen Therapeut_innen, die im Themenfeld spezialisiert sind. Es gibt allerdings Expert_innen, die uns mahnen, auch darauf zu vertrauen, dass Kinder ein erstaunliches Potential haben, mit neuen, sogar mit schlimmen Erfahrungen umzugehen, vor allem dann, wenn sie Menschen haben, denen sie vertrauen. Daher müssen die Familien zusammenbleiben. Man sollte nicht unterschätzen, welche Kräfte in diesen Kindern stecken.

Kinderrechtskonvention Artikel 22

(1) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ein Kind, das die Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt oder [...] als Flüchtling angesehen wird, angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen [...] festgelegt sind, und zwar unabhängig davon, ob es sich in Begleitung seiner Eltern oder einer anderen Person befindet oder nicht.

(2) Zu diesem Zweck wirken die Vertragsstaaten [...] mit, [...]um ein solches Kind zu schützen, um ihm zu helfen und um die Eltern oder andere Familienangehörige eines Flüchtlingskinds ausfindig zu machen mit dem Ziel, die für eine Familienzusammenführung notwendigen Informationen zu erlangen. Können die Eltern oder andere Familienangehörige nicht ausfindig gemacht werden, so ist dem Kind [...] derselbe Schutz zu gewähren wie jedem anderen Kind, das aus irgendeinem Grund [...] aus seiner familiären Umgebung herausgelöst ist.

Initiative »Bildungsrecht für Kinder mit Fluchterfahrung: Jetzt!«; Freudenberg Stiftung und Partner (Hrsg.), 2015:

<http://bit.ly/28ICqR6>

National Coalition Deutschland:

<http://bit.ly/28IATKF>

Ankommen in den deutschen Bildungssystemen

Einige Eckpunkte

Britta Kollberg

Schule ist ein erstes Stück Normalität. Für die Inklusion von geflüchteten Kindern eröffnet sie nicht nur den Zugang zu Bildung und allen damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten, sondern auch die Möglichkeit, sich neuen Herausforderungen und Perspektiven zu nähern. Ebenso bietet die Anwesenheit von Flüchtlingen in der Nachbarschaft oder der eigenen Schule zusätzliche Lerngelegenheiten für Kinder ohne Fluchterfahrung. Zwei Aspekte inklusiver Bildung:

Schulische Bildung für Kinder mit Fluchterfahrung

Strukturen zur Erstbeschulung, Sprachvermittlung und schrittweisen Integration geflüchteter Kinder gibt es – variierend nach Bundesländern – schon seit Jahrzehnten. Waren dies früher Sprachförder- oder Seiteneinsteigerklassen, hat sich 2015 der Begriff »Willkommensklassen« eingebürgert. Was braucht es, um diesen Begriff mit Inhalt zu füllen?

Funktionierende und flexible Strukturen

Der Weg in die Schule ist für geflüchtete Kinder und Jugendliche kein einfacher. Im Jahr 2015 mussten Familien z.B. in Sachsen oder Berlin bis zu einem halben Jahr auf einen Schulplatz warten. Dies lag nicht nur an der großen Zahl gleichzeitig unterzubringender Kinder und der Notwendigkeit, neue Plätze zu schaffen; der aktuelle Druck machte auch vordem vorhandene strukturelle Schwächen sichtbar. So warteten Kinder, die in den Sommerferien 2015 in Berlin angekommen waren, teilweise über Monate auf die Zuweisung von Schulplätzen, weil zunächst eine einheitliche »Zuzugsuntersuchung« entwickelt wurde. Die Terminvergabe für diese Gesundheitsuntersuchungen wiederum dauerte so lange, dass einige Kinder erst ab 2016 zur Schule gehen konnten. Hinzu kam die Schwierigkeit, die Eltern für die Anmeldung zu erreichen, da diese oft tagelang vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales auf Termine warten mussten und so in der Erstaufnahmeeinrichtung schwer anzutreffen waren.

Ein besser vernetztes Amtshandeln zwischen Aufnahmeeinrichtungen, Sozialdiensten, Schul- und Gesundheitsverwaltungen könnte hier Abhilfe schaffen. Hilfreich dafür ist eine systematische Einbeziehung von verwaltungsexternen Unterstützenden. Die Sozialdienste in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind hier sicher die ersten Ansprechpartner, doch bildungsbezogene Angebote wie z.B. Jugend- und Schulsozialarbeit können noch weiter führen.

Schulbegleitende Unterstützungssysteme

In den ersten Monaten müssen geflüchtete Kinder und Jugendliche in der Schule ein immenses Pensum bewältigen. Sie müssen Deutsch lernen, sich Unterrichtsstoff aneignen und in Gruppen integrieren, in denen Kinder mit unterschiedlichen Fluchterfahrungen zusammenkommen. Oft müssen Jugendliche für ihre jüngeren Geschwister und Eltern übersetzen und Formalitäten mit regeln. Auf die Lehrkräfte wirken diese besonderen Anforderungen fort.

Sie brauchen nicht nur eine Qualifikation für Deutsch als Zweitsprache, sondern auch Arbeitsstrukturen, die ihnen helfen, flexibel auf die Herausforderungen zu reagieren und zugleich eine Art Normalität zu schaffen:

Lehrkräfte mit verschiedenen Sprachkenntnissen haben einen großen Vorteil. Doch kein Kollegium kann alle Sprachen abdecken. Daher brauchen Schulen, die geflüchtete Kinder aufnehmen, Kooperationspartner und ein Budget für Übersetzungen z.B. bei Elterngesprächen.

Schulen brauchen Fortbildungen zu Wohn-, Gesundheits- u.a. Fürsorgethemen sowie Kontakte zu Fördereinrichtungen vor Ort. Denn in der Schule wird vieles sichtbar, was sonst verborgen bleibt: gesundheitliche Probleme wie eine Kurzsichtigkeit oder Schwerhörigkeit ebenso wie familiäre Strukturen und Bedürfnisse. Oder besondere Irritationen – wie amtliche »Umbenennungen«: Die Meldebescheinigungen des BAMF enthalten gelegentlich Fehler der Beamten (z.B. wurde ein Junge namens Moamel bei der Registrierung durch eine Berliner Sachbearbeiterin in »Moama« umbenannt, aus einer Ruslana wurde »Ruslan«). Jenseits von ordnungs- und sicherheitspolitischen Fragen bedeutet ein solcher Umgang mit Namen vor allem eine Missachtung der Individualität der Neuangekommenen – eine Botschaft, die die Kinder mit in ihr neues Leben nehmen.

Um sich diesen u.a. Themen zu widmen, brauchen die Schulen Erzieher bzw. Sozialpädagoginnen, die solche Probleme mit aufgreifen, Kontakte vermitteln und zusätzliche Angebote unterbreiten. Dazu gehören auch scheinbar simple Dinge wie gemeinsames Kochen – das die Kinder nach der langen Flucht ohne regelmäßiges Essen und der Vollverpflegung in den Erstaufnahmeeinrichtungen oft nicht mehr gewohnt sind. Hier kann ein Kochprojekt in der Schule nicht nur gesundes Essen, sondern auch einen Schritt aus der Ausnahmesituation bieten.

Was in Fortbildungslisten zum Thema Flucht oft zuerst erscheint, steht mit Grund hier zuletzt: Viele der Kinder sind traumatisiert. Natürlich hilft Lehrkräften da spezifisches Wissen. Doch die Kinder brauchen vor allem Normalität. Ein durch die Schule strukturierter Tag hilft ihnen – und der gesamten Familie. Normale Aktivität kann Traumaschleifen durchbrechen und so zur Heilung beitragen. Die wichtigsten Dinge, die der Schulbesuch Kindern mit Fluchterfahrung bieten kann, sind daher ein fester Tagesablauf, neue Perspektiven durch Bildung und eine gewisse Normalität.

Innerschulische Einbindung

Zur Normalität gehört Sicherheit: Die Schule ist auch ein Schutzraum. Die Kinder und Jugendlichen sollen hier zuerst Wertschätzung erfahren und die Möglichkeit, Ziele zu entwickeln und anzustreben. Dazu müssen die Willkommensklassen in den Regelschulbetrieb eingebunden werden. Getrennte Toiletten oder Pausenzeiten verbieten sich. Gemeinsame Aktivitäten müssen sowohl für die Schulkinder als auch für die Pädagoginnen und Pädagogen geschaffen werden: durch die Team- und Gesamtkonferenzen,

übergreifende Ganztagsangebote und z.B. gemeinsamen Sportunterricht sowie durch Schulrituale, die alle einbeziehen.

Vor allem brauchen die Lehrkräfte Unterstützung bei der Schaffung einer offenen Atmosphäre, die Akzeptanz und Regeln vermittelt. Die Schule als Schutzort, Chancenort und sozialer Ort prägt das erste Bild von Deutschland. Wenn geflüchtete Kinder, solange sie sich sprachlich nicht erklären und beschweren können, auf Beleidigungen reagieren, indem sie zurückschlagen, kann die Schule klare Regeln und Formen der Streitschlichtung vermitteln. Zugleich müssen Kinder vor einem flüchtlingsfeindlichen Klima geschützt werden, das sich auch im Umfeld vieler Schulen zunehmend breit macht. Egal aus welcher Richtung solche Angriffe kommen, die Schule muss als Ganzes agieren und deutlich machen: die Willkommensklassen gehören dazu und die hier lernenden Kinder und Jugendlichen zu uns.

Externe Kooperation

Sobald die Familien aus den Erstaufnahmeeinrichtungen ausziehen, verlassen sie meist den Schulbezirk. Die Kinder müssen sich erneut anmelden, in neuen Schulen zurechtfinden und in neue Gruppen integrieren. Um diese Übergänge zu erleichtern, ist ein koordiniertes Netzwerk aller Willkommensklassen einer Region hilfreich. Hier kann neben dem kollegialen Austausch die Weiterbetreuung der Kinder und Familien auch mit Kitas, Schulaufsichten, Jugendämtern, Trägern der Schulsozialarbeit und -psychologie, Jugendfreizeiteinrichtungen und anderen abgestimmt werden. Solche Vernetzung sollte nicht zusätzlich, nach der Arbeitszeit, sondern in Räumen und Zeiten stattfinden, die ihrer Bedeutung und dem Qualitätsanspruch gerecht werden.

Viele Kinder brauchen zudem familienbezogene Unterstützung. Zerbrochene Familien, in denen sich ein großer Bruder um die kleinen Geschwister kümmert, oder unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die die Flucht mit der Hilfe von entfernteren Verwandten oder Bekannten geschafft haben, benötigen Familienhilfen. Auch diese Hilfeverfahren werden verkompliziert durch die Vorläufigkeit der Wohnsituation und den damit verbundenen Wechsel von Vertrauenspersonen. Eine überregionale Zusammenarbeit der schulbegleitenden Unterstützungssysteme ist hier ebenfalls das Mittel der Wahl.

Doch externe Partner sind nicht nur in Problemsituationen nützlich. Sie können zusätzliche Angebote unterbreiten, die die Arbeit der Schule stützen, verstärken und fortsetzen und den Kin-

dern ein weiteres Stück Halt bieten, wie z.B. mit Ferienschulen, Kultur- und Freizeitaktivitäten, die zu einer ganzheitlichen Bildung gehören.

Inklusive Bildung für Kinder (mit und) ohne Fluchterfahrung

Auch für Schulen ohne Willkommensklassen ist das Thema Flucht ein zunehmend wichtiges. Neben der Aktualität liegt darin eine besondere Chance für demokratisches und soziales Lernen. Als ein Beispiel sei der Ansatz Lernen durch Engagement (LdE) genannt. LdE verknüpft bürgerschaftliches Engagement von Schulkindern mit dem Unterricht und Curriculum. Jugendliche engagieren sich hierbei z.B. im sozialen, kulturellen, ökologischen oder politischen Bereich. Dabei können sie im üblichen Unterricht oft weniger sichtbare Fähigkeiten einsetzen, stärken und in ihre Leistungsbewertung einfließen lassen.

Meist wählen die Schulkinder ihr Vorhaben selbst, und der Auswahlprozess ist eine wichtige Etappe jeden Projekts. So entschieden sich 2015 viele Schulen des bundesweiten LdE-Netzwerks für Projekte zugunsten von Flüchtlingen. Hier stand vielfach zunächst der Bedarf nach direkter Hilfe im Vordergrund: die Versorgung mit Wohnraum, Essen, Kleidung, Zugang zu Kultur und Gesundheitsleistungen etc. Ihre Praxisaktivitäten reflektierten die Schulkinder in Fächern wie Gesellschaftskunde, Politik und Ethik, in denen sie sich mit internationalen Konflikten, Fluchtgründen und -wegen, Asylpolitik und -gesetzgebung und den Lebensbedingungen der Geflüchteten vor Ort auseinandersetzen.

In LdE-Projekten lassen sich jedoch auch weitere Formen des Engagements erproben: neben der Hilfe (Care) braucht es Anwaltschaft (Advocacy) und vor allem Beteiligung (Partizipation). Vielen Jugendlichen stand die zunehmend asylbewerberfeindliche Stimmung in ihrer Region und an ihren Schulen vor Augen, und einige Projekte nahmen sich dessen an. Sie legten ihren Praxisschwerpunkt darauf, in Schule und Umfeld über Flucht und Asyl aufzuklären oder mit Petitionen für das Bleiberecht von Mitschülern und deren Familien zu kämpfen. Auch diese Advocacy-Projekte bieten exzellente Möglichkeiten für die politische Bildung in Anknüpfung an schulische Lerninhalte und -ziele: für die Aneignung relevanten Wissens, die Reflexion individueller und kollektiver Vorurteilsstrukturen und das Verstehen von politischen und Verwaltungsmechanismen. Zugleich bergen sie, ebenso wie Projekte der direkten Fürsorge, die Chance, das eigene Engagement mit

Stadtteilschule am Hafen, Hamburg

Im Juni 2013 lernten Schülerinnen und Schüler der Stadtteilschule am Hafen in der Hofpause Lampedusa-Flüchtlinge der benachbarten St. Pauli-Kirche kennen. Spontan entschlossen sie sich zu helfen, und ebenso spontan entschloss sich ihr Klassenlehrer, ihnen dafür Raum zu lassen und sie mit dem Unterrichtsthema Internationale Konflikte und Flucht auch theoretisch auf ihr Engagement vorzubereiten. Was im Sommer mit Sachspenden begann, wurde im Herbst eine Petition, die über 10.000 Menschen unterstützten: »Macht die Turnhalle auf«, forderten die Jugendlichen. Die Flüchtlinge, so die Idee, könnten dort die kalten Nächte verbringen und hätten gute sanitäre Anlagen. Tagsüber könnte der Schulsport stattfinden. Die Jugendlichen erregten viel Aufmerksamkeit mit ihrem Vorstoß; auch Politikerinnen und Politiker diskutierten mit ihnen über Handlungsoptionen.

Durchsetzen konnten die Schülerinnen und Schüler sich nicht. Die Flüchtlinge hätten mit dem Ortswechsel den Schutzraum des Kirchenasyls verlassen und eine Abschiebung riskiert. Doch auch wenn sie mit ihrer Forderung, die Turnhalle zu öffnen, letztlich keinen Erfolg hatten, haben die Jugendlichen viel erreicht: Sie schufen eine breite öffentliche und mediale Aufmerksamkeit für die Situation der Flüchtlinge und dafür, wie einfach Lösungen manchmal sein könnten.

Blick auf seine Wirkungen und Nebenwirkungen zu reflektieren: über Gleichberechtigung und Paternalismus zu sprechen und Perspektivwechsel anzuregen.

Damit können sie zur nächsten und wichtigsten Stufe des sozialen Handelns führen: der Partizipation. Die nachhaltigsten von Schulkindern initiierten Projekte sind diejenigen, in denen Freundschaften entstehen und in denen Flüchtlinge mit ihren Ideen und Fähigkeiten an der Planung teilnehmen, so dass diese zu gemeinsamen Lernerfahrungen werden. Damit dies geschehen kann, braucht es gute Vorbereitungs- und Reflexionsphasen im Unterricht sowie eine enge Zusammenarbeit der Lehrkräfte, die LdE-Projekte begleiten, mit denen, die Willkommensklassen gestalten.

Netzwerk »Lernen durch Engagement«: www.service-learning.de



LdE-Projekt Hamburg

© Christoph Berens

Kochen, Kickern, Karaoke?

15 Punkte für eine Willkommensstruktur in der Jugendarbeit

Angesichts der hohen Zahl an Geflüchteten in Deutschland rückt die seit Jahrzehnten bestehende Notwendigkeit politischer und pädagogischer Konzepte für eine Öffnung der Gesellschaft für Menschen mit Fluchterfahrung in den Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung. 2015 sind mehr als 30% der Asylanträge von Kindern und Jugendlichen gestellt worden. Über die Hälfte aller Menschen mit Fluchterfahrung in Deutschland sind unter 25 Jahre alt; mehr als 68.000 Kinder und Jugendliche sind ohne Familienangehörige hier.

Welche Unterstützung und Perspektiven bietet die Offene Kinder- und Jugendarbeit als Baustein einer ganzheitlichen Bildung für diese Heranwachsenden? Mit ihren grundlegenden Prinzipien der Offenheit, Freiwilligkeit, Niedrigschwelligkeit und Partizipation ist die Offene Jugendarbeit ein erster Anlaufpunkt für viele Jugendliche. Neben konkretem Wissen werden soziale, kulturelle, personale, demokratische, interkulturelle und Gender-Kompetenzen vermittelt. Kompetenzen, die in einer pluralen Gesellschaft erforderlich sind.

Um die Angebote des nonformalen Bildungsbereichs, die sich an Jugendliche mit unterschiedlichen Lebensrealitäten, auch an solche mit Fluchterfahrung richten, zu öffnen und zu erweitern, braucht es mehr als die vielfach ausgerufenen »Willkommenskultur«, die überwiegend auf dem Prinzip der Integration in Bestehendes basiert. Stattdessen geht es um die Neugestaltung professioneller Strukturen in der Jugendarbeit – inklusive rechtlicher und institutioneller Vorkehrungen, Absprachen sowie Kooperationen – auf der Basis von verbindlichen Standards. Nur so kann geflüchteten Kindern und Jugendlichen eine langfristige und an den Kinderrechten orientierte Teilhabe eröffnet werden.

Wie lassen sich also Einrichtungen erfolgreich umgestalten, um eine nachhaltige Willkommenskultur – oder besser: Willkommensstruktur – zu etablieren? Die von der Praxisstelle ju:an der Amadeu Antonio Stiftung entwickelten und mit Mitteln aus dem Bundesprogramm »Demokratie leben« finanzierten »15 Punkte für eine Willkommensstruktur in der Jugendarbeit« zeigen, was die Kinder- und Jugendarbeit konkret dazu beitragen kann, die in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Rechte auf Bildung, Freizeit, Spiel und Erholung umzusetzen. Mit dem 15-Punkte-Plan erhalten Verantwortliche von Bildungsverwaltungen sowie Fachkräfte und Akteur_innen der Kinder- und Jugendarbeit Handlungsempfehlungen für die professionalisierte und verantwortungsvolle Gestaltung von Jugendeinrichtungen. Er zeigt auf, wie sie kompetente und tragfähige lokale Netzwerkstrukturen aufbauen, Jugendliche mit Migrations- und Fluchterfahrung gegen Rassismuserfahrungen stärken und empower und wirksam gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Sozialraum eintreten können. Außerdem bekommen die Fachkräfte Impulse dafür, wie Jugendliche »Stammbesucher_innen« eingebunden, Begegnungsprojekte auf Augenhöhe gestaltet und Jugendliche, Eltern und Fachkräfte, die sprachliche Kompetenzen und Zugänge zu Communities haben, wertschätzend einbezogen werden können.

»15 Punkte für eine Willkommensstruktur in Jugendeinrichtungen«; Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Berlin 2015.

<http://www.projekt-ju-an.de/15-punkte-plan/>

»Wir sind die Zukunft!« Zur Situation von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung

Judith Rahner

Offiziell gibt es sie gar nicht. Aatifa Debessai hat noch nie in ihrem Leben einen Pass besessen. Sie ist vor fünf Jahren als 14-Jährige allein aus Eritrea nach Deutschland geflüchtet. Man kann nur erahnen, was sie dabei erlebt haben muss, denn sie spricht nicht gern darüber. Hier hat sie ein neues Zuhause und neue Freund_innen gefunden. Nun haben anonyme Sachbearbeitende darüber entschieden, dass Aatifa nicht länger bleiben darf. Dabei spielt es auch keine Rolle, dass sie in Eritrea keine Zukunft hat und sogar ihr Leben bedroht sieht. Sie wird kämpfen müssen, um bleiben zu können. Und sie ist dabei nicht allein.

Für Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit – gegen Rassismus

Nach Deutschland sind 2014 und 2015 etwa 325.000 Kinder und Jugendliche geflohen. Etwa 68.000 Kinder sind ohne Familienangehörige hier. Sie kommen aus Kriegsgebieten oder Diktaturen, sind verfolgt oder misshandelt worden, traumatisiert und müssen sich in einem fremden Land, in fremder Sprache, mit unbekanntem Regeln und Gesetzen zurechtfinden – oder besser gesagt zu ihrem Recht finden. So verschieden ihre Herkunft und ihre Schicksale, so ähnlich ungewiss ist ihre Zukunft. Für viele wird Deutschland ein neues Zuhause, hier werden sie Freund_innen finden, hier sehen sie möglicherweise ihre Zukunft, und sie alle werden um ihre neue Heimat kämpfen müssen.

Unterstützung bekommen sie dabei von Jugendliche ohne Grenzen (JOG), einem bundesweiten Zusammenschluss von jugendlichen Geflüchteten, der sich seit mehr als zehn Jahren für Kinder- und Bleiberechte engagiert. Die Selbstinitiative wurde von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegründet, die aus unterschiedlichen Herkunftsländern kommen und teilweise seit mehreren Jahren in Deutschland leben, aber hier oftmals nur geduldet sind. Ihnen ist wichtig, dass sie als Betroffene selbst von ihren Problemen erzählen können und nicht andere für sich und über sich sprechen lassen müssen. Mit unterschiedlichen Aktionen machen sie selbstbestimmt und fernab von Betroffenenpolitik auf ihre Lebenssituation aufmerksam und setzen sich für Gleichberechtigung, Chancengerechtigkeit und gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung ein.

Was sagt das über Deutschland aus, wenn sich Jugendliche politisch engagieren und sich öffentlich Gehör verschaffen müssen, um ihre eigene Gleichstellung zu fordern? Jugendliche, die nicht einmal wissen, ob sie in dem Land bleiben dürfen, für welches sie sich sozial, gesellschaftlich und politisch einsetzen?

Offiziell gibt es das gar nicht: Kinderrechte, die in Deutschland nicht für alle Kinder gelten. Deutschland hat zwar mehr als 20 Jahre gebraucht, um die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ohne Vorbehalte anzunehmen. Aber seit 2010 sind damit alle Kinder, die hier leben – auch diejenigen, die auf der Flucht sind –, faktisch gleichgestellt. Doch rechtliche Konsequenzen zog die Bundesregierung bis heute nicht. Und so orientiert sich der staatliche Umgang mit geflüchteten Jugendlichen noch immer nicht vorrangig am Kindeswohl, ihrer besonderen Schutzbedürf-

tigkeit oder am Grundsatz bestmöglicher Unterstützung zu ihrer Förderung und Entfaltung, sondern wird maßgeblich über das Ausländer- und Asylrecht bestimmt. Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bedeutet dies gegenwärtig einen jahrelang unsicheren Aufenthaltsstatus, mangelhafte Gesundheitsversorgung, einen schlechteren Zugang zu Bildung und sogar Familientrennungen. Kinder und Jugendliche ohne Familienangehörige werden seit November 2015 bei der Verteilung auf verschiedene Bundesländer wie Erwachsene behandelt und mittels Aufnahmequoten zugewiesen. Diese Quotierung berücksichtigt nicht, ob es Angehörige in anderen Städten gibt oder ob in kleineren Kommunen bereits Strukturen für eine gute Versorgung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter aufgebaut wurden. Dies führt teilweise zu krassem Entwicklungen: so sind mittlerweile in Deutschland mehr als 4.000 minderjährige Geflüchtete »verschwunden«. Lange Wartezeiten bei Familienzusammenführung sorgen dafür, dass sich Kinder in Deutschland allein auf den Weg zu ihren Familien z.B. nach Skandinavien machen. Wie viele von ihnen tatsächlich ankommen oder Menschenhändler_innen in die Hände fallen, weiß niemand.

Das Asylpaket II verschlechtert die Bedingungen für geflüchtete Minderjährige weiter

Auch die Verordnungen des Asylpaket II tragen zu einer erheblichen Verschlechterung der ohnehin schwierigen Bedingungen für Kinder und Jugendliche bei: In sogenannten Schnellverfahren soll in nur einer Woche über das Schicksal von Geflüchteten »ohne Bleibeperspektive« entschieden werden. Nicht geklärt ist, wie so die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern gewährleistet werden soll. Denn sie brauchen Zeit, um ihre kinderspezifischen Fluchtgründe und -erfahrungen als Asylgrund vorbringen zu können. Menschen, die diesem Schnellverfahren unterworfen sind, werden zudem gezwungen, in besonderen »Aufnahmezentren« zu leben. Kinder kommen während dieser Zeit nicht in normale Schulen, sondern sollen gesondert in diesen Sammellagern beschult werden. Da davon ausgegangen werden muss, dass nach einer Ablehnung des Aufenthalts keine zügige Rückkehr erfolgt, bleibt zu fragen, wie ihnen in diesem Umfeld ein kindgerechtes und geschütztes Aufwachsen ermöglicht werden soll?

Besonders hart betreffen die neuen Regelungen jedoch Kinder und Jugendliche, die ohne Familienangehörige in Deutschland sind. Das Asylpaket II sieht eine zusätzliche Verschärfung des Familiennachzugs von Minderjährigen mit subsidiärem Schutz vor, der für zwei Jahre ausgesetzt wird. Minderjährige Kinder werden somit keine Möglichkeit haben, ihre Eltern auf legalem Weg zügig nach Deutschland zu holen. Die anvisierten Ausnahmen über Einzelfallprüfungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Regelung nicht mit dem Grundrecht auf Schutz der Familie (Art. 6 GG) zu vereinbaren ist.

Um auf den zweifelhaften und rechtswidrigen Umgang mit jungen Menschen in Deutschland aufmerksam zu machen, organisiert Jugendliche ohne Grenzen bundesweite Veranstaltungen, um Anwohnende zu sensibilisieren, geht in Schulen und Uni-



Gemeinsame Freizeitgestaltung ermöglicht soziale Kontakte zwischen Anwohner_innen und Asylsuchenden.

© Chris Grodotzki

versitäten, um Gleichaltrige aufzuklären, und berät Menschen in ähnlichen Situationen, damit diese ihre Rechte kennen und durchsetzen können. JOG tagt zudem jährlich parallel zur Innenministerkonferenz. Denn die dort verabschiedeten Gesetze, Erlasse und Verordnungen haben ganz konkrete Auswirkungen und sind entscheidend für die Zukunft der jungen Menschen. Dabei wählen sie den »Abschiebeminister des Jahres« und zeichnen zugleich mit einem Preis Initiativen aus, die sich tagtäglich in Deutschland für geduldete junge Menschen einsetzen. Es gibt nämlich hierzulande keine juristischen Instanzen, die Sanktionen aussprechen oder die Wahrung der Kinderrechte verbindlich einfordern – auch das gilt für alle Kinder und Jugendliche in Deutschland. Die Leidtragenden sind aber vor allem geflüchtete Kinder und Jugendliche.

Dabei könnte alles so einfach sein. Findet zumindest Rojin von JOG in Baden-Württemberg. In dem Magazin »xclusiv« beschreibt sie ihre ganz persönliche Vorstellung von einem humanen Pass: »Herkunft: Erde, Nationalität: irdisch, Geschlecht: Mensch. Adresse: Da, wo ich gerade bin.« Eine schöne Vision. Aber bis es soweit ist, werden sich junge Menschen weiterhin für Bleiberecht, Bildungsgerechtigkeit, Rechtsbeistand im Asylverfahren, Anerkennung kinderspezifischer Fluchtgründe oder die Erleichterung von Familienzusammenführungen einsetzen müssen. Auch wenn es das laut UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland offiziell gar nicht mehr geben darf.

Jugendliche ohne Grenzen: www.jogspace.net

Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF)

Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) setzt sich für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein, die ohne Sorgeberechtigte nach Deutschland geflüchtet sind. Einige von ihnen haben sich allein auf den Weg nach Europa gemacht, andere haben ihre Familienmitglieder in ihrem Herkunftsland oder auf der Flucht verloren oder wurden von ihnen getrennt. Wenn sich Minderjährige auf die Flucht begeben, passiert dies häufig aufgrund von kinder- und jugendspezifischen Fluchtgründen, wie bspw. den Gefahren, als Kindersoldat_in rekrutiert, zwangsverheiratet oder das Opfer von Kinderhandel zu werden. Für diese Gruppe besteht auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention ein besonderer Schutz. Sie werden vom Jugendamt in Obhut genommen und von einem rechtlichen Vormund betreut. Während der Inobhutnahme wird versucht, mögliche Familienangehörige zu ermitteln und das Alter der Geflüchteten ärztlich festzustellen. Bisher gibt es jedoch kein Verfahren, das dies wissenschaftlich eindeutig schafft. Minderjährige Geflüchtete haben auch besondere Ansprüche bei der Gesundheitsversorgung, Schulbildung und Unterkunft. In der Praxis werden diese Rechte aber oft nicht umgesetzt, bundesweite Standards existieren nicht und vieles liegt im Ermessensspielraum der Behörden.

www.b-umf.de

»Refugees are welcome here.« Fußball verbindet

Karl Groß

Seit Jahren engagieren sich Fußballvereine und Fans für und mit Flüchtlingen. Asylsuchende bereichern Amateurvereine als Mitspieler_innen und lösen besonders in ländlichen Räumen das Nachwuchsproblem. Profivereine laden Flüchtlinge zum kostenlosen Spielbesuch. In der Regionalliga hat der SV Babelsberg 03 eine Mannschaft gegründet, die nur aus Geflüchteten besteht.

»39 Millionen Menschen interessieren sich allein in Deutschland für den Fußball. Diese Strahlkraft gibt uns die Möglichkeit, in die Gesellschaft hinein zu wirken«, erklärte der Präsident des deutschen Ligaverbandes Reinhard Rauball in Berlin. »1. FC Nürnberg verschenkt 3.500 Eintrittskarten an Flüchtlinge« oder »Gladbacher Fans laden Flüchtlinge ein« lauten die Schlagzeilen. Profivereine stellen sich ihrer Verantwortung und laden gemeinsam mit Fangruppen und Flüchtlingsorganisationen Asylsuchende zum Stadionbesuch ein. So auch in Dresden. Die antirassistische Faninitiative »1953international« empfängt seit 2012 immer wieder Flüchtlinge aus der Region Dresden im Stadion. Dabei ist es ihnen wichtig, auch die zu erreichen, die in kleinen Orten wie Schmie-

deberg untergebracht sind. Der Verein unterstützt sie tatkräftig durch gesponserte Tickets oder Berichte in den vereinseigenen Medien. Während in der sächsischen Hauptstadt Pegida seine Hochzeit hatte und bundesweit über die tragende Rolle der Dynamo Dresden-Hooligans berichtet wurde, sammelten andere Fans Spenden und übergaben diese öffentlich an eine Willkommensinitiative in Radebeul. Ihnen ist aber auch der Kontakt zu den Flüchtlingen wichtig: »Wir wollen den Menschen eine Freude mit dem Spielbesuch machen. Außerdem möchten wir den Dresdnern Wissen über das Leben von Flüchtlingen hier vermitteln und Kontakte herstellen«.

Welcome United 03 in Babelsberg

Beim SV Babelsberg gibt es mit »Welcome United 03« eine eigene Flüchtlingsmannschaft. Das Team hat sich inzwischen konsolidiert, seit dem Sommer 2014 dribbeln und kicken die jungen Männer im Potsdamer Karl-Liebknecht Stadion, das liebevoll Karli genannt wird. Auf Initiative von Manja Thieme, die ehrenamtlich für Asylsuchende aktiv ist, wurde diese neue 3. Mannschaft beim SV Babelsberg 03 ins Leben gerufen. »Eigentlich wollte ich nur



Die Faninitiative 1953international lädt gemeinsam mit der AG Asylsuchende Flüchtlinge ins Stadion ein, stellt Einlaufteams mit geflüchteten Kindern und organisiert Feriencamps. Einlaufkinder bei einem Spiel von Dynamo Dresden gegen Energie Cottbus.



»Champions ohne Grenzen« ist eine Flüchtlingsmannschaft aus Berlin. © Flickr.com/xylophon/CC



Die Fürther Fanszene organisierte im April 2015 eine Choreografie unter dem Motto »Kick Racism out – Refugees Welcome«. © Johannes Heuckeroth

fragen, ob einige Flüchtlinge, die nach Möglichkeiten zum Fußballspielen gefragt hatten, immer mal im Karli trainieren können«, erzählt Thieme am Spielfeldrand. Der Verein schlug vor, man könnte eine Mannschaft für die Flüchtlinge öffnen. Thoralf Höntze, zuständig fürs Marketing beim Verein, war von Anfang an dabei: »Flüchtlingsarbeit hat beim Verein seit über zehn Jahren Normalität, fast Tradition. Und weil uns aus der Erfahrung und als Fußballliebhaber klar war, dass es auf Dauer nicht reicht, nur ab und an Trainingszeiten anzubieten, haben wir das Angebot mit der eigenen Mannschaft gemacht.«

Das Ziel ist eine Integration in den regulären Spielbetrieb. Drei Tage nach Gründung der Mannschaft absolvierten die Jungs das erste Testspiel gegen die »Champions ohne Grenzen«, ein Flüchtlingssteam aus Berlin. Das Training wird von Hassan geleitet, er ist selbst aus Mazedonien geflüchtet. Seine Spieler teilen die Liebe zum Fußball, so wie Abihadif Ahmed. Er hatte eine lange Flucht hinter sich, bevor er es schaffte, nach Deutschland zu gelangen. In Somalia und vor dem Krieg spielte er in der Jugendnationalmannschaft. »Bei uns spielen so einige talentierte Jungs, denen wir mit »Welcome United 03« auch den Einstieg in höhere Spielklassen der deutschen Vereine ermöglichen wollen«, meint Höntze dazu.

Flüchtlinge lösen bei Amateurvereinen Nachwuchsprobleme

Auch in den Amateurligen sind neue Mitspieler_innen gern gesehen. Krumpa ist ein kleiner Ort in Sachsen-Anhalt, ein typisches ostdeutsches Dorf. Knapp 1.000 Bürger_innen leben hier, seit über zehn Jahren teilen sie sich den Ort mit 280 Asylsuchenden, die zentral in einem Heim wohnen, solange das Asylverfahren dauert. Ausländer werden in Krumpa schräg angesehen, nicht allen sind die Flüchtlinge willkommen. Der heimische Fußballklub KSV Lützkendorf aus der 2. Kreisklasse bildet die Ausnahme und kann als positives Beispiel für gelungene Integrationsarbeit gelten. Ein Drittel der Spieler sind Flüchtlinge aus Syrien, Irak und verschiedenen afrikanischen Ländern, vor allem Mali. »Die Heimbewohner haben hier ein zweites Zuhause gefunden«, sagt Vereinschef und Trainer Marco Brandt.

2012 waren Bewohner des Flüchtlingsheims auf den Bolz-

platz gekommen und hatten gefragt, ob sie mitspielen dürften. Für Marco Brandt war das kein Problem, einige Mitspieler und auch die Fans aus dem Dorf waren anderer Meinung. Über die Zeit kamen trotzdem mehr Flüchtlinge zum Training, man lernte sich gegenseitig kennen und schätzen. Heute ist es für den Verein keine Frage mehr, die internationalen Mitspieler gehören dazu. Einige mussten sie inzwischen abgeben: Shaibu Ulana z.B. spielt mittlerweile sechs Klassen höher beim Verbandsligisten BSV Halle-Ammendorf.

Die Fußballverbände fördern die Integration von Flüchtlingen in den Spielbetrieb

Auch die deutschen Fußballverbände DFB und DFL wollen mehr für Flüchtlinge tun. Gemeinsam mit der Bundesregierung haben sie ein Maßnahmenpaket geschnürt, von dem besonders die Vereine der niedrigen Spielklassen profitieren. »Wir wollen für eine echte Willkommenskultur in Deutschland eintreten und sprechen uns gegen jede Art von Rassismus und Diskriminierung aus«, erklärte Rauball bei der Vorstellung der Initiative. So sollen bis zu 600 Vereine, die sich für Flüchtlinge engagieren, finanziell unterstützt werden. Sie können offene Sportangebote oder die Bereitstellung von Trainingskleidung damit bezahlen. Ein zweites Projekt zielt unter dem Titel »Willkommen im Fußball« auf die bundesweite Schaffung von Fußball- und Bildungsangeboten für junge Flüchtlinge. Vor Ort sollen Willkommensbündnisse zwischen Fußballvereinen und Zivilgesellschaft aufgebaut werden.

Diese Beispiele zeigen, wie der Fußball Pionierarbeit leistet, und die Liste ließe sich fortsetzen. Die Integration ausländischer Spieler ist in den Vereinen alltäglich, die Fans haben sich schon lange daran gewöhnt, dass ihre Idole nicht nur Max Müller, sondern auch Jérôme Boateng heißen können. Dem Fußball kommt bei der Gestaltung der deutschen Willkommengesellschaft eine maßgebliche Rolle zu. Dieser wird er in allen Spielklassen gerecht.

»Willkommen im Verein! Fussball mit Flüchtlingen«; Deutscher Fussball-Bund (Hrsg.):

<http://bit.ly/1O2QDu2>

Initiative Schlüsselmensch: Patenschaften mit geflüchteten Kindern

Marius Hellwig

Wie können sich junge Menschen für Geflüchtete engagieren? Die Initiative Schlüsselmensch aus Freiburg startete 2011 ein Projekt, mit dem sie Patenschaften zwischen Studierenden und geflüchteten Kindern vermittelt.

Ausgangspunkt der Initiative war die Beobachtung, dass die Kinder in der Unterkunft St. Christoph isoliert in Containern am Rande der Stadt leben und kaum eine Chance haben, mit der übrigen Bevölkerung Freiburgs in Kontakt zu kommen. Die Kinder, zum größten Teil Roma vom Balkan, hatten nur schwer Zugang zu außerschulischen Aktivitäten – auch weil sie bspw. in Sportvereinen immer wieder Erfahrungen mit Rassismus machen mussten. Die Initiator_innen der Aktion hofften, dass die Kinder mit engeren Beziehungen und regelmäßigen Treffen u.a. ihre Sprachprobleme überwinden könnten, um so die Inklusion in die Gesellschaft zu erreichen.

Der Kontakt zu den hauptamtlichen Mitarbeitenden der Unterkunft und die Unterstützung der Sozialarbeiter_innen, welche die Familien und Kinder in der Unterkunft betreuen, war gerade zu Beginn des Projekts entscheidend. Sie sind es auch, die interessierte Pat_innen anhand gemeinsamer Interessen mit den geflüchteten Kindern und deren Familien zusammenbringen. Anschließend entwickeln sich die Patenschaften ganz unterschiedlich: Pat_innen und Patenkinder gehen zusammen schwimmen, zum Fußball, ins Kino oder lernen für die Schule.

Natürlich läuft eine Patenschaft nicht immer konfliktfrei ab. Das

größte Problem sieht Hannah Riede, eine der Mitgründer_innen der Initiative, im Paternalismus, mit dem Pat_innen den Kindern begegnen könnten. Um diese Haltung – die Annahme, besser zu wissen, was für das Kind gut und richtig ist, als das Kind selbst oder dessen Eltern – zu reflektieren, organisiert die Initiative Workshops und Vorträge zu Themen wie Asylrecht oder Antirassismus. Dadurch sollen die Pat_innen unterstützt und angehalten werden, ihre Rolle in der Beziehung zum Patenkind zu überdenken und eigene Stereotype zu reflektieren.

Zunächst im kleinen Kreis gestartet, weitete sich die Initiative Schlüsselmensch rasant aus und umfasst heute neben mehr als 70 vermittelten Patenschaften das Orga-Team des Vereins sowie zahlreiche Engagierte in Angeboten wie Schwimmkursen oder Fußballtraining. Auch Tandems für Erwachsene gibt es oder Patenschaften ganzer Familien, die sich mit Familien aus der Unterkunft treffen.

Die Patenschaften dauern unterschiedlich lange – und enden manchmal ganz abrupt: Der Aufenthaltsstatus der meisten Roma ist stark gefährdet, seitdem die Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer eingestuft wurden. Durch das »Asylpaket II« sollen Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern vorrangig geprüft werden, was zu pauschalen Ablehnungen und schnelleren Abschiebungen führen könnte. Die Unterscheidung zwischen »legitimen« Kriegs- und »bloßen« Wirtschaftsflüchtlingen, denen kein Recht auf Asyl zugesprochen wird, verkennt jedoch, dass speziell Roma vielfachen Diskriminierungen und zum Teil tätlichen Übergriffen ausgesetzt sind. Dass es dennoch oftmals zu Abschiebungen von Roma kommt, die häufig schon viele Jahre in Deutschland leben, wird von der Initiative Schlüsselmensch stark kritisiert.

<http://bit.ly/28IAwT8>



© Initiative Schlüsselmensch

Mehr als Hilfe: Wie politisch müssen Initiativen sein, die Geflüchtete unterstützen?

Theresa Mair

Unzählige Menschen engagierten sich in den letzten Jahren, um Geflüchtete in ihrer Nachbarschaft willkommen zu heißen, und setzen Angela Merckels viel zitierte Aussage »Wir schaffen das!« in die Tat um. Die Organisation von Willkommensfesten, das Schaffen von Begegnungsräumen, das Sammeln von Kleidungsspenden, Deutschkurse, Patenschaften, Übersetzungen, Begleitung zu Behörden und Ärzt_innen, aber auch Beratungs- und Versorgungsaufgaben illustrieren das breitgefächerte Spektrum des ehrenamtlichen Engagements. Entgegen der Befürchtung, dass dieses Engagement nach kurzer Zeit verebben würde, hält die Hilfsbereitschaft für unsere neu angekommenen Mitmenschen an. Nichtsdestotrotz stellt sich vielen Aktiven die Frage, wie dies auch über einen längeren Zeitraum erhalten werden kann und ob ihre Hilfsangebote langfristig die ideale Lösung darstellen – sowohl für Geflüchtete als auch für sie selbst.

Aufgaben und Grenzen ehrenamtlichen Engagements

Wie der Sächsische Flüchtlingsrat gemeinsam mit PRO ASYL in einem Positionspapier erklärt, ergibt sich durch die aktuelle Entwicklung eine problematische Verwischung der Grenze zwischen Ehrenamt und professionellem Hauptamt: »Um den Bedarfen Asylsuchender gerecht zu werden, braucht es eine Flüchtlingssozialarbeit, die professionell und verbindlich gestaltet ist und die nur hauptamtlich geleistet werden kann.« Durch den Mangel an verbindlichen Konzepten für Flüchtlingssozialarbeit und Ressourcen für deren Umsetzung wird ehrenamtliches Engagement jedoch von Behörden immer wieder als eine willkommene Alternative herangezogen. Individuelle und fachliche Grenzen werden dabei oft erst ersichtlich, wenn Ehrenamtliche der Überforderung erliegen. Daher fordert der Sächsische Flüchtlingsrat: »Aufgaben wie Beratung, Begleitung sowie Information über und Vermittlung in Bildungsangebote müssen Gegenstand hauptamtlicher Flüchtlingssozialarbeit sein und dürfen nicht als Kern ehrenamtlichen Engagements verstanden werden.« Sinnvolle Arbeitsbereiche von Ehrenamtlichen wären demgegenüber »politisches Engagement, die Organisation von Freizeitangeboten oder auch die Durchführung von Patenschaftsprojekten [...], also ein Zusatz an sozialer und/oder politischer Unterstützungsarbeit«. Ebenso wie eine Entprofessionalisierung der sozialen Arbeit mit Geflüchteten gilt es zu vermeiden, dass »ehrenamtliches Engagement missbraucht wird.«

Ehrenamt als Füller staatlicher Lücken

Diese Entwicklung wird auch zunehmend von Initiativen selbst erkannt und thematisiert. Verschiedene Brandenburgische Initiativen und Einzelpersonen wandten sich im Dezember 2015 mit einem offenen Brief an die Landespolitik und kritisierten: »In vielen Fällen übernehmen wir unentgeltlich Beratungs- und Versorgungsaufgaben, die eigentlich staatliche Aufgaben wären. [...] In den vergangenen Monaten haben viele von uns [...] enormes Wissen angesammelt. Doch statt unser Wissen für eine grundsätzliche Verbesserung der Situation Geflüchteter einbringen zu können, sehen wir uns oft gezwungen, in Versorgungslücken zu springen

und fehlende staatliche Strukturen ausgleichen zu müssen.« Werden existentielle Aufgaben wie die Bereitstellung von Nahrung, Kleidung und Unterkünften von Ehrenamtlichen übernommen, entsteht ein starkes Abhängigkeitsverhältnis zwischen Helfenden und Geflüchteten, die zu Empfangenden von Hilfe werden. Da die staatliche Versorgungsstruktur den realen Bedarfen von Geflüchteten nicht gerecht wird, sind diese auf die Hilfsbereitschaft von Bürger_innen angewiesen. Begegnungen auf Augenhöhe und ein ausgeglichenes Zusammenleben werden durch diese strukturelle Hierarchie extrem erschwert. Die Initiativen fordern daher »die Erfüllung der wichtigsten Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben [...], nämlich menschenwürdige Unterbringung sowie Versorgung und Beratung, die Geflüchtete nicht von uns ehrenamtlichen Unterstützer_innen abhängig macht.«

Politisierungsprozesse und Konflikte

Auch der Verein »Moabit hilft«, welcher sich am Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) in Berlin engagiert, hat im Oktober 2015 diesen Umstand öffentlich thematisiert. »Moabit hilft« rief zu einer Demonstration auf und forderte die Verantwortlichen auf, den »katastrophalen Zustand am LAGeSo« weitreichend zu verbessern. Die Gruppe analysiert, dass nur durch ihr unentgeltliches Engagement das Schlimmste verhindert werden könne. Die Missstände, wie die ausbleibende Versorgung von besonders Schutzbedürftigen, mangelhaftes Essen, fehlende Krankenversorgung, verzögerte Auszahlung der Bezüge nach Asylbewerberleistungsgesetz und eine schlechte Informationspolitik, sollten und können nicht von Ehrenamtlichen ausgeglichen werden. »Moabit hilft« hat sich dementsprechend dazu entschieden, ihr bis dato auf Hilfstätigkeiten beschränktes Engagement auszuweiten und sich politisch für eine Verbesserung der Situation von Asylsuchenden einzusetzen. Christiane Beckmann erklärt: »Es ist uns wichtig, dass man uns als politische Kraft sieht. Weil wir [...] uns nicht als Helfer, sondern als Unterstützer und als solidarische Menschen für die Geflüchteten [verstehen], die solange ein Sprachrohr für sie sind, wie sie es selbst nicht sein können.«

Dieser Entwicklungsprozess ging nicht ohne Reibungen vonstatten. Wie Frederik Bombosch in der Berliner Zeitung darstellte, führten unterschiedliche Ansichten über die Aufgabe von Ehrenamt zu Spannungen bis hin zur Abspaltung von Mitgliedern. Diese kritisierten, dass die politische Agitation von »Moabit hilft« nicht konstruktiv sei. Zwar wäre durch deren Interventionen politischer Druck entstanden, die Arbeit vor Ort hätte sich aber auch erschwert. Die öffentliche Kritik am Wachdienst und den LAGeSo-Verantwortlichen habe die Möglichkeiten der Zusammenarbeit beeinträchtigt.

Unpolitische Hilfe?

Die Annahme, dass ehrenamtliche Arbeit mit und für Geflüchtete unpolitisch sein kann, ist jedoch ein Trugschluss. Vielerorts entstanden Initiativen für Geflüchtete erst als Reaktion auf rassistische Mobilisierungen oder um solche zu vermeiden. Hetze und

Gewalt gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte erteilt die Unterstützung von Asylsuchenden eine klare Absage und setzt dem ein praktisches – und politisches – Statement entgegen: Geflüchtete sind willkommen und ein inklusives Zusammenleben mit ihnen erwünscht!

Bezieht man die Auseinandersetzungen unter Ehrenamtlichen darüber, welche Aufgaben übernommen werden sollen, mit ein, ergibt sich, dass die Art des Engagements im direkten Zusammenhang mit politischen Entwicklungen steht. Ist die Versorgung und soziale Sicherung für Menschen, die ihr Grundrecht auf Asyl in Anspruch nehmen wollen, Aufgabe der Zivilgesellschaft oder des Sozialstaats? Wer sollte Zugang zu welchen staatlichen Leistungen haben, und wer wird davon ausgeschlossen? Das sind Fragen, die nicht nur die Asyl- und Migrationspolitik der BRD tangieren, sondern die deutsche Sozialpolitik allgemein. Behält man diese Fragen im Blick, lässt sich der politische Gehalt dieses zivilen Engagements nicht leugnen – selbst wenn vermeintlich »nur« geholfen wird. Zudem haben sich viele der Initiativen, die sich spontan und ohne politische Forderungen gründeten, über die andauernde Konfrontation mit der Situation der Geflüchteten schrittweise politisiert. Sie nehmen Einfluss auf eine Politik, die zusehends von einer Privatisierung der Versorgungsleistungen und einem Rückzug des Sozialstaates geprägt ist.

Solidarity or Charity

Auch Selbstorganisationen von Geflüchteten, die seit Jahren eine rechtliche Verbesserung für Asylsuchende einfordern, beobachten die aktuellen Entwicklungen mit Skepsis. Wie Adam Bahar, sudanesischer Aktivist im Exil in Deutschland, auf www.africasa-country.com ausführt, brauchen Geflüchtete Freiheit und Rechte, keine Almosen. Welchen Nutzen hat eine nachbarschaftliche Unterstützung von Schutzsuchenden, die keinen Protest einlegt,

wenn die neuen Nachbar_innen abgeschoben werden sollen, weil Deutschland nicht für ihren »Fall« zuständig ist oder deren Heimatland als sicher eingestuft wird? Das Label »Refugees Welcome«, unter dem sich zahlreiche deutsche Bürger_innen für Geflüchtete engagieren, erscheint in diesem Licht auch Bahar widersprüchlich: Denn zeitgleich setzt die Regierung weitreichende Verschärfungen des Asylrechts durch, welche scheinbar widerspruchlos akzeptiert werden.

Einige Initiativen haben sich daher dazu entschieden, die öffentliche Thematisierung staatlicher Lücken und sozialer Ausgrenzung als Teil ihrer Arbeit anzusehen. Sie kritisieren humanitäre Notstände, die fehlende Umsetzung sozialer Ansprüche sowie rechtliche Einschränkungen von Asylbewerbenden. Forderungen nach einer menschenwürdigen Versorgung Asylsuchender sowie einem Grundrecht auf Asyl, das seinem Namen gerecht wird, werden laut. Das Ziel dieser Gruppen ist dementsprechend, dass ihre derzeit unentbehrliche Hilfe auf Dauer überflüssig wird. Denn nur wenn das Abhängigkeitsverhältnis durch die Verantwortlichen aus dem Weg geschafft ist, wird ein wahres Zusammenleben auf Augenhöhe möglich. Auch für Initiativen, die ihr Engagement bisher auf humanitäre Hilfe begrenzt haben, wird in Zukunft eine zentrale Frage sein, ob die Bedürfnisse von Asylsuchenden von bürgerschaftlichem Engagement gedeckt werden können – oder ob dies nicht politischer Veränderungen bedarf, die es durch ziviles Engagement einzufordern gilt.

»Positionspapier zur Abgrenzung von qualifizierter hauptamtlicher Flüchtlingssozialarbeit und ehrenamtlicher Arbeit im Bereich Flucht und Asyl in Sachsen«; Sächsischer Flüchtlingsrat und PRO ASYL: <http://bit.ly/28IviWO>

»Offener Brief von flüchtlingspolitischen Initiativen/Willkommensinitiativen im Land Brandenburg«: <http://bit.ly/28ICcKx>



»Gar nichts zu tun, ging für mich nicht«

Eine der großen Flüchtlingsunterkünfte Berlins hat der Bezirk Wilmersdorf im alten Rathausgebäude eingerichtet. Unterstützt wird die Arbeit dort durch das ehrenamtliche Team von »Freiwillige helfen in Wilmersdorf«. Marius Hellwig sprach mit Holger Michel, der sich dort engagiert.

Wie kam es zu deinem Engagement?

Ich war nie der klassische Aktivist. Als aber im Spätsommer 2015 die Lage in Berlin immer ernster wurde, als die Bilder vom sogenannten »Zug der Hoffnung« aus Ungarn und der Welle der Hilfsbereitschaft an einigen deutschen Bahnhöfen um die Welt gingen und gleichzeitig die Hetze in den sozialen Netzwerken immer stärker wurde, da fühlte es sich falsch an, nichts zu tun. Es war klar, dass jeder gebraucht wurde, dass dort eine riesige Aufgabe wartet, die man nur gemeinsam schaffen würde. Es ging aber auch darum, sich zu positionieren. Und es hatte sicher auch etwas von »dabei sein«, etwas eventhaftes, wie ein großes Happening. So habe ich mich spontan mit einer Freundin verabredet zu helfen. Wir hatten gehört, dass in Wilmersdorf eine neue Unterkunft eröffnet hatte. Also fuhren wir dahin. Als wir ankamen, gab es sehr viel zu tun, es wurden Helfer_innen eingewiesen, unglaublich viele Spenden angenommen, sortiert und gelagert, Menschen mit Essen versorgt, in einem Raum wurden Kinder betreut... Ich dachte: Ok, dann mache ich mal eine Stunde mit. Tatsächlich bin ich fünf Stunden geblieben, und als ich ging, sagte irgendwer: »Bis morgen!« Am nächsten Morgen um neun war ich wieder da und blieb bis zum Abend.

Was hat sich seitdem für dich geändert?

Es begann ziemlich ungeplant ein neuer Lebensabschnitt für mich, der wahnsinnig anstrengend und wahnsinnig spannend zugleich ist und der viel in meinem Leben verändert hat. Meine Sicht auf politische Prozesse hat sich in vielerlei Hinsicht gewandelt, obwohl ich schon seit zwölf Jahren in der Politikberatung arbeite. »Die Flüchtlinge« – das war vorher für mich eine große, homogene Masse. Die Wortwahl macht es einem einfach, es nicht persönlich werden zu lassen. Die einzigen Flüchtlinge, die ich bewusst wahrgenommen hatte, waren Drogendealer im Park vor meiner Haustür in Kreuzberg und die im Lampedusa-Camp vor meinem Büro an der Oranienstraße. Ich habe die Menschen jeden Tag gesehen, aber sie waren trotzdem weit weg. Jetzt hat es plötzlich mit mir zu tun. Das hat auch meine alltäglichen Prioritäten geändert. Vieles, was mir an oberflächlichen Dingen früher wichtig war, hinterfrage ich plötzlich auf seine Relevanz.

Dein Engagement im alten Rathaus Wilmersdorf begann zwei Wochen, nachdem die Unterkunft eingerichtet wurde. Wie sah es dort damals aus?

Am 14. August 2015 gab es eine Pressemitteilung, dass dort mit sofortiger Wirkung eine Unterkunft errichtet werden soll. Philipp Bertram war der erste Freiwillige vor Ort, eine Stunde später hielt ein Bus und brachte die ersten Flüchtlinge. Philipp erkannte, dass der Katastrophendienst des Arbeiter-Samariter-Bundes das nicht

allein schaffen konnte. Über Facebook rief er zur Hilfe auf und hatte in wenigen Tagen bereits hunderte Freiwillige mobilisiert. Als ich zwei Wochen später dazu kam, waren ca. 400 Bewohner_innen im Rathaus – heute sind es fast 1.200 aus über 15 Ländern.

... und ihr braucht entsprechend viele Dolmetschende.

Genau. Das ist auch etwas, was in den Debatten über Flüchtlinge immer zu kurz kommt: Ohne die Migrant_innen, die schon vor vielen Jahren nach Deutschland gekommen sind, und deren Kinder, die Arabisch oder Farsi sprechen, würde bei uns wenig funktionieren.

Wie ist denn die Infrastruktur im Rathaus? Wie können dort über 1.000 Menschen leben?

Wir haben gute Bedingungen. Wir sind eben keine Turnhalle, sondern ein Rathaus mit alten Behördenzimmern. In den Zimmern leben immer höchstens vier Menschen, meistens Familien oder Menschen eines Alters. Wenn es mehrere Freund_innen oder Verwandte gibt, können sie sich ein Zimmer teilen. Das gibt wenigstens ein bisschen Privatsphäre.

Wie ist die Stimmung unter den Freiwilligen und den Bewohner_innen?

Die Diskussion um die Silvesternacht in Köln hat interessanterweise wenig verändert – sie hat uns eher noch stärker gemacht. Unter den Bewohner_innen war die Stimmung nach Köln und auch nach den Anschlügen von Paris sehr unruhig. Zum einen fragten sie sich, ob sie jetzt alle verdächtigt werden und ob sich etwas für sie ändert, zum anderen, wie sie deutlich machen können, dass sie damit nichts zu tun haben. Das war eine große Sorge. Auch die Angst vor rassistischen Übergriffen nahm zu, von denen sie in den Medien gehört hatten.

Was für Probleme gibt es in eurer Unterkunft?

Das größte Problem ist die Langeweile. Da sind Probleme vorprogrammiert. Wir haben viele junge Menschen, die qualifiziert sind und etwas tun wollen. Stattdessen werden sie zum Rumsitzen verdonnert. Dazu kommt die Unsicherheit: Was passiert weiter? Kann ich bleiben? Wo muss ich als nächstes hin? Für großen Stress sorgt auch die chaotische Situation in den Behörden. Dazu der Papierkram. Zum Teil lese ich Briefe von Behörden an die Bewohner_innen und verstehe sie selbst nicht.

Wenn ich aber bedenke, welchem Stress die Leute ausgesetzt sind, bin ich immer wieder erstaunt, wie ruhig es dafür ist und wie wenig wirkliche Konflikte es gibt. Wenn es sie gibt, dann eher zwischenmenschliche, denn natürlich sind einem nicht alle Menschen sympathisch, wir nehmen Menschen auf, keine Engel.

Was erwartet ihr von euren Bewohner_innen?

Wir machen deutlich, welche Regeln es in Deutschland gibt und was wir erwarten. Das leben wir vor. Wir haben jüdische und homosexuelle Helfende und die Bewohner_innen lernen oft zum

ersten Mal einen normalen Umgang damit. Wir machen klar, dass Frauen die gleichen Rechte haben wie Männer und dass ein Zusammenleben nur funktionieren kann, wenn das alle akzeptieren. Dazu müssen alle Seiten ihren Teil beitragen. Integration kann nur klappen, wenn die Flüchtlinge das Gefühl haben, dass die Deutschen ihre Integration auch wollen. Und das ist eine Leistung, die wir Helfenden erbringen können.

Wie hat die Nachbarschaft auf die Errichtung der Unterkunft reagiert?

Am Anfang gab es große Sorgen, aber die haben wir gelöst, indem wir sie eingeladen haben: Kommt zu uns, schaut euch das Haus an, lernt uns kennen! Inzwischen haben wir eine große Unterstützung der Nachbarschaft.

Wie viele Helfende seid ihr?

Insgesamt haben sich fast 5.000 Menschen bei uns engagiert, aktuell sind es 100 bis 150 täglich. Im Herbst 2015 waren das noch mehr. Da waren Semesterferien, die Euphorie war größer und die Erschöpfung kleiner, und es gab weniger Unterkünfte. Heute ermutigen wir erfahrene Freiwillige, zu neu eingerichteten Unterkünften zu gehen und ihre Erfahrung einzubringen. Es werden aber leider wirklich weniger Helfende.

Welche Aufgaben übernehmt ihr?

Wir sind in allen Bereichen aktiv. Da hat sich im Laufe der Monate natürlich auch viel verändert. Am Anfang ging es noch sehr viel mehr um Hilfe zum Überleben, heute geht es verstärkt um Inte-

gration und Behördenhilfe. Von Beginn an koordinieren wir den gesamten Bereich der Spendenannahme, -sortierung und -ausgabe, haben viele Helfende in der Küche, haben einen Frauen- und einen Kinderbereich, eine Näherei und einen Friseursalon aufgebaut, geben Deutschunterricht, stellen den Großteil der Dolmetschenden, haben ein Infobüro für Fragen von Bewohner_innen und Freiwilligen aufgebaut, regeln Behördenkram, haben Schulpatenschaften und vieles mehr. Dabei binden wir, wo immer es geht, Bewohner_innen ein.

Welche Tipps hast du aus deiner Erfahrung als Helfer?

Es ist wichtig, möglichst schnell Strukturen zu schaffen, weil man nur so langfristig etwas aufbauen kann. Außerdem ist Kommunikation entscheidend: Helfende und auch Bewohner_innen müssen nicht nur wissen, dass Dinge funktionieren, sondern auch warum. Zudem hilft es allen Seiten, wenn man die Bewohner_innen in die Aufgaben einbindet.

Grundsätzlich ist es wichtig, auf seine Grenzen zu achten und sich auch mal eine Auszeit zu nehmen. Niemandem ist geholfen, wenn man plötzlich schlapp macht und ausfällt. Die wichtigste Erfahrung ist: positiv und zuversichtlich an die Sache rangehen! Helfen muss auch Spaß machen.

Gerettet in Bonn

2008 riefen der Bayerische Flüchtlingsrat und PRO ASYL die save me-Kampagne ins Leben. Sie forderte die Bundesregierung auf, legale Einreisewege nach Deutschland zu schaffen und besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen. Als solche gelten nach einem Kriterienkatalog des UNHCR besonders gefährdete Gruppen wie unbegleitete Minderjährige, Frauen ohne Begleitschutz, Folteropfer, Menschen mit besonderen medizinischen Bedürfnissen sowie verfolgte Minderheiten, die langfristig nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Im Rahmen des Resettlement-Programms identifizieren die Vereinten Nationen unter den registrierten Flüchtlingen diese Personen und suchen für sie aufnahmebereite Staaten.

Nachdem sich die Kampagne ausbreitete und sich in ganz Deutschland lokale save me-Kampagnen gründeten, konnte 2011 ein erster Erfolg erzielt werden: Deutschland verpflichtete sich, im Zeitraum von drei Jahren jeweils 300 besonders Schutzbedürftige aufzunehmen. Mittlerweile ist das Programm entfristet und auf 500 Flüchtlinge erweitert worden – ein Tropfen auf den heißen Stein in den Augen der ca. 25 aktiven save me-Kampagnen. Diese setzen sich daher weiter für den substantiellen Ausbau des Resettlement und damit der Aufnahme von besonders Schutzbedürftigen ein.

Die politische Arbeit der save me-Kampagnen wird ergänzt durch praktisches Engagement. So begann die Bonner save me-Kampagne schon 2009, Patenschaften zu vermitteln, um die Integration der Neuankommenden zu begleiten. Im April 2016 unterstützen über 100 Mentor_innen mehr als 200 Flüchtlinge: mit Orientierung und Begleitung bei Behördengängen, mit Hilfe bei der Arbeits- oder Ausbildungsplatzsuche für die, die schon länger in Deutschland leben, mit Angeboten zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten in der deutschen Sprache. Die Mentorings werden durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch und professionelle Supervision unterstützt. Durch diese enge Betreuung und die Selbstreflexion der Mentor_innen können Probleme schon früh angegangen werden. Über die Mentorings hinaus bietet die save me-Kampagne in Bonn zahlreiche Freizeitaktivitäten an, die vor allem von Neuankommenden gern wahrgenommen werden. Über 100 Ehrenamtliche kochen und wandern mit den Flüchtlingen, sie besuchen Museen oder treiben Sport. Einheimische haben so die Chance, Geflüchtete als Menschen kennenzulernen und über ihr soziales Netzwerk Vorurteile in der Gesellschaft abzubauen. Durch diese ersten Kontakte entstehen dann wiederum oft neue Mentorings.

www.save-me-kampagne.de www.save-me-bonn.de

»Aktion Schutzschild«: Für Sicherheit, Anerkennung und Inklusion von Geflüchteten in regionale(n) Räume(n)

Tahera Ameer

Aktion Schutzschild entstand als Projekt der Amadeu Antonio Stiftung in Folge des erhöhten Schutzbedürfnisses von Geflüchteten in Deutschland. Die steigenden Flüchtlingszahlen stellen Politik und Gesellschaft vor neue Herausforderungen: In großen Teilen der Bevölkerung finden sich rassistische Ressentiments und Vorbehalte gegen die Einrichtung von Unterkünften. Organisierte Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen greifen diese Stimmung auf und schüren den Hass auf Geflüchtete. Immer öfter schlägt die Hetze in reale Gewalt um.

In Anbetracht der Bedrohungslage und prekären Situation, der geflüchtete Menschen durch (Alltags-)Rassismus, rechte Hetze, Missachtung vieler ihrer grundlegenden Rechte und Gewalt vielfach ausgesetzt sind, möchte Aktion Schutzschild dazu beitragen, dass Geflüchtete und Asylsuchende langfristig und sicher als aktiver Teil der Zivilgesellschaft leben können, sei es im ländlichen Raum oder in urbanen Ballungszentren.

Der Schwerpunkt der Arbeit von Aktion Schutzschild liegt auf dem ländlichen Raum. Um die Vision einer inklusiven Kommune zu verwirklichen, macht Aktion Schutzschild es sich zur Aufgabe, Selbstorganisationen von Migrant_innen und Geflüchteten zu stärken und deren Perspektive in den Diskurs einzuspeisen. Eine größere Sichtbarkeit der alltäglichen Lebenssituationen und Bedarfe von Geflüchteten und der negativ von Rassismus betroffenen Minderheiten ist unverzichtbar, um Verantwortungstragende und Willkommensinitiativen in Kommunen in ihrem politischen und sozialen Handeln zu beraten und zu unterstützen. Ziel von Aktion Schutzschild ist es, Organisationen von Geflüchteten und Migrant_innen als Akteure mit ihrer vorhandenen Expertise sichtbar(er) zu machen, sie zu stärken und mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen zu vernetzen. Ohne die Einbeziehung ihrer Perspektiven ist gleichberechtigte Teilhabe nicht möglich. Eine aktive Zivilgesellschaft und frühzeitiges verantwortungsvolles politisches Handeln Entscheidungstragender sind wichtige Faktoren, um rechter Hetze, Gewalt und Rassismus entgegenzuwirken. Aktion Schutzschild übernimmt daher eine Knotenfunktion zwischen Geflüchtetenorganisationen, zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie Kommunen und Trägern von Unterkünften, um die Inklusion von Geflüchteten zu ermöglichen. Diese Funktion flankiert Aktion Schutzschild durch Fortbildungen, die sich an Willkommensinitiativen richten.



Im Mittelpunkt der Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteuren stehen die Fragen:

- Welche zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteure gibt es vor Ort? Mit welchen Ressourcen (personell, zeitlich, finanziell) sind diese ausgestattet?
- Ist die Expertise von Geflüchteten und Migrant_innen integraler Bestandteil der Arbeit?
- Mit welchen Bündnissen oder Akteur_innen kann eine Vernetzung oder Zusammenarbeit zielführend sein? Wie kann sie zustande kommen und erhalten werden?
- Stehen Finanzierungsmöglichkeiten zur unterstützenden Arbeit zur Verfügung?
- Welche inhaltlichen Ausrichtungen und Schwerpunktsetzungen sind sinnvoll?
- Wie kann eine gute Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verwaltung und politischen Entscheidungsträger_innen hergestellt werden?
- Welchen Beitrag können zivilgesellschaftliche – im Idealfall – gemeinsam mit kommunalen Entscheidungsträger_innen zum wirksamen Schutz der geflüchteten Menschen und zur Verbesserung ihrer Lebenssituation leisten?

Im Mittelpunkt der Unterstützung von Politik und Verwaltung stehen Fragen wie:

- Wie kann der Schutz von Asylsuchenden vor rassistischen Angriffen und rechter Hetze sichergestellt werden? Welche konkreten Maßnahmen sind dafür (bereits vor Ankunft von Geflüchteten) notwendig?
- Wie kann die Zivilgesellschaft aktiv einbezogen werden, um zu einer inklusiven Gemeinschaft zu gelangen, die die Partizipation aller im Ort sicherstellt?
- Wie gehen andere Kommunen mit der Herausforderung um, Schutz suchende Geflüchtete menschenwürdig und sicher vor Anfeindungen unterzubringen? Lassen sich Beispiele gelungener Praxis in der eigenen Kommune anwenden?
- Welche Handlungsspielräume gibt es für Politik und Verwaltung?
- Wie können Kommunen die Aufnahme von Geflüchteten als Gestaltungsaufgabe wahrnehmen?
- Welcher positiven Standards bedarf es in der öffentlichen Kommunikation sowie im Umgang mit Medien?

Geflüchtete werden in Altenberg mit Brot und Salz willkommen geheißen

Petra Schickert, Mobiles Beratungsteam (MBT) Sachsen – Regionalbüro MitteOst

Die Stadt Altenberg im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, in unmittelbarer Nähe zur tschechischen Grenze gelegen, ist weit über Sachsen hinaus als Wintersportregion bekannt. Für Biathlet_innen, Bob-, Rodelsportler_innen und ungezählte Tourist_innen üben Natur und Sportanlagen eine hohe Anziehungskraft aus. Wohl auch deshalb hielt sich der Bürgermeister trotz leerstehender Wohnungen und Objekte längere Zeit mit der Aufnahme geflüchteter Menschen in seinem Ort zurück. Sensibel nahm er die von Ressentiments und rassistischen Vorurteilen geprägte Stimmung wahr, sorgte sich um das Image des Ortes und befürchtete ausbleibende Tourist_innen. Immer wieder thematisierte der Landkreis die im Unterbringungs- und Kommunikationskonzept verankerte solidarische Verteilung geflüchteter Menschen auf die Städte und Gemeinden. Dazu musste sich auch Altenberg verhalten.



© Initiative Asyl Altenberg

Im Frühsommer 2015, als noch kein geflüchteter Mensch im Ort lebte, wandten sich einige Altenberger_innen an das Mobile Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen e.V. Rassistische Positionen waren bereits öffentlich wahrnehmbar, Flugblätter gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wurden verteilt, und in den sozialen Medien wurde gegen Geflüchtete gehetzt. Anfang Juli führten die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und das Kulturbüro Sachsen e.V. in Bärenstein, einem Ortsteil von Altenberg, eine Unterstützer_innenschulung durch. Neben der Wissensvermittlung zum Thema Asyl ging es vor allem darum, Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen wollen, zusammenzubringen und zu stärken. Zum Ende verabredeten die Teilnehmenden ein nächstes Treffen, zu dem sie weitere Interessierte einladen wollten.

Dies war der Start für die Initiative. Auch unter dem Eindruck einer dramatisch verlaufenen Einwohnerversammlung am 8. Juli 2015, die vor allem von Asylgegner_innen geprägt wurde, fand das erste Treffen des Bündnisses statt. Neben den Teilnehmenden der Schulung waren u.a. Mitglieder der evangelischen und der katholischen Gemeinde, der Ortsvorsteher des Stadtteils Zinnwald und Schüler_innen des Gymnasiums gekommen. In einem offenen Austausch wurde ein Selbstverständnis erarbeitet, das heute Basis der

Aktivitäten der Initiative Asyl Altenberg ist. Die Initiative versteht sich als Ergänzung zur professionellen Flüchtlingssozialarbeit. Sie setzt sich für eine Willkommenskultur und die Unterstützung von geflüchteten Menschen in der Altenberger Region ein und arbeitet eigenständig durch das Engagement ihrer Mitglieder.

Um mit den Menschen aus dem Ort zum Thema Asyl ins Gespräch zu kommen, luden die evangelische und die katholische Gemeinde gemeinsam in die katholische Kirche Zinnwald. Der Einladung folgten neben Gemeindegliedern und weiteren Einwohner_innen auch der Bürgermeister. Nach einem Vortrag vom Kulturbüro Sachsen e.V. wurden in respektvoller Atmosphäre die Fragen der Bürger_innen beantwortet, Sorgen und Ängste angesprochen und für Mitmenschlichkeit geworben.

Nach dem ersten Treffen gingen die Ehrenamtlichen an die Strukturierung ihrer Arbeit in Arbeitsgruppen und die Vorbereitung der Ankunft der Flüchtlinge. Viel Zeit blieb nicht. Im Frühherbst 2015 kamen die ersten geflüchteten Menschen nach Zinnwald, die von Vertreter_innen der Initiative Asyl Altenberg mit Brot und Salz begrüßt wurden. Diese Form des Willkommens wurde auch in den folgenden Monaten für die neu Ankommenden in Geising und Rehefeld beibehalten.

Jeden Dienstag findet seitdem in den Räumen der evangelischen Gemeinde ein Begegnungscafé für Flüchtlinge und Altenberger_innen statt. Die Räume platzten schnell aus allen Nähten. Dank des Engagements des Bürgermeisters ist das Café inzwischen in den Ratssaal des Rathauses umgezogen. 80 Teilnehmende sind keine Seltenheit. Ehrenamtliche Deutschkurse, Ferienangebote und Kontakte zu den örtlichen Sportvereinen gehören ebenfalls zu den Aktivitäten der Initiative Asyl Altenberg, sowie der Kreativnachmittag im Altenberger Bahnhof. Zusammen mit den Flüchtlingen bauten die Altenberger_innen eine Fahrradwerkstatt sowie eine Sammel- und Ausgabestelle für Sachspenden auf, die gut angenommen werden. Konzert- und Veranstaltungsbesuche sowie geführte Wanderungen vervollständigen die gemeinsamen Aktivitäten.

Als im Dezember 2015 die Asylgegner_innen zur Demonstration in Altenberg aufriefen, lud die Initiative zu einem Friedensgebet mit anschließendem Beisammensein ein. Während draußen ca. 250 Asylgegner_innen demonstrierten, positionierten sich in der Kirche 100 Menschen für Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit, gegen Rassismus.

Eine konstruktive Zusammenarbeit verbindet inzwischen Initiative, Stadt und Bürgermeister. Heute hat die Initiative Asyl Altenberg 60 Mitglieder, die den ca. 250 asylsuchenden Menschen zur Seite stehen und sich für ein friedliches Miteinander in ihrer Stadt engagieren. Bewährt hat sich, dass Mitstreiter_innen der Initiative Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Altenberg empfangen, ihnen beim Einzug helfen und die Stadt zeigen. Das schafft von Beginn an Vertrauen.

Auf Wohnungssuche mit einem syrischen Flüchtling

Anna Brausam

Geht es um die Situation von Flüchtlingen, scheint die Aufenthaltsgenehmigung das zentrale Problem. Dabei stehen auch Menschen mit legalem Status vor großen Hindernissen – obwohl sie nun die Möglichkeit haben, eine eigene Wohnung und einen Job zu suchen, stoßen sie nicht nur auf Vorurteile und Ablehnung, sondern auch auf alltägliche Probleme. Anna Brausam hat einen syrischen Flüchtling begleitet.

Zehn Quadratmeter. So »groß« war das Zimmer, das sich Nabil* mit einem vollkommen fremden Menschen teilen musste, als er nach einer dramatischen Flucht von Syrien nach Deutschland kam, um hier Asyl zu beantragen. Keine Privatsphäre, keine Möglichkeit, sich mit seinen traumatischen Erlebnissen auseinanderzusetzen – und keine Chance, sich zu bewegen: Nabil war nach dem »Königsteiner Schlüssel« per Zufall in einer 6.000-Seelen-Gemeinde in Bayern gelandet. Hier gilt – als einzigem Bundesland neben Sachsen – noch die Residenzpflicht. Für Nabil war diese Zeit sehr bedrückend, hatte er als Journalist in Syrien doch bereits mit internationaler Presse zusammengearbeitet und war daher viel geübt. »Ich fühlte mich eingesperrt und alleine. Niemand wollte mit mir sprechen. Traf man auf der Straße auf Anwohner, vermieden sie stets Augenkontakt. Kein einziges Mal wurde ich begrüßt«, so der Syrer.

Nein, Willkommenskultur sieht tatsächlich anders aus. Als Nabil schließlich den Status eines politischen Flüchtlings mit einer Aufenthaltsgenehmigung von drei Jahren bekam, hielt ihn nichts mehr in der bayerischen Gemeinde. Er ging nach Berlin, um dort alte Freunde wieder zu treffen, beruflich Fuß zu fassen und sich nach Monaten der fehlenden Privatsphäre einen Rückzugsort zu suchen.

Man spricht deutsch – Diskriminierung in staatlichen Behörden

Sei es in der Ausländerbehörde, im Einwohnermeldeamt oder im Jobcenter: Immer wieder treffen Menschen dort auf hohe Hürden und insbesondere Sprachbarrieren. In vielen Behörden werden zwar mittlerweile Wörterbücher auf Computern installiert, um spezielle amtsdeutsche Vokabeln ins Englische zu übersetzen – es gibt aber immer noch eine Vielzahl von Ämtern, in denen Ausländer_innen mit der Aufforderung »Nur Deutsch!« begrüßt werden.

Für Geflüchtete, die während ihres laufenden Asylverfahrens keinen Anspruch auf einen Deutschkurs haben, ist dies besonders fatal. Ihnen ist es kaum möglich, allein ihren Alltag zu bestreiten. Für Behördenbesuche müssen sie im Glücksfall auf deutschsprachige Freund_innen und Ehrenamtliche zurückgreifen. »Einmal habe ich niemanden gefunden, der mich zum Jobcenter begleiten konnte. Da musste ich mit einem Dolmetscher gehen, der mich 100 € gekostet hat«, erzählt Nabil.

»Jobcenter?! Nein, solche Mieter wollen wir nicht.«

Über 60 Wohnungen hat Nabil in Berlin besichtigt. Immer wieder hörte er denselben Satz: »Jobcenter?! Nein, solche Mieter wollen wir nicht.« Auf Nachfrage berichtet ein Vermieter unverblümt:

»Das wissen wir doch alle, dass sich diese Hartz IV-Empfänger ihre Miete vom Jobcenter auszahlen lassen, um sich davon Schnaps und Zigaretten zu kaufen; und wir bleiben auf den Mietschulden sitzen.« Es sind Vorurteile wie diese, die eine Wohnungssuche enorm erschweren.

Über ein halbes Jahr hat Nabil gesucht, bis er schließlich eine bezahlbare Wohnung fand, bei der die Mietzahlung durch das Jobcenter akzeptiert wurde. »Viele Freunde und Freiwillige haben mich bei der Wohnungssuche unterstützt. Ohne deren Einsatz wäre ich heute wohl noch wohnungslos«, sagt Nabil.

Auf diese Probleme stoßen viele Flüchtlinge, die nach der Anerkennung zwar eine eigene Wohnung beziehen können, aber einfach keine finden. Einige müssen über mehrere Jahre im Flüchtlingsheim leben, das eigentlich nur als Übergangslösung gedacht ist. Wenn die Plätze in der Unterkunft dann für neue Asylsuchende benötigt werden, werden anerkannte Geflüchtete oftmals in Obdachlosenheimen untergebracht. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund braucht es Stellen für Sozialarbeiter_innen zur gezielten Unterstützung der Wohnungssuchenden und größere Kontingente bei den Wohnungsgesellschaften. Denn nicht jeder anerkannte Flüchtling verfügt über ein solches Netzwerk von Freund_innen, die ihn unterstützen, wie Nabil.

Engagement für Flüchtlinge auch nach der Anerkennung

Weil Vorurteile und Diskriminierung mit der Anerkennung nicht enden, darf auch das Engagement für Flüchtlinge nicht enden, wenn ihr Aufenthaltsstatus vorläufig gesichert ist. Dabei geht es nicht um paternalistische Hilfe, also Bevormundung, denn Geflüchtete sind sehr gut darin, Netzwerke in Form von Hilfe zur Selbsthilfe aufzubauen. »Wir sind mittlerweile eine Gruppe von zehn Syrern. Wir helfen uns beim Einrichten der Wohnung gegenseitig. Dabei halten wir Ausschau nach günstigen Möbeln und treffen uns dann zum gemeinsamen Aufbau«, berichtet Nabil. Was Flüchtlinge brauchen, sind Menschen, die ihnen vorurteilsfrei begegnen, um ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, in Deutschland ein neues Leben aufzubauen.

*Name geändert



© Chris Grodotzki

Ökohaus Rostock: Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen

Laura Piotrowski

Der Rostocker »Ökohaus e.V.« trägt verschiedenste ökologische, soziale und entwicklungspolitische Projekte – seit 1997 ist er zudem Betreiber von Flüchtlingsunterkünften. Dort ist zu beobachten, wie die Forderung nach menschenwürdiger Unterbringung praktisch umgesetzt werden kann.

1990 gründeten engagierte Menschen, die sich aktiv in die Gestaltung demokratischer und solidarischer Gesellschaftsstrukturen einbringen wollten, den gemeinnützigen Verein »Ökohaus e.V.« Zweck des Vereins ist die Förderung von Bildung und Erziehung mit dem Ziel, Mitmenschen zu ökologischem, sozialem, solidarischem und basisdemokratischem Bewusstsein zu ermutigen und zu befähigen. In diesem Sinn engagieren sich die Vereinsmitglieder auch in der Flüchtlingspolitik. Im Mai 1992, noch vor dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, wurde eine Begegnungsstätte für Migrierte geschaffen. »Zielgruppe unserer Arbeit waren alle Menschen ohne deutschen Pass, die damals in Rostock lebten, aber besonders Flüchtlinge. Immer wieder wurden wir mit Fragen und Sorgen von Asylbewerbern konfrontiert«, erläutert Steffen Vogt vom Verein.

Seit Ende der 90er Jahre betreibt Ökohaus e.V. zudem selbst Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende in der Hansestadt. Dass ein Verein, der sich kritisch mit Flüchtlingspolitik und Rassismus auseinandersetzt, eine Asylunterkunft betreibt, war damals in Deutschland einmalig. »Der Schritt war richtig«, so Vogt weiter. Im Vorfeld der Einrichtung der ersten Unterkunft kam es aber auch zu heftigen Protesten. »Nachbar_innen hatten Ängste, Gerüchte über eine Luxussanierung wurden gestreut, eine Bürgerinitiative gegen das Heim gründete sich. Gemeinsam mit der Stadt haben wir darauf reagiert. Besonders die Hansestadt Rostock hat hier vieles richtig gemacht. Die Verantwortlichen in der Verwaltung haben sich von Anfang an klar dazu bekannt, Flüchtlinge aufzunehmen, und die Entscheidung, eine Unterkunft mitten im Wohngebiet zu eröffnen, offensiv vertreten. Das war kein Jammern wie in anderen Städten, á la ‚Wir müssen, wir wollen ja nicht!‘, sondern ein klarer Tenor. Die Stadt hat deutlich gemacht, dass sie es richtig findet, Asylsuchende aufzunehmen, und dass es der Stadt gut tut, diese auch zu integrieren.« Ökohaus e.V. seinerseits hat konsequent auf Aufklärung gesetzt. Im Stadtteil wurden Infoblätter verteilt und Gesprächsbereitschaft signalisiert, viele Bürger_innen wandten sich mit Fragen an den Verein. Vor der Eröffnung fand ein Tag der offenen Tür statt, um die Nachbarschaft einzuladen und so Vorurteile abzubauen. Nach dem Einzug war es deshalb relativ schnell ruhig. »Das waren klassische Nachbarschaftsgeschichten. Mit Informationen und über Aushandlungsprozesse haben wir das gelöst. Das einzige, was wir und die Stadt nicht verhandelt haben, war die Tatsache der Unterbringung und der Standort an sich«, sagt Vogt.

Das Leben in Gemeinschaftsunterkünften hat Vorteile – soll aber nicht auf Dauer sein

»Asylsuchende in Wohngebieten und nicht im Abseits unterzubringen, halten wir nach wie vor für die richtige Lösung. Für eine

schnelle und gute Integration finden wir es notwendig, dass Menschen am alltäglichen Leben teilhaben können«, erläutert Vogt. Laut Vogt hat die Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften des Vereins viele Vorteile. Sie bietet einen geschützten Raum, in dem die Ankommenden in der neuen Umgebung zur Ruhe kommen können. Ein größerer Teil der Flüchtlinge habe Traumata oder sei medizinisch unterversorgt. In den Unterkünften ist eine direkte Ansprache und Begleitung möglich, es gibt viele Beratungsangebote und Deutschkurse. Bis heute ist der Verein als Betreiber offen für Fragen der Anwohnenden; wenn Probleme auftauchen, werden diese gemeinschaftlich gelöst.

Ziel müsse es aber sein, die Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft nur vorübergehend zu gestalten, in der ersten Phase des Ankommens. »In der Gemeinschaftsunterkunft zu leben, ist auf Dauer ein Integrationshemmnis. Und ein Problem bleibt mangelnde Privatsphäre. Wir können leider nicht verhindern, dass sich Menschen auch Zimmer teilen müssen. Aber für eine Phase des Übergangs und Ankommens kann das ja auch ganz gut sein, nicht allein zu sein«, findet Vogt. Danach sollten die Flüchtlinge in eigene Wohnungen ziehen können, auch wenn ihr Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. In dezentralen Unterbringungen steht jedoch oft zu wenig Betreuung zur Verfügung. Geflüchtete sind häufig mit ihren Problemen allein gelassen. Durch die gestiegene Zahl von Flüchtlingen sind geeignete Wohnungen zudem rar geworden.

Für eine aktive Willkommensstruktur

Rassismus in der Mitte der Gesellschaft begegnet Vogt auch noch mehr als 20 Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Er meint, das würde sich nicht grundlegend ändern. Aber man könne mit einem langen Atem die Stimmung positiv verschieben. Gegen Rassismus engagiert sich der Verein schon lange und macht auf menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft aufmerksam. Es gibt Bildungsangebote, Workshops zum Thema Flucht und Asyl und auch eine Kooperation mit der Beratungsstelle für Betroffene rassistischer Gewalt Lobbi e.V. So gestaltet der Verein eine aktive Willkommensstruktur in der Hansestadt mit.

www.oekohaus-rostock.de



© Ökohaus Rostock

Flüchtlinge gemeinsam willkommen heißen – Die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Die AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge e.V. setzt sich aus Vertreter_innen aus zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen, Politik, Kirche und Einzelpersonen zusammen, die für ein menschenwürdiges Leben Geflüchteter und den Abbau von Vorurteilen in der Mehrheitsgesellschaft kämpfen. Seit 2008 zeigt sie, wie die Eingliederung von Flüchtlingen in die Gesellschaft aussehen kann: Bereits kurz nach ihrer Gründung organisierte die Arbeitsgemeinschaft Deutschkurse und Begegnungsnachmittage im Asylsuchendenheim Langburkersdorf. Aktuell widmet sie sich – neben Projekten von und mit Flüchtlingen wie der im Dezember 2015 eröffneten Fahrradwerkstatt auf dem Pirnaer Sonnenstein oder dem Projekt »Kochen über den Tellerrand« – vor allem dem Aufbau von Unterstützungsstrukturen im Landkreis.

Die AG Asylsuchende engagiert sich für die dezentrale Unterbringung der Geflüchteten. Inzwischen leben 60% der Menschen in Wohnungen in den Städten und Gemeinden des Landkreises. Das 2014 im Landkreis verabredete Solidarprinzip – die Gemeinden nehmen entsprechend ihrer Einwohnerzahl Flüchtlinge auf – bedeutete auch für die AG Asylsuchende, nach neuen Wegen zu suchen. Wenn geflüchtete Menschen über den Landkreis verteilt in zahlreichen Orten untergebracht werden sollen, braucht es lokale Unterstützungsstrukturen. Erfahrungen in der Professionalisierung von Ehrenamtlichen hatte die AG seit zwei Jahren mit ihrem Pat_innenstammtisch gesammelt. Gemeinsam mit dem Kulturbüro Sachsen und dem Sächsischen Flüchtlingsrat entwickelte sie Unterstützer_innenschulungen, in deren Konzept die professionelle Sicht der Flüchtlingssozialarbeit der Caritas und Erfahrungen aktiver Pat_innen einfließen. Ziel ist es, den rassistischen Mobilisierungen Menschlichkeit und zivilgesellschaftliches Engagement entgegenzusetzen und Menschen zu stärken, die sich für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen. In den Schulungen wird Wissen zu den Themen Flucht und Asyl vermittelt und die Situation Geflüchteter sowie ihre Möglichkeiten der Teilhabe besprochen. Die Teilnehmenden treffen zum Abschluss der Workshops konkrete Entscheidungen, ob sie sich als Pat_in oder in einem Willkommensbündnis engagieren oder einfach »nur« Vorurteile gegenüber Flüchtlingen nicht unwidersprochen hinnehmen wollen. Sie haben eine Vorstellung davon, was die Aufgaben professioneller Flüchtlingssozialarbeit sind und wo die Möglichkeiten und Grenzen ehrenamtlichen Engagements liegen.

2015 führte die AG Asylsuchende acht Unterstützer_innenschulungen durch und schuf damit die Grundlage für neue Willkommensbündnisse u.a. in Freital, Stolpen, Dippoldiswalde, Altenberg, Tharandt und Bad Schandau, die eng mit den hauptamtlichen Flüchtlingsdiensten zusammenarbeiten. Einzelne Bündnisse entstanden, bevor die ersten Flüchtlinge im Ort waren – auf diese Weise konnte den neu Ankommenden ein wirkliches Willkommen bereitet werden. Mit Fördermöglichkeiten, Erfahrungsaustausch u.v.m. steht die AG den Bündnissen weiterhin zur Verfügung.

Die Erfahrungen der AG Asylsuchende zeigen, dass Unterstützer_innenschulungen eine geeignete Form sind, Informationen zu bekommen, Gleichgesinnte kennenzulernen, sich über Möglichkeiten und Grenzen ehrenamtlichen Engagements auszutauschen und konkretes Engagement zu organisieren. Sie eignen sich als Auftakt für eine lokale Willkommensinitiative und wirken in das Gemeinwesen. Menschen, die sich mit ihrem Ort identifizieren, können so gemeinsam rassistischen Mobilisierungen entgegentreten, sich praktisch für Flüchtlinge engagieren und pro dezentrale Unterbringung positionieren. Das Modell der Unterstützer_innenschulungen wird deshalb inzwischen auch über den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hinaus nachgefragt. Im November 2015 wurde das Projekt »Flüchtlinge gemeinsam im Landkreis willkommen heißen – Aufbau und Begleitung von Willkommensbündnissen« im Rahmen des Bundeswettbewerbs »Menschen und Erfolge – In ländlichen Räumen willkommen« mit einem Preis geehrt.

www.ag-asylsuchende.de



Flüchtlingen ein Zuhause geben

Marius Hellwig

Warum können geflüchtete Menschen in Deutschland nicht einfach in Wohnungen statt in Massenunterkünften wohnen? Diese Frage stellten sich die Initiator_innen des Projekts Flüchtlinge Willkommen und fanden eine praktische Antwort: eine online Wohnungsbörse, bei der Geflüchtete an Menschen, die eine private Wohnmöglichkeit anbieten wollen, vermittelt werden. Dabei sind alle möglichen Wohnkonstellationen denkbar – sei es ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft, einer Familie oder in Einzelhaushalten. Wichtig ist den Betreibenden der Plattform vor allem, dass ein aktives Zusammenleben die Geflüchteten aus der Isolation der Massenunterkünfte herausholt und ihnen ermöglicht, sich ihr eigenes Zuhause einzurichten. Daher vermittelt die Initiative die Zimmer immer für mindestens sechs Monate und verzichtet darauf, Geflüchtete in leerstehenden Wohnungen oder in Durchgangszimmern unterzubringen.

Das Projekt entstand, als Mareike Geiling, eine der Initiator_innen, im September 2014 ihr WG-Zimmer in Berlin zwischenvermieten wollte und mit ihrem Mitbewohner Jonas Kakoschke auf die Idee kam, es einem Geflüchteten anzubieten. Zuvor hatten sie sich intensiv mit der Situation von geflüchteten Menschen in Deutschland auseinandergesetzt und sich gefragt, was sie selbst für deren Integration tun können. Sie sahen dabei vor allem die Zustände in den Massenunterkünften, in denen die Geflüchteten kaum eine Chance auf Privatsphäre haben und oftmals am Rand der Städte leben, als großes Hindernis. Doch auch bei ihrem Versuch, einen Geflüchteten bei sich wohnen zu lassen, sahen sich die beiden mit Problemen konfrontiert: An erster Stelle stand die Frage, wie die Miete für das Zimmer aufgebracht werden soll, wenn der Geflüchtete selbst rechtlich keine Chance hat, Geld zu verdienen. Also fragten sie in ihrem Bekanntenkreis nach Unterstützung – daraus wurde ein Crowdfunding-Projekt, mit dem die Miete aus privaten Spenden gedeckt werden konnte. So konnte Bakary, der aus Mali nach Deutschland gekommen war, in ihrer WG einziehen.

Ihre Erfahrung hat Mareike und Jonas zum Nachdenken gebracht: Wenn die Idee, Geflüchtete in privaten Unterkünften unterzubringen, in ihrem Fall funktioniert hat – warum sollte sie dann nicht auch bundesweit und für andere Formen des Zusammenlebens funktionieren? So entstand ihre Matching-Plattform, deren Erfolg die Initiator_innen selbst überrascht hat. Bereits in der ersten Woche registrierten sich 80 Menschen mit einem Zim-

mer, und bis Anfang 2016 konnten 265 Zimmer in ganz Deutschland vermittelt werden.

Ob es tatsächlich zur Vermittlung kommt, hängt von vielen Faktoren ab: Oftmals werden Zimmer nur für anerkannte Geflüchtete angeboten, zum Teil haben Vermietende und Suchende nicht zu vereinbarende Vorstellungen, oder die Kooperation mit den lokalen Behörden verläuft nicht erfolgreich. Kommt es jedoch zu einem erfolgreichen Matching, treffen sich Suchende und Anbietende mit einer/m Begleiter_in des Projekts, die/der die Wohngemeinschaft auch längerfristig betreut. Die Miete wird immer extern finanziert, entweder über Sozialamt und Jobcenter oder durch Mikrospenden.

Mittlerweile vermittelt »Flüchtlinge Willkommen« Zimmer in 20 deutschen Städten. Vor allem der medial begleitete Anstieg der Zahlen von Neuankommenden im Spätsommer 2015 hat die Neuregistrierungen von Wohnungen in die Höhe schnellen lassen, was zunächst dazu führte, die Anzahl der Städte zu begrenzen, um effektiver arbeiten zu können. Durch eine breitere regionale Aufstellung sollen jedoch 2016 wieder mehr dazukommen.

Auch wer kein Zimmer anzubieten hat, kann das Projekt unterstützen: als ehrenamtliche_r Begleiter_in einer Wohngemeinschaft, als Aktivist_in in den Lokalgruppen, die es mittlerweile in fast allen Städten gibt, in denen Geflüchtete vermittelt werden konnten, oder durch Spenden für die Mieten.

<http://www.fluechtlinge-willkommen.de/>



Eine Tafel für alle

Marius Hellwig

Die Berliner Tafel unterstützt mit ihren LAIB und SEELE-Ausgabestellen bedürftige Menschen mit Lebensmitteln. Seit Sommer 2015 kommen zusätzlich zu den monatlich etwa 50.000 Menschen immer mehr Geflüchtete – was zu einigen Diskussionen geführt hat.

Die Vorsitzende und Gründerin der Berliner Tafel, Sabine Werth, hat sich zum Jahreswechsel 2015/16 in einer Stellungnahme klar für die Unterstützung von Geflüchteten ausgesprochen. Für sie ist es eine Selbstverständlichkeit, dass sich das Angebot des Vereins an alle bedürftigen Menschen richtet, ungeachtet ihrer Herkunft: »Wir können doch nicht sagen, wir möchten Menschen ein menschenwürdiges und gerechteres Leben in unserer Gesellschaft ermöglichen, aber für Flüchtlinge gilt das nicht!«

Schon heute gibt es klare Richtlinien, wen die 45 Ausgabestellen in Berlin unterstützen. So müssen die bedürftigen Menschen nachweisen, dass ihnen weniger als 800 € monatlich zur Verfügung stehen, um sich selbst zu versorgen. Dadurch scheidet grundsätzlich all diejenigen aus, die in den Unterkünften vollständig versorgt werden. Die hilfeberechtigten Geflüchteten können dann einmal die Woche die Ausgabestellen aufsuchen, und zwar nur jene, die für den Bezirk, in dem sie untergebracht sind, zuständig sind.

In den letzten Monaten seien jedoch viele geflüchtete Menschen willkürlich zu den Ausgabestellen geschickt worden, selbst beim Lager des Vereins erschienen sie, erzählt Werth. Die Behörden erwarteten offenbar, dass die ehrenamtliche Arbeit der Berliner Tafel die Nahrungsversorgung der Geflüchteten übernehmen würde. Das sei jedoch eine staatliche Aufgabe, die auf politischer Ebene gelöst werden müsse, so Werth. Die Tafeln können und wollen diese nicht übernehmen und sich nicht durch finanzielle Unterstützung vom Staat abhängig machen.

Die Annahme, die Tafeln würden pauschal alle Geflüchteten versorgen, ist daher genauso unbegründet wie die Sorge, die Neunkommenden würden den Etablierten etwas wegnehmen. Stattdessen sind die Mittel des Vereins durch die Nahrungsspenden begrenzt. Diese werden dann gerecht verteilt. Zudem betont Sabine Werth, dass es keinen Anspruch auf die Unterstützung der Tafeln geben kann, da deren Arbeit ehrenamtlich ist. Auch Berichte, bundesweit hätten sich einzelne Tafeln gegen die Unterstützung von Geflüchteten entschieden, seien nicht korrekt: Vereinzelt kam es zwar zu Annahmestopps von Neuregistrierungen, diese betrafen aber deutsche Bedürftige genauso wie die neuankommenden.

Deutschlandweit werden momentan ca. 200.000 Geflüchtete von den Tafeln unterstützt. Dass die Integration von größeren Gruppen Geflüchteter nicht ohne Probleme verläuft, ist für die Vorsitzende der Berliner Tafel kein Grund zur Sorge. Die 1.300 Ehrenamtlichen in Berlin seien selten für die Arbeit mit Geflüchteten geschult, und Sprachbarrieren können schnell zu Missverständnissen führen. Daher werden die Regeln der LAIB und SEELE-Ausgabestellen mittlerweile in verschiedenen Sprachen ausgehängt.

Zum Teil waren auch ablehnende bis offen rassistische Äußerungen über Geflüchtete von Gästen der LAIB und SEELE-Ausgabestellen zu hören. Hier greifen die Helfenden klar durch und verweisen Menschen, die sich rassistisch äußern, aus den Ausgabestellen.

Über die Unterstützung mit Lebensmitteln hinaus kann die Arbeit der Tafeln langfristig eine Möglichkeit sein, Geflüchtete in die Gesellschaft zu integrieren. Hier kommen sie mit anderen Menschen in Kontakt und können sich auch selbst ehrenamtlich engagieren.

www.berliner-tafel.de
www.tafel.de

© Berliner Tafel



Wie die Qualifizierung von Flüchtlingen gelingen kann

Marie Becker

Zwischen 15 und 20% der Geflüchteten haben Abitur, etwa jede_r zehnte ist Akademiker_in. Eigentlich gute Voraussetzungen, um eine Arbeit, einen Ausbildungs- oder Studienplatz in Deutschland zu bekommen. Der Zugang für Flüchtlinge zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt hängt jedoch von ihrem Aufenthaltsstatus ab. Je unsicherer dieser ist, desto größer die Hürden. Gerade bei Geduldeten hat sich gezeigt, dass sich der Zustand der Duldung über Jahre hinziehen kann. Dadurch ist ihre Lage im Hinblick auf die Integrationsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt besonders prekär.

Deutschkenntnisse als Schlüssel

Unter dem Druck des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels ist die Bundesregierung seit einiger Zeit zu Zugeständnissen bereit. Seit 2014 können asylsuchende oder geduldete Geflüchtete nach drei Monaten eine Arbeit und eine betriebliche Ausbildung aufnehmen. Unterstützung erhalten sie dabei aber kaum. Im Gegenteil, ihnen werden häufig so viele finanzielle und bürokratische Hürden in den Weg gelegt, dass ihr berufliches Fortkommen einem Spießrutenlauf gleicht.

Dieser Spießrutenlauf beginnt zunächst mit fehlenden Möglichkeiten, Deutsch zu lernen. »Gute Deutschkenntnisse sind unabdingbar, um eine Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu haben«, betont Tanja Hofbeck, Lehrerin an der Don Bosco Berufsschule der Caritas in Würzburg. Doch im Gegensatz zu Flüchtlingen mit einer Aufenthaltserlaubnis stehen asylsuchenden und geduldeten Geflüchteten Deutschkurse nicht kostenlos zur Verfügung. Selbst wenn sie mit einem höheren Schulabschluss kommen, müssen viele noch einmal von Null beginnen, da ihre Abschlüsse häufig nicht als gleichwertig anerkannt werden.

Geflüchtete aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten dürfen für die gesamte Dauer der Bearbeitung ihres Asylantrags keiner Arbeit nachgehen.

»Es fehlen einheitliche Standards«

Im Hinblick auf die Deutschkurse sieht Tanja Hofbeck nicht nur ein quantitatives, sondern auch ein qualitatives Problem: »Deutschkurse werden von Trägern mit sehr unterschiedlichen Herangehensweisen angeboten. Es fehlt an einheitlichen Standards. Geflüchtete brauchen nicht nur allgemeine Deutschkenntnisse, sondern vor allem Fachkenntnisse für den Bereich, der für sie in Frage kommt.« Und selbst wenn Flüchtlinge es soweit geschafft haben, dass sie sich auf die Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz machen können, schrecken die meisten Unternehmen vor dem bürokratischen Aufwand, der bei einer Einstellung anfällt, zurück. Hinzu kommt bei vielen Arbeitgebern die Furcht, Zeit und Geld in einen Menschen zu investieren, der jeden Moment abgeschoben werden könnte.

Die Situation von Geflüchteten, die eine Ausbildung absolvieren, soll durch die Neuerungen des »Asylpakets II« verbessert werden, so dass sie unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatut nach ihrer Ausbildung zwei Jahre in Deutschland arbeiten dürfen.

Vorrangprüfung als Instrument der Desintegration

Geduldeten und asylsuchenden Geflüchteten, die diese Hürden überwinden konnten und der Ausländerbehörde ein konkretes Jobangebot vorlegen, können sich bisher auch dann noch nicht sicher sein, den Job auch antreten zu dürfen. Denn zunächst wird dieses Angebot von der Agentur für Arbeit geprüft. Dabei wird unter anderem geschaut, ob für die Stelle nicht ein_e deutsche_r Staatsbürger_in oder ein Geflüchteter mit Aufenthaltserlaubnis in Frage kommt, die sogenannte Vorrangprüfung. PRO ASYL kritisiert, dass dadurch oft Stellen von Flüchtlingen akquiriert werden, die die Arbeitsagenturen dann an andere vermitteln. Flüchtlinge, die versuchen, sich ein eigenes Leben aufzubauen, werden dadurch weiter isoliert und demotiviert. Diese Vorrangprüfung entfällt nach 15 Monaten.

Die Kluft zwischen Paragraph und Lebenssituation

All diese Vorschriften berücksichtigen in keiner Weise, dass sich die Flüchtlinge allein schon aufgrund ihrer Fluchtgeschichte in Ausnahmesituationen befinden. Dies macht sich auch auf schulischer Ebene bemerkbar. So scheitern Tanja Hofbecks Schüler_innen in der Prüfung der Industrie- und Handelskammern an vermeidbaren Dingen. Viele bräuchten nur ein bisschen mehr Zeit oder die Hilfe eines Wörterbuchs, um die Prüfung zu bestehen. »Bei jedem Jugendlichen mit einem sicheren Aufenthaltsstatus gibt es die Möglichkeit, einen Nachteilsausgleich zu stellen oder besondere Förderungsmaßnahmen zu beantragen«, erklärt Hofbeck. »Für einen traumatisierten Flüchtling mit unsicherem Aufenthaltsstatus, der eine ganz neue Sprache erlernen muss, gibt es dies nicht, obwohl es dringend notwendig wäre.«

Mit eigenen Initiativen etwas verändern

Bis sich für die Flüchtlinge mit unsicherem Aufenthaltsstatus etwas grundlegend ändert, sind sie auf private Initiativen angewiesen, die versuchen, die Lücke, die die staatlichen Akteure hinterlassen, zu schließen. Die Amadeu Antonio Stiftung hat solch eine Initiative über mehrere Jahre finanziell unterstützt: Das Projekt Haus Potsdam-Babelsberg ist ein selbstorganisiertes Zentrum, das Bildung, Arbeit, politisches und soziales Engagement, Kultur und Wohnen miteinander verbindet. Vor ein paar Jahren wurden dort die ersten Qualifikationsmöglichkeiten für Flüchtlinge angeboten. Rund 250 Geflüchtete haben das Projekt »Integration durch Qualifikation« bereits durchlaufen. Neben Sprachkursen gibt es Seminare in den Bereichen Handwerk, Technik, Gartenarbeit und Computer. Darüber hinaus steht Geflüchteten das ganze Programm des Projekthauses offen. So können sie Vorträge halten oder selbst zu Multiplikator_innen für andere Flüchtlinge werden. 2015 wurde das Qualifikationsprojekt erweitert, um den Geflüchteten Ausbildungs- oder Arbeitsplätze vermitteln zu können.

Medizinische Versorgung von Geflüchteten

Die »Medibüros« und »Medinetze« sind selbstorganisierte, nicht-staatliche Projekte. In 33 Städten in Deutschland vermitteln sie Menschen ohne Aufenthaltsstatus und Krankenversicherung anonyme und kostenlose Behandlung durch qualifiziertes medizinisches Fachpersonal. Jan Riebe sprach mit Elène Misbach vom Medibüro Berlin über die medizinische Versorgung von Geflüchteten.

Welche Rechte haben Geflüchtete im Krankheitsfall?

Die vorgesehene Gesundheitsversorgung ist für alle Gruppen geflüchteter Menschen in Deutschland im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) festgelegt. Dies gilt für Asylsuchende ebenso wie Migrant_innen ohne regulären Aufenthaltsstatus. Unter die Versorgung nach AsylbLG fallen »akute Erkrankungen« und »Schmerzzustände«, Versorgung bei Schwangerschaft und Geburt, Schutzimpfungen sowie alles, was zur »Sicherung der Gesundheit unerlässlich« ist. Bei diesen Formulierungen gibt es einen erheblichen interpretierbaren Spielraum. Das führt oft zu Verunsicherungen und restriktiven Auslegungen. Deswegen ist meist von der »reduzierten« Versorgung nach AsylbLG die Rede. Daher brauchen Geflüchtete Unterstützende, die sie auf ihr Recht auf medizinische Versorgung hinweisen. Erst nach 15 Monaten Aufenthalt besteht in der Regel ein Rechtsanspruch auf Leistungen entsprechend der Sozialhilfe – einschließlich der gesetzlichen Krankenversicherung.

Dürfen im Notfall Unterstützende direkt den Notarzt oder die Notärztin rufen?

Ja, sie müssen sogar. Es darf niemandem eine Versorgung im Notfall verweigert werden – das gilt auch für Menschen, die in der Illegalität leben. Leider passiert das trotzdem, vor allem, wenn die Finanzierung der Behandlung unsicher ist. Vielfach werden Notfälle erst in Sammelunterkünften oder bei der Registrierung durch Helfende erkannt. Es hängt oft von der Haltung des Wachpersonals ab, ob Notärzt_innen gerufen werden oder nicht.

Welche Probleme entstehen aus dieser Situation für die Geflüchteten?

Viele neuankommende Geflüchtete können sich zunächst nicht regulär behandeln lassen, da dies eine Registrierung voraussetzt. Zudem müssen Geflüchtete erst einen Krankenschein beim zuständigen Sozialamt beantragen, damit dieses die Kosten übernimmt. Erst nach dessen Gewährung können die Geflüchteten zum Arzt gehen. Hierdurch gibt es erhebliche zeitliche Verzögerungen, die zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu lebensbedrohlichen Situationen führen können.

In einigen Kommunen und Ländern werden inzwischen immerhin quartalsweise Krankenscheine ausgegeben. Dennoch besteht weiterhin die Problematik, dass medizinisch fachfremde Verwaltungsmitarbeitende über den Bedarf an medizinischer Versorgung entscheiden.

Auch die Übernahme der Kosten für Sprachvermittelnde, auf die die meisten Geflüchteten einen Anspruch haben, muss extra beantragt werden, was langwierig sein oder ganz abgelehnt wer-

den kann. Das Medibüro hat eine Liste ehrenamtlicher Dolmetscher_innen, die die Menschen bei Bedarf zur Arztpraxis begleiten können. Wir haben auch vermerkt, in welchen kooperierenden Praxen welche Sprachen gesprochen werden. Im ländlichen Raum ist die Situation gravierend, da es für die meisten Sprachen, wenn überhaupt, nur in den größeren Städten Sprachmittelnde gibt.

Was machen Geflüchtete, die noch nicht registriert sind, wenn sie krank werden?

In vielen Städten haben sich Hilfsstrukturen rund um die Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte gegründet, teilweise unter Beteiligung von Willkommensinitiativen und ehrenamtlich engagierten Ärzt_innen und Menschen aus anderen Gesundheits- und Pflegeberufen. Oft werden diese Hilfsstrukturen über die Wohlfahrtsverbände koordiniert. Sie springen in die aktuellen Versorgungslücken – was auf Dauer keine Lösung sein kann. Schließlich handelt es sich um existenzielle Versorgungsansprüche und staatliche Pflichtaufgaben. Außerdem ist es möglich, per Eilantrag den Anspruch auf eine dringende Krankenhilfe gerichtlich durchzusetzen.

Wie sieht die Arbeit des Medibüros aus?

Das Medibüro in Berlin hat sich Mitte der 90er Jahre gegründet, um die Gesundheitsversorgung von illegalisierten Migrant_innen zu verbessern. Theoretisch haben auch Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland einen Anspruch auf medizinische Versorgung nach AsylbLG, praktisch können sie diesen Anspruch jedoch nur um den Preis der Inhaftnahme und wahrscheinlichen Abschiebung geltend machen. Hintergrund ist die Datenübergangspflicht im Aufenthaltsgesetz: Behörden sind verpflichtet, bei Kenntnis eines »illegalen Aufenthalts« die Personendaten an die Ausländerbehörde weiterzuleiten. Die betroffenen Menschen fallen somit faktisch aus der regulären Gesundheitsversorgung heraus. Wir vermitteln sie daher an medizinisches Fachpersonal, die sie unbürokratisch, anonym und kostenlos behandeln. Unsere Arbeit ist unentgeltlich, aber die teuren Krankenhausaufenthalte, Operationen und Medikamente müssen bezahlt werden. Dafür benötigen wir Spenden.

Heute kommen viele Geflüchtete und auch Migrant_innen aus den neueren EU-Beitrittsländern zu uns, die einen Anspruch auf Versorgung hätten, ohne unmittelbar von Abschiebung bedroht zu sein. Sie müssen aber z.B. lange auf ihre Registrierung warten, es bestehen sozialrechtliche Unklarheiten oder sie erhalten aufgrund rassistischer und bürokratischer Schikane keinen Zugang zu Versorgungsleistungen. Die aktuelle Nachfrage sprengt unsere Kapazitäten.

Versteht ihr eure Arbeit als politisch?

Ja. Wir sind keine humanitäre Struktur, die kritiklos unentgeltlich staatliches und behördliches Versagen abdeckt. Als antirassistische Initiative legen wir den Finger auf die Wunde und versuchen deutlich zu machen, wo aufgrund der restriktiven Migrationspolitik Versorgungslücken bestehen. Bei medizinischer Versorgung

handelt es sich um das Recht eines jeden Menschen, das der Staat gewährleisten muss. Grundsätzlich stecken wir in dem Dilemma: Zum einen drängen wir den Staat, seinen Pflichten nachzukommen, andererseits betreiben wir eine Nischenpolitik, die versucht, die Lücken in der Versorgung möglichst autonom zu lösen. Wichtig ist es, solche Parallelstrukturen nicht zu verfestigen. Vielmehr wollen wir für politische Verhältnisse sorgen, die unsere Arbeit langfristig überflüssig machen.

Wie könnte die Situation für Geflüchtete verbessert werden?

Der erste Schritt wäre die Eingliederung aller Leistungsberechtigten in die regulären sozialen Sicherungssysteme. Die Medibüros fordern schon seit langem, dass Geflüchtete – und zwar unabhängig vom Aufenthaltsstatus – einen regulären Zugang zum Gesundheitssystem bekommen. So lange es dafür keine politischen Mehrheiten gibt, muss zumindest eine elektronische Gesundheitskarte für alle, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz fallen,

eingeführt werden. Für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus ist die Einführung eines anonymisierten Krankenscheins – auch in Kombination mit einer elektronischen Chipkarte – eine Option. In Niedersachsen sind Anfang 2016 zwei solcher Pilotprojekte gestartet.

Medibüro Berlin: www.medibuero.de

Medibüros/-netze bundesweit:

www.medibueros.m-bient.com/standorte.html

Informationen zur elektronischen Gesundheitskarte:

<http://gesundheit-gefluechtete.info/gesundheitskarte/>

Informationen für Ärzt_innen und Psychotherapeut_innen:

http://www.baff-zentren.org/wp-content/uploads/2016/03/BAfF-Fluechtlinge_in_unserer_Praxis.pdf

Traumatische Belastung und posttraumatische Erkrankung

Marius Hellwig

Zwischen 40 und 50% der Menschen, die zurzeit nach Deutschland fliehen, sind laut der Deutschsprachigen Fachgesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT) traumatisch belastet. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie auch posttraumatisch erkranken, wie Boris Friele, Psychologe des Zentrums für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste (zfm), in Berlin betont. Ob jemand, der belastet ist, auch langwierig erkrankt, hängt davon ab, wie sein/ihr Leben vor der Gewalterfahrung war und in welcher Situation er/sie sich befindet, nachdem er/sie der existentiellen Bedrohung entkommen ist. Die tatsächliche Erkrankung entwickelt sich also unter Umständen erst im Exil.

Das zfm ist eine Abteilung des Behandlungszentrums für Folteropfer e.V. (bzfo), welches ein breites Angebot für Menschen mit Folter- und/oder Gewalterfahrungen unterhält. De facto sind dies in Deutschland fast ausschließlich geflüchtete Menschen, fast zur Hälfte minderjährig, die in ihrem Heimatland oder auf der Flucht Diskriminierung oder Verfolgung ausgesetzt waren, durch Kriege Gewalt, Inhaftierung und Folter erlebt haben oder sexuell missbraucht wurden. Die Mehrzahl der in den letzten Jahren aus Syrien, Irak oder Afghanistan Geflüchteten wurden selbst zu Täter_innen, Zeug_innen oder Betroffenen von Gewalt. Von diesen Erfahrungen existentieller Bedrohung erholen sie sich weder körperlich noch seelisch ohne weiteres. Häufig führen diese zu traumatischen Belastungen, aus denen posttraumatische Erkrankungen entstehen können, insbesondere wenn die Geflüchteten in Deutschland weiterhin das Gefühl haben, nicht sicher zu sein. Die unsichere Situation und unklare Zukunftsperspektive im Verlauf des Asylverfahrens, die Angst, zurückkehren zu müssen, eine Unterbringung in Massenunterkünften, mangelnde Versorgung, rassistische Anfeindungen und Konflikte mit anderen Geflüchteten

oder dem Sicherheitspersonal können der seelischen und körperlichen Rehabilitation im Wege stehen.

Belastende Situation im Asylverfahren

In diesen Punkten ist eine umfassende Ankommensstruktur in Deutschland entscheidend: Wer durch ein schnelleres Asylverfahren eine Zukunftsperspektive für sich und seine/ihre Familie entwickeln kann, für den/die ist die Gefahr einer Erkrankung geringer und die Inklusion in die Gesellschaft erfolgsversprechender. Besonders die Situation in den Notunterkünften, die von Enge, gesellschaftlicher Isolation, fehlender Intimsphäre und Langeweile, ohne Möglichkeit einer sinnvollen Beschäftigung, geprägt ist, steht dem im Wege und kann zu Anspannung, Nervosität und Reizbarkeit führen. Die Zahl der psychischen Erkrankungen in Aufnahmezentren steigt nachweislich mit zunehmender Aufenthaltsdauer. Wenn es dann zu Stresssituationen kommt, die die Geflüchteten an vorherige Erfahrungen erinnern, kann dies Ängste auslösen und zu weiteren psychischen oder körperlichen Erkrankungen wie Depressionen, Schlafstörungen und langfristig Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Auch Suchtmittel-Abhängigkeiten sind laut der Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe unter posttraumatisch erkrankten Geflüchteten vermehrt feststellbar.

Jede_r Belastete reagiert unterschiedlich auf ein Trauma – manche erholen sich auch ohne professionelle Hilfe gut. Daher wehrt sich Boris Friele auch gegen das pauschalisierende Bild von Geflüchteten als psychisch Kranken, das diese als unberechenbar und gefährlich stigmatisiert. Kommt es jedoch zu einer posttraumatischen Belastungsstörung, kann diese sehr langwierig sein und auch an spätere Generationen weitergegeben werden, wie die Erfahrung mit Holocaust-Überlebenden zeigt.

Geschützte Räume helfen Erkrankten

Viele der Neuankommenden trauern um den Verlust von Angehörigen oder ihres Besitzes. Sie mussten fluchtartig ihr altes Leben aufgeben und haben ihre Selbstbestimmung verloren. Manche fühlen sich durch ihr bloßes Überleben den Gestorbenen gegenüber schuldig. Sie brauchen Zeit und einen geschützten Raum, um ihre Verluste zu verkraften. Den psychosozialen Behandlungszentren ist es wichtig, durch Angebote wie Einzel- oder Gruppentherapie oder eine Tagesklinik einen solchen Raum zu schaffen, in dem die Leiden der Geflüchteten anerkannt werden und sie die notwendige Versorgung, Sicherheit und Geborgenheit erfahren können.

Im Vergleich zu Therapien für Deutsche erfordert die Arbeit mit Geflüchteten eine stete Anpassung der Angebote: So führen die Integration von Dolmetscher_innen in die Therapiesitzungen, unterschiedliche Konzepte von Scham, Stolz oder Sexualität und spezifische Belastungen aufgrund des Standes des Asylverfahrens zu zusätzlichen Herausforderungen. Im Verlauf des Asylverfahrens drohen Geflüchtete zudem retraumatisiert zu werden, wenn sie von ihrem Leben vor der Flucht erzählen müssen oder an traumatische Erfahrungen erinnert werden, bspw. durch die Verhörssituation in den Ämtern oder durch die Begegnung mit bewaffneten Polizeikräften.

Zahlreiche Geflüchtete unbehandelt

Trotz einer hohen Sensibilität der Ärzt_innen, Sozialarbeiter_innen oder Anwalt_innen bei der Erkennung psychischer Erkrankungen kommt es nur in wenigen Fällen zu einer Therapie, da der steigende Bedarf von den deutschlandweit etwa 30 psychosozialen Zentren kaum kompensiert werden kann. Bundesweit müssen pro Jahr ca. 5.000 Menschen abgewiesen werden, die dann ohne

Versorgung bleiben. In zahlreichen Fällen verweigert das Amt die Kostenübernahme einer Therapie – wie bei Cliff Oase, der 2003 aus Uganda nach Deutschland kam. Ihm wurde von Fachärzt_innen eine schwere posttraumatische Erkrankung attestiert, zudem litt er unter Depressionen. Seine Behandlung unterblieb, da er nicht für die Kosten aufkommen konnte. 2013 nahm er sich in Bayern das Leben.

Oases Schicksal zeigt, welche Konsequenzen es haben kann, wenn eine Psychotherapie aus Kostengründen ausbleibt. Psychotherapeutische Behandlung ist nicht Teil der Mindestversorgung gemäß Asylbewerberleistungsgesetz. Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF) fordert deshalb, Geflüchtete unmittelbar nach ihrer Einreise als Mitglieder der Krankenkassen aufzunehmen und so die gleichen Gesundheitsleistungen wie deutschen Staatsbürgern und Staatsbürgerinnen zu gewähren. Doch anstatt die Versorgung von posttraumatisch Erkrankten zu verbessern und ihnen die nach EU-Recht als »besonders Schutzbedürftige« zustehende Unterstützung zu gewähren, ist im Asylpaket II die Möglichkeit einer schnelleren Abschiebung psychisch erkrankter Geflüchteter vorgesehen. So sollen die Gutachten von Psychotherapeut_innen, die bisher die Aussetzung einer Abschiebung erwirken konnten, zukünftig keine Berücksichtigung finden.

Versorgungsbericht der BAFF zur psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen und Folteropfern in Deutschland: <http://bit.ly/28iHBk>
 Übersicht der BAFF-Zentren: <http://bit.ly/1FvFyii>
 Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste: <http://www.migrationsdienste.org/>



»Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.« (Matthäus 25, 35)

Die christlichen Kirchen als Akteure in der Unterstützung von Geflüchteten

Kristin Witte

»Die ganze Bibel ist ein Buch für Flüchtlinge. Aber auch für ihre Unterstützerinnen und Unterstützer«, erzählt der Berliner Pfarrer Bernhard Fricke. Er ist für die evangelische Kirche als Seelsorger im Brandenburger Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt tätig und engagiert sich außerdem in dem ökumenischen Verein Asyl in der Kirche. Für Fricke steht außer Frage, dass sich die Kirchen – egal ob katholisch, evangelisch oder freikirchlich – für eine antirassistische Gesellschaft einsetzen sollten. Die Begründung findet sich im christlichen Glauben und den Überlieferungen des Alten und Neuen Testaments. Dazu gehört nicht nur die Ebenbildlichkeit der Menschen mit Gott, aus der sich Menschenwürde und gleiche Rechte für alle ableiten. Bernhard Fricke ergänzt: »Gott sieht die Not der Bedrängten und stellt sich ihnen an die Seite. Das tun wir als Christinnen und Christen auch. Auch Jesus identifiziert sich mit den Flüchtlingen und fordert dazu auf, sie aufzunehmen.«

Die Kirchenasylbewegung

Ganz praktisch bedeutet diese Forderung, dass immer wieder Kirchgemeinden Geflüchtete, die akut von Abschiebung bedroht sind, in ihren Räumen aufnehmen – sie geben Kirchenasyl. Die Entstehung der europäischen Kirchenasylbewegung ist eng verknüpft mit der weltweiten Zunahme von Flüchtlingszahlen seit den 1970er Jahren und der gleichzeitigen Verschärfung der Asylgesetzgebung. In einem gesellschaftlichen und politischen Klima, das immer deutlicher von Rassismus geprägt war, entschloss sich 1983 erstmals eine Berliner Kirchengemeinde, palästinensischen Familien Schutz vor einer Abschiebung in das Bürgerkriegsland Libanon zu bieten. Aus einzelnen Gemeinden und Christ_innen wurde über die Jahre ein ganzes Netzwerk, das in Deutschland seit 1994 von dem ökumenischen Verein Asyl in der Kirche koordiniert und unterstützt wird. Dabei wirkt der Verein nicht nur in die Kirchen, um Schwerpunkte in der Flüchtlingsarbeit zu setzen, sondern ist auch Beratungsstelle für Gemeinden, die mit einem Kirchenasyl beginnen möchten oder Unterstützung bei der juristischen Betreuung beherbergter Flüchtlinge brauchen.

Unterstützung, die Zeichen setzt

Ob sich eine Gemeinde für ein Kirchenasyl entscheidet, hängt von vielen Faktoren ab: Können wir einen Raum sowie die notwendigen Mittel zum Überleben zur Verfügung stellen? Wurden alle anderen rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, und besteht die Chance auf eine Lösung, die die Abschiebung vermeidet? Gibt es einen Unterstützer_innenkreis, der die Geflüchteten in das Gemeindeleben einbindet? »Mit dem Kirchenasyl werden die Behörden immer auf das besondere Schicksal eines Einzelnen oder einer Familie hingewiesen. Meistens gelingt es, eine Lösung zu finden. Gleichzeitig wird damit ein Zeichen gesetzt, dass das Asylverfahren nicht immer fehlerfrei ist und die Gesetze nicht in jedem Einzelfall helfen«, berichtet Bernhard Fricke. In den meisten Fällen werden kirchliche Räume und das Engagement der Kirchen von staatlicher Seite respektiert. Theoretisch können auch die Gemein-

den anderer Religionen eine Zuflucht für Schutzsuchende anbieten. So wurden im Sommer 2013 zwölf afrikanische Flüchtlinge von der Moschee-Gemeinde in Glinde bei Hamburg aufgenommen.

Jedes Kirchenasyl ist anders

Die Zahl der Kirchenasyle steigt konstant an. Im Februar 2016 lebten 450 Menschen in 270 verschiedenen Asylen. Viel Medienaufmerksamkeit bekam das Kirchenasyl in der St. Pauli Kirche in Hamburg. Im Sommer 2013 suchten hier 80 ebenfalls afrikanische Geflüchtete Schutz vor der Abschiebung nach Italien. Obwohl Bernhard Fricke betont, dass jedes Kirchenasyl anders ist, erkennt er eine Entwicklung: »Eine besondere Herausforderung in den letzten Jahren sind Kirchenasyle im Dublin II-Verfahren. Danach sollen Flüchtlinge wie jene in Hamburg in das Land zurückgeschoben werden, in dem sie zum ersten Mal in Europa angekommen sind. Manchmal geht das aber nicht, weil die Versorgung ihrer Krankheit dort nicht möglich wäre, weil sie kein faires Verfahren bekommen oder weil ein anderes Land sie in ihre Herkunftsländer abschieben würde.«

Kirchenasyl ist nur ein Anfang

Der Erfolg der Kirchenasylbewegung ist beachtlich. In mehr als 70% aller Fälle konnten Flüchtlinge vor unmenschlichen Härten oder Gefahren für Leib und Leben geschützt werden. Bernhard Fricke denkt außerdem, dass die Härtefallkommissionen in jedem Bundesland ein Erfolg der Bewegung sind. Seit 2005 können hier Petitionen eingereicht und um die Überprüfung einer Entscheidung vor Gericht gestritten werden.

Doch das christliche Engagement für Flüchtlinge sollte nicht beim Kirchenasyl enden. Es braucht Menschen, die in ihren Kirchengemeinden immer wieder durch praktisches Handeln ein Zeichen für Menschenrechte und Humanität setzen. Dafür braucht es Offenheit und Gespräche. »Ich gehe neben meiner eigenen Arbeit in der Abschiebungshaft sehr gerne in Kirchengemeinden, in Gesprächskreise und Gremien, auch um gemeinsam Gottesdienst zu feiern«, berichtet Fricke. »Das Gebet und die Begegnung mit Gott in den Flüchtlingen ist eine große Ermutigung. Und natürlich macht es auch Spaß, an der Gestaltung einer menschlichen Gesellschaft mitzuwirken.«

Position beziehen: Kirche in Sachsen

Diese Mitwirkung und vor allem das christliche Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist auch das Ziel des ökumenischen Zusammenschlusses Arbeitsgemeinschaft Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. In Sachsen beobachtet die AG mit Sorge, dass rechtes Denken immer mehr in die Mitte der Gesellschaft vordringt. Gegründet hat sich die Arbeitsgemeinschaft, um Gemeindeglieder für das Problem zu sensibilisieren und das oftmals »politisch abstinente« Umfeld der sächsischen Kirchen zu aktivem Engagement gegen rechts zu motivieren. Die Bilder der martialischen Fackelmärsche durch Schneeberg im Herbst 2013,

Krawalle gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte 2015 in Heidenau oder Freital, die Pegida-Demos in Dresden – all dies zeigt, wie notwendig eine deutliche Positionierung der Kirchen ist.

Nächstenliebe ist langfristig

Die Antwort dürfen jedoch keine kurzen oder plakativen Aktionen sein. Stattdessen braucht es in den Gemeinden geduldiges und dauerhaftes Engagement. Dabei können die Kirchen einerseits die Aufgabe übernehmen, alle demokratischen Kräfte zu vernetzen und an Runden Tischen zusammenzubringen. Andererseits sollten besonders in ländlichen Räumen die undifferenzierten Ängste der Menschen aufgenommen, angesprochen und durch Begegnungsmöglichkeiten abgebaut werden. Für Karl-Heinz Maischner heißt das: »Jeder Gottesdienst, jede kirchliche Veranstaltung und vor allem jede Möglichkeit öffentlicher Meinungskundgabe kann dazu genutzt werden, sich gegen Menschenfeindlichkeit und für Nächstenliebe zu äußern!«

www.kirchenasyl.de

www.kirche-fuer-demokratie.de



© Bündnis Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!

Muslimisches Engagement für Geflüchtete

Marius Hellwig

Der Großteil der Menschen, die nach Deutschland flüchten, sind Muslime. Von den muslimischen Verbänden im Land wird daher ein besonderer Beitrag zur Hilfe und Integration ihrer »Glaubensbrüder« erwartet. So forderte der ehemalige Bundespräsident Christian Wulf mehr Engagement der Gemeinden, der Vorsitzende der Kurdischen Gemeinde Deutschland, Ali Ertan Toprak, warf den Islamverbänden gar vor, »keinerlei Interesse« an der Unterstützung der Geflüchteten zu zeigen.

Diese Vorwürfe weisen die Verbände sowie der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) zurück: Muslim_innen seien auf vielfältige Weise in der Flüchtlingshilfe aktiv. Die Wahrnehmung, dass muslimische Gemeinden weniger aktiv seien, hänge vor allem damit zusammen, dass ihnen die finanziellen Mittel fehlten, über die christliche Organisationen durch Unterstützung des Staates verfügten. So fehle eine nötige Infrastruktur, um die Unterstützung professionell zu koordinieren. Diese müssten erst noch aufgebaut werden, so Nurhan Soykan, Generalsekretärin des Zentralrats.

Die Moscheen sind für Flüchtlinge oft eine wichtige Anlaufstelle, um Rat und Hilfe zu suchen oder sich etwas übersetzen zu lassen. Hier können die Neuankommenden Menschen treffen, die ihre Sprache verstehen, ihre Situation kennen und sich mit ihnen austauschen.

Einzelne Moscheen und Gebetshäuser stellten gar ihre Räumlichkeiten als Schlafsäle zur Verfügung. So nahm das Haus der Weisheit in Berlin, das sich in der Nähe des LAGeSo befindet, kurzzeitig über 150 Geflüchtete auf und versorgte zudem die Unterstützenden am LAGeSo mit warmen Mahlzeiten, die durch Spenden

realisiert werden konnten. Der Imam des HaDeWe, Abdallah Hajjir, war es auch, der gemeinsam mit dem Zentrum für politische Schönheit eine symbolische Beerdigung eines »unbekannten Geflüchteten« in Berlin durchgeführt hat, um auf die zahlreichen Toten an den EU-Außengrenzen aufmerksam zu machen. Zum Fastenbrechen am Ende des Ramadan organisierte die Gemeinde ein Fest für ca. 200 Flüchtlinge.

Bereits im Mai 2013 nahm eine Moschee in Glinde zwölf afrikanische Bürgerkriegsflüchtlinge auf und sorgte so bundesweit für mediale Aufmerksamkeit. Damals gelang es der kleinen Gemeinde gemeinsam mit der Bürgerinitiative »Glinde gegen rechts«, die Versorgung der Geflüchteten zu organisieren, indem sie zu Spenden aufriefen. Entscheidend für den Erfolg des Asyls in der Moschee war ein breites Netz von Unterstützenden vor Ort: Zu ihnen zählten unter anderem die örtlichen Supermärkte, der Sportverein TSV Glinde und Lehrkräfte, die einen Deutschkurs organisierten.

Einige Muslim_innen äußern sich jedoch auch skeptisch über die Neuankommenden und befürchten, für auftretende Probleme in Sippenhaft genommen zu werden. Schon jetzt ist ein Anstieg des antimuslimischen Rassismus spürbar.

Für die Integration der Flüchtlinge sieht der Vorsitzende des Zentralrats, Aiman Mazyek, die eingesessenen Muslim_innen als wichtige Stütze: Sie könnten als »Integrationslotsen« den Geflüchteten helfen, sich in Deutschland zurechtzufinden. Dadurch könnte auch aufgezeigt werden, dass es möglich ist, als gläubige_r Muslim_a in einem säkularisierten Staat wie Deutschland zu leben, in dem die Religion frei gewählt und praktiziert werden kann.

Jüdische Solidarität

Jan Riebe

Das Thema Einwanderung und die Herausforderung der Integration haben gerade für Jüdische Gemeinden in Deutschland viel mit der eigenen Geschichte zu tun. Auch Jüdische Organisationen und Personen beteiligen sich an der Unterstützung von Flüchtlingen.

Eigene Zuwanderungserfahrung

Zwischen 1991 und 2006 fanden rund 227.000 jüdische Zuwandernde und ihre Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion als sogenannte Kontingentflüchtlinge Aufnahme in Deutschland. Es gab damals keine Willkommensinitiativen, die die Flüchtlinge unterstützen. Daher blieb es fast ausschließlich den jüdischen Verbänden und Gemeinden überlassen, Integrationsarbeit zu leisten. Eine sehr große Herausforderung, denn vielerorts gab es keine oder nur noch kleine Gemeinden.

Die Probleme waren teils ähnlich gelagert wie heute, so wurden oft die im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsabschlüsse nicht anerkannt. Laut Günter Jek von der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland führte dies vielfach zu einem Bruch der Erwerbsbiografien, sodass diesen Menschen bis heute die für die Rente notwendigen Jahre der Einzahlung in die deutsche Rentenversicherung fehlen. Jek sieht es aber als einen großen Erfolg, dass die Integration der zweiten Generation sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in der Gesellschaft und Gemeinde gut gelungen ist, da die Zuwanderung als Chance begriffen wurde. Von diesen Erfahrungen der Integrationsarbeit der Jüdischen Gemeinden lässt sich viel für den aktuellen Zuzug von Geflüchteten lernen.

Engagement jüdischer Gemeinden

Um den heutigen Flüchtlingen die Integration zu erleichtern, engagieren sich auch viele jüdische Organisationen, wie die aus Israel stammende, aber weltweit agierende Hilfsorganisation IsraAid. Bundesweite Beachtung fand ein Synagogen-Asyl in Pinneberg: Die dortige Jüdische Gemeinde gewährte einem 34-jährigen Sudanese Obdach in ihren Räumlichkeiten. Da meistens Konflikte und nicht gegenseitige Solidarität zwischen Jüd_innen und Muslim_innen die Medien beherrschen, überraschte dieser Fall vielfach.

Auch andere Gemeinden engagieren sich, so z.B. die Synagogengemeinde Fraenkelufer in Berlin-Kreuzberg. Die »Freunde des

Fraenkelufers« nutzten 2015 den Mitzvah Day, den Tag der guten Taten, um Geflüchteten gesammelte Sachspenden persönlich zu übergeben. Bepackt mit Säcken und Kisten zog die Gruppe jüdischer Freiwilliger für einen halben Tag in die Notunterkunft in Wilmersdorf ein. Das Team der Synagoge am Fraenkelufer führte die Solidaritätsaktion zusammen mit dem Neuköllner Gemeinschaftshaus Morus14 und dem jüdischen Familienzentrum Baminim durch.

Gemeinsam gegen Angst und Vorurteile

Allerdings wird die hohe Zahl der muslimischen Flüchtlinge innerhalb der jüdischen Community durchaus auch mit Besorgnis gesehen. Mancherorts wird befürchtet, dass insbesondere der Zuzug aus Syrien, wo viele Menschen antisemitisch sozialisiert wurden, in Zukunft dazu führen könnte, dass Jüdinnen und Juden neben dem ohnehin bereits vorhandenen Antisemitismus auf noch mehr Feindseligkeit treffen würden. Mit diesen Befürchtungen sind auch die jüdischen Freiwilligen aus Kreuzberg konfrontiert: »Gerade weil ich aus Israel komme, war es mir wichtig, diese Aktion auf die Beine zu stellen«, erklärte Dekel, Koordinator der »Freunde des Fraenkelufers«. »Ich bin damit großgeworden, dass Syrien unser Feind ist – und den meisten Syrern geht es umgekehrt genauso. Jetzt leben wir im gleichen Land, und das sollten wir als Freunde tun. Wir wollen den Neuankömmlingen die Hand ausstrecken, um ihnen zu zeigen, dass wir gemeinsam mit ihnen hier etwas aufbauen wollen.«

Der unterschiedlichen Meinungen in der Jüdischen Gemeinde waren sich die Freiwilligen beim Mitzvah Day sehr bewusst. Hagar von Morus14 war gemeinsam mit einigen arabischsprachigen Jugendlichen aus dem Neuköllner Gemeinschaftshaus zum Aktionstag gekommen. In ihrer täglichen Arbeit macht sie viele gute Erfahrungen mit Projekten, in denen Jüd_innen und Muslim_innen zusammentreffen. Trotzdem kann sie die Ängste verstehen: »Man darf nicht ignorieren, dass es Antisemitismus und Konflikte mit den arabischen Ländern gibt. Aber was diese Menschen jetzt suchen«, fährt sie fort, »sind ein neues Zuhause, eine Schule, Frieden.«

Die Zitate sind dem Blog »Freunde der Synagoge Fraenkelufer e.V.« übernommen. www.fraenkelufer.wordpress.com



© Nina Peretz

Glossar

Neue deutsche Medienmacher e. V. (NdM)

Die NdM sind ein bundesweiter Zusammenschluss von Medienschaffenden mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, die sich als gemeinnütziger Verein seit 2008 für mehr Vielfalt in den Medien und Einwanderungs-Perspektiven im öffentlichen Diskurs einsetzen. Das Netzwerk ist politisch unabhängig, nationalitäten- und konfessionsübergreifend. Zu den NdM zählen sich mehrere Hundert feste und freie Journalist_innen aus den Bereichen Print, Online, TV und Hörfunk.

Armutsflüchtlinge _ soll, ähnlich wie Wirtschaftsflüchtling, aussagen, dass Asylsuchende vor allem aus wirtschaftlicher Not fliehen. Derzeit werden vor allem Roma als Armutsflüchtlinge bezeichnet, die jedoch oft fliehen, weil sie in den Balkanstaaten starker Diskriminierung ausgesetzt sind.

Asylanten _ der Begriff ist negativ konnotiert. Er wird häufig dann verwendet, wenn Geflüchtete als Bedrohung oder Belastung betrachtet werden, und nicht als Schutzsuchende. Weitere Alternativen: Asylsuchende, ggf. geschützte Personen und Asylberechtigte.

Asylbewerber _ sind juristisch gesehen Personen, die einen Antrag auf Anerkennung als politisch Verfolgte gestellt haben, deren Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aber noch nicht abgeschlossen sind. Alternative Begriffe: Asylsuchende, Geflüchtete oder Schutzsuchende.

Asylkritiker/Asylgegner _ wären im eigentlichen Wortsinn eher Kritiker der Asylgesetzgebung. Tatsächlich sind Asylkritiker/Asylgegner oft Euphemismen für diejenigen, die sich rechtsextrem oder rassistisch gegen Geflüchtete äußern, und werden als Selbstbezeichnung von Rechtsextremen benutzt. Da das Recht auf Asyl im Grundgesetz niedergeschrieben ist, kann dessen vollkommene Ablehnung als verfassungsfeindlich eingestuft werden.

Asylsuchende _ wird in der Öffentlichkeit oft synonym zum Begriff Flüchtlinge gebraucht. Im Sprachgebrauch des UNHCR ist ein Asylsuchender eine Person, die einen Antrag auf Anerkennung als politisch Verfolgte gestellt hat, den Status als Flüchtling oder Asylberechtigter aber noch nicht erhalten hat.

Flüchtlinge _ sind laut Genfer Flüchtlingskonvention »Personen, die aus begründeter Furcht vor der Verfolgung ihrer Person wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe Schutz in einem anderen Land suchen«. In amtlichen Statistiken gelten die Bezeichnungen Flüchtlinge und Asylberechtigte nur für Menschen, die schon Schutzstatus besitzen: Asylberechtigte werden nach dem Asylrecht im Grundgesetz anerkannt, Flüchtlingen wird Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention gewährt. Alternative Begriffe: Geflüchtete, Schutzsuchende oder Geschützte Personen.

Flüchtlingskrise _ ist ein häufig verwendeter Begriff der aktuellen Berichterstattung zur Asyldebatte. Er sagt aus, dass es eine Krise wegen geflüchteter Menschen gebe, kann allerdings kritisch hinterfragt werden: Gemessen an derzeit weltweit rund 60 Mil-

lionen Menschen auf der Flucht und der Zahl von gut 81 Millionen Einwohnern in Deutschland, erscheinen knapp eine Million Menschen, die nach Deutschland kommen, nicht sehr viel. Zudem weist das Schlagwort Flüchtlingskrise die Verantwortung den geflohenen Menschen zu, anstatt die Ursachen für Probleme in einem möglichen Versagen deutscher Gesetze und Strukturen zu suchen.

Flüchtlingsstrom, Zustrom, Flüchtlingswelle _ sind Metaphern in der aktuellen Berichterstattung, mit denen die Einreise von Geflüchteten beschrieben wird. Sie vermitteln das Bild eines Naturphänomens, das sich seinen Weg nach Deutschland bahnt oder das Land überschwemmt. Dies suggeriert, dass die Politik machtlos einer Naturgewalt ausgesetzt ist und weist damit den Schutzsuchenden selbst die Verantwortung für asylpolitische oder strukturelle Probleme bei ihrer Aufnahme in Deutschland zu. Angemessener wäre es, z.B. eine konkrete Zahl zu nennen, ggf. Vergleiche anzustellen oder von Zuzug zu sprechen.

Geflüchtete _ wird seit einiger Zeit als Alternativbegriff für Flüchtlinge verwendet, weil damit die teils als kleinmachend oder abwertend empfundene Endung -ling (wie z.B. Eindringling) umgangen wird. Da es sich um keinen juristischen Begriff handelt, ist er bei der Berichterstattung in vielen Fällen einsetzbar: Geflüchtete können auch Menschen sein, die keinen offiziellen Flüchtlingsstatus haben. Weitere Alternativen: Schutzsuchende, Exilierte, Asylsuchende (ggf. Geschützte Personen).

Überfremdung _ ist ein politisches Schlagwort, das oft von Rechtsextremen, heute seltener auch von etablierten Politikern verwendet wird. Es dient meist als Argument gegen die multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, z.B. in Debatten um den Bau von Moscheen. Dahinter steckt oft eine - völkisch-nationalistische - Vorstellung, in der als nicht deutsch empfundene Menschen und ihre Kultur eine Gefahr für die »deutsche Identität«, das »Volk« oder die innere Sicherheit Deutschlands sind. Dass die Bundesrepublik bspw. wirtschaftlich von Einwanderung profitiert und sie sich auch aus demografischen Gründen positiv auswirkt, wird dabei ausgeblendet.

Willkommenskultur _ ist zur Standardvokabel in der Asyldebatte geworden. Gemeint ist meistens das Mitgefühl der vielen Ehrenamtlichen, die sich für Geflüchtete engagieren und damit eine Willkommenskultur schaffen. Vorher war Willkommenskultur eher ein politisches Leitbild für die multikulturelle Aufnahmegesellschaft im Kontext der Integrationsdebatte. Kritisiert wird der Begriff z.B. von Medienwissenschaftler Alexander Kissler, der darauf verweist, dass sich das Wort »Willkommen« nur auf den kurzen Vorgang des Kommens beziehe, also keinen sich verstetigenden Zustand bezeichnen könne.

Gekürzter Auszug aus dem Glossar der Neuen deutschen Medienmacher: <http://bit.ly/28IqvqB>

Links und Adressen

I. Bundesweit

BAfF – Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V.
Paulsenstraße 55–56, 12163 Berlin
Telefon: 030. 31 01 24 63
info@baff-zentren.org
www.baff-zentren.org

BumF – Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.
Paulsenstraße 55–56, 12163 Berlin
Telefon: 030. 82 09 74 30
info@b-umf.de
www.b-umf.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus
c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Telefon: 030. 28 39 51 78
post@bagkr.de
www.bagkr.de

Bundesverband Mobile Beratung
Bautzner Straße 45, 01099 Dresden
Telefon: 0351. 500 54 16
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.
Telefon: 069. 24 23 14 0
proasyl@proasyl.de
www.proasyl.de

JOG – Jugendliche ohne Grenzen
Mobil: 0172. 288 89 38
presse@jogspace.net
www.jogspace.net

Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft »Asyl in der Kirche«
Kirche Zum Heiligen Kreuz
Zossener Straße 65, 10961 Berlin
Telefon: 030. 25 89 88 91
info@kirchenasyl.de
www.kirchenasyl.de

Quarteera e.V.
Postfach 58 05 36, 10414 Berlin
info@quarteera.de
www.quarteera.de

II. Länderspezifisch

Flüchtlingsräte und Beratungsstellen nach Bundesländern
bei PRO ASYL: www.proasyl.de/unser-netzwerk
beim Berliner Flüchtlingsrat: <http://bit.ly/28Iipz3>

Lokale Beratungsstellen für Flüchtlinge und Migrant*innen
<http://bit.ly/28Jhg0s>

Medibüros und -netze:

www.medibueros.m-bient.com

Opferberatungsstellen/Mobile Beratungsteams (MBTs)/Mobile Beratungen gegen Rechtsextremismus (MBRs):
www.opferfonds-cura.de/hilfe-fuer-betroffene/beratungsstellen

Psychosoziale Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer:
www.baff-zentren.org/mitgliedszentren-und-foerdermitglieder

Selbstorganisationen von Geflüchteten
beim Migrationsrat Berlin & Brandenburg:
<http://bit.ly/28ICkOS>

AG Asylsuchende Sächsische Schweiz/Osterzgebirge
Gartenstraße 13, 01796 Pirna
Telefon: 03501. 58 22 89
www.ag-asylsuchende.de

ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
Drei-Gleichen-Straße 35a, 99192 Neudietendorf
Telefon: 036202. 771 35 10
info@ezra.de
www.ezra.de

Initiative | SCHLÜSSELMENSCH e.V.
Eschholzstraße 13, 79106 Freiburg
vorstand@initiative-schluesselmensch.org
www.initiative-schluesselmensch.org

LOBBI – Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern
www.lobbi-mv.de

Ökohaus e.V. Rostock
Hermannstraße 36, 18055 Rostock
Telefon: 0381. 45 59 41
post@oekohaus-rostock.de
www.oekohaus-rostock.de

Refugees Emancipation
Zum Jagenstein 1, 14478 Potsdam
Telefon: 0331.20 16 927
Mobil: 0176. 3362 66043
www.refugeesemancipation.com

save me – Kampagne Bonn
 Quantiusstraße 8, 53115 Bonn
kampagne@save-me-bonn.de
www.save-me-bonn.de

III. Weitere Links und Adressen

Flüchtlinge und Asylsuchende in Kommunen. Online-Wegweiser für Kommunen; Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2015.
<http://bit.ly/28ICK58>

Informationsverbund Asyl und Migration e.V. <http://bit.ly/28IzlCE>

PRO ASYL: www.proasyl.de/angebote-fuer-fluechtlinge.de

Refugees Welcome Information: <http://bit.ly/28IDIw9>

Materialien, Nachrichten und Informationen

Anja Reschke (Hrsg.): Und das ist erst der Anfang. Deutschland und die Flüchtlinge, Rowohlt 2015

Christian Jakob: Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern. Ch. Links Verlag 2016.

Flüchtlinge in unserer Praxis. Informationen für ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen; BAfF (Hrsg.), Berlin 2016.
<http://bit.ly/28IiyiO>

Glossar der Neuen deutschen Medienmacher. Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland; Neue deutsche Medienmacher (Hrsg.), Berlin 2015. <http://bit.ly/28IqvqB>

Handreichung für die Betreuung und Unterstützung von LSBTTI*-Flüchtlingen; Arbeiter-Samariter-Bund NRW e.V., Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, Hirschfeld-Eddy-Stiftung (Hrsg.), Köln 2016. <http://bit.ly/1Vb26Yy>

Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge Willkommen heißen. Empfehlungen zur Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen in geschlossenen Räumen anlässlich der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft; Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus Berlin, Berlin 2014. <http://bit.ly/1HXBWqp>

(K)eine Zukunft. Flüchtlingskinder mit Behinderungen. Menschenrechtsverletzungen in Berlin; Berlin Global Village, MenschenKind, HVD Berlin-Brandenburg und Lebenshilfe Berlin (Hrsg.).
<http://bit.ly/1ZntMQz>

Strategien für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Kommunikation über neue Flüchtlingsunterkünfte; Anne Frank Zentrum, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung und Institut B3 – Beratung, Begleitung, Bildung (Hrsg.), Berlin 2016. <http://bit.ly/28ID2a8>

Initiative »Bildungsrecht für Kinder mit Fluchterfahrung: Jetzt!«; Freudenberg Stiftung (Hrsg.), 2015. <http://bit.ly/28ICqR6>

Mediendienst Integration: Informationen und Daten zum Thema Flucht und Asyl:
<http://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl.html>

MiGAZIN – Migration in Germany: <http://www.migazin.de>

Netzwerk Flüchtlingsforschung: <http://fluechtlingsforschung.net>

»Willkommen im Verein! Fussball mit Flüchtlingen«; Deutscher Fussball-Bund (Hrsg.). <http://bit.ly/1O2ODu2>

Willkommenskultur vs. Rechtsextremismus. Handlungsansätze aus der Arbeit vor Ort; Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH, Berlin 2015. <http://bit.ly/28IChQd>

Weitere Veröffentlichungen der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL

Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge; Amadeu Antonio Stiftung & PRO ASYL (Hrsg.). <http://bit.ly/1SzgUNP>

Herzlich Willkommen. Wie man sich für Flüchtlinge engagieren kann; PRO ASYL (Hrsg.), Frankfurt/M. 2015. <http://bit.ly/28IvZlm>

Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien – Handlungsempfehlungen; Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Berlin 2016.
<http://bit.ly/1V5XEhq>

»Hier zu leben, hat mich sehr wachsen lassen«. Lebenssituationen von einheimischen und geflüchteten Muslim_innen aus Mecklenburg-Vorpommern; Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2016.
<http://bit.ly/28IjfqT>

Rechtspopulistischen Mobilisierungen entgegentreten – Willkommenskultur etablieren. Dokumentation der Fachtagungen 2016/2016; Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Berlin 2016.
<http://bit.ly/1qL8JYz>

Stichwortverzeichnis: Initiativen

- 1953international 36
- AG Asylsuchende Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 36, 44, 47
- AG Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus 54-55
- Aktion Schutzschild 43
- Asyl in der Kirche 54-55
- Asylstrike Berlin 21
- Berliner Tafel 49
- Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) 35
- Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF) 52-53
- Bühne für Menschenrechte 22
- Champions ohne Grenzen 37
- ezra 19-20
- Flüchtlinge Willkommen 48
- Freiwillige helfen in Wilmersdorf 41
- Freunde der Synagoge Fraenkelufer 56
- Hoaxmap 15-16
- Initiative Asyl Altenberg 44
- Initiative Schlüsselmensch 38
- ju:an-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit 33
- Jugendliche ohne Grenzen (JOG) 34
- Lernen durch Engagement (LdE) 32-33
- LOBBI 46
- Moabit hilft 39
- Mobiles Beratungsteam Sachsen – Regionalbüro MitteOst 44
- Medibüros/Medinetze 51-52
- MenschenKind 27, 28
- Morus14 56
- Neue deutsche Medienmacher (NdM) 57
- Online Civil Courage Initiative (OCCI) 15
- Ökohaus Rostock 46
- Quarteera e.V. 25, 26
- Refugees Emancipation 21, 24
- save me Bonn 42
- Welcome United 03 36
- Women in Exile 21, 23-24
- Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste (zfm) 52

Neben einem neuen Ausmaß rechter Gewalt kam es 2015 auch zu einem überwältigendem Engagement und großer Solidarität mit Asylsuchenden.

Fast überall bildeten sich lokale Initiativen, um die ankommenden Flüchtlinge zu unterstützen und aufzunehmen. Bürgerinnen und Bürger spendeten Essen und Kleidung. Kommunen erarbeiteten Konzepte, um Flüchtlinge vor Gewalt zu schützen und am Gemeinwesen teilhaben zu lassen.

Damit aus den Flüchtlingen langfristig Nachbarinnen und Nachbarn werden können, braucht es genau diese breite Mitwirkung, aber auch strukturelle Modernisierung und politische Standards.

Die Broschüre stellt fachliche Rahmenlinien und zahlreiche Beispiele kommunalen, ehrenamtlichen und professionellen Engagements vor – Bilder einer Gesellschaft, die Rassismus, Unbarmherzigkeit und Gewalt echte Inklusion entgegensetzt.